

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. November 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
ganz oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Berichts-
und Besprechungsaussagen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (Stell-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schin-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis für den Abonnenten:
Bierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
Einzelnnummer 6 Pfg. Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Ostpreußen 3 Mark,
für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Landtagswähler von Moabit!

Schlagt in den heutigen Wahlmännerstichwahlen den Ansturm der vereinigten reaktionären Masse auf das Mandat des 12. Berliner Landtagswahlkreises ab! Keiner versäume die Wahl, jeder rüttle die Gleichgültigen auf! Von einer Stimme kann der Sieg abhängen!

Ein Julisturm der Scharfmacher.

Seit Jahren schon sind die rheinisch-westfälischen Großindustriellen höchst unzufrieden mit den parlamentarischen Leistungen der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Wiederholt haben sie gedroht, der nationalliberalen Partei, deren Finanzen sie so oft saniert haben, die bisher gezahlten Subsidien und Wahlkostenbeiträge zu entziehen, falls diese Partei nicht andere politische Bahnen einschlägt und ihren sozialpolitischen Allüren entsage. Wenn aber wichtige Wahlen herannahten, ließ die im Zentralverband deutscher Industrieller organisierte Unternehmerschafft sich doch immer wieder bereit finden, reichliche Wahlunterstützungen zu zahlen. Noch bei den letzten Hottentottenwahlen im Januar 1907 legte der Vorstand des genannten Zentralverbandes allen Verbandsmitgliedern die Verpflichtung auf, für jeden in ihren Werken beschäftigten Arbeiter je eine Mark zum industriellen Wahlfonds beizutragen. Zum größten Teil sind diese Gelder zur Unterstützung nationalliberaler und freikonservativer (reichsparteilicher) Reichstagskandidaten verbraucht worden.

Aber die Haltung, die wiederum im neuen Reichstag die nationalliberale Fraktion zu den sozialpolitischen Vorlagen und Entwürfen einnahm, verstümmte die im Zentralverband organisierten Großindustriellen, vornehmlich die Kohlen- und Eisenbarone, immer mehr und energischer erklärten sie im Frühjahr vorigen Jahres durch ihre Wähler, daß sie es satt hätten, noch länger eine Partei zu unterstützen, die so wenig die Lebensinteressen der Großindustrie zu wahren wisse und so wenig die Notwendigkeit begriffe, daß die industriellen Unternehmer Herren im eigenen Hause bleiben müßten.

Jede Sozialpolitik ist den im Zentralverband deutscher Industriellen herrschenden Elementen zuwider, selbst die schwächlichen sozialpolitischen Rücksichtnahmen der Nationalliberalen. Sie verlangen von ihren Klienten unbedingten unbedingten Kampf gegen jeden weiteren Ausbau der Sozialpolitik. Schon damals wurde von der Zeitung des Zentralverbandes die Forderung aufgestellt, daß nach dem Muster des Bundes der Landwirte ein industrieller Interessenverband geschaffen werden müsse, der eine Anzahl bezahlter Agitatoren unterhalte und diesen Apparat nebst den erforderlichen Geldmitteln bei den verschiedenen Wahlen jenen Kandidaten ohne Rücksicht auf ihre politische Parteistellung zur Verfügung stelle, die sich auf die Forderungen der Großindustriellen verpflichten. Seitdem haben verschiedene Äußerungen der „Deutschen Industriezeitung“ und der Geschäftsmacher des Zentralverbandes bewiesen, daß die Gründung eines derartigen industriellen Interessenbundes hinter den Kulissen eifrig betrieben wird, doch drangen nur sehr spärliche Nachrichten über die Vorbereitungen in die Öffentlichkeit. Jetzt scheint man im Zentralverband die Hauptschwierigkeiten überwunden zu haben. Am 15. Oktober dieses Jahres hat im Hotel Adlon in Berlin eine geheime

Sitzung des Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Industrieller stattgefunden, über die uns nachträglich folgendes berichtet wird: Als Referent fungierte Generalsekretär Qued. Er führte aus: „Meine Herren, Sie sind heute berufen worden, um Stellung zu nehmen zu dem Antrage des Direktoriums, innerhalb der dem Zentralverbande angeschlossenen Industrie einen Wahlfonds zu bilden.“

begw. Aber die Ausführung dieser Maßregel zu beschließen. Mir ist der Auftrag erteilt worden, diesen Antrag zu begründen. Seit einer längeren Reihe von Jahren verfolgt die Gesetzgebung im Reich namentlich auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine den Interessen der Industrie ungünstige Richtung. In wirtschaftlicher Beziehung ist diese Richtung ganz besonders hervorgetreten in dem Streben, der deutschen Industrie den Schutz, der ihr nach Maßgabe ihrer Produktionskosten und im Verhältnis zu der Sozialpolitik der anderen in Konkurrenz zu uns stehenden industriellen Staaten zuteil werden müßte, entweder gar nicht oder nur in ungenügender Maße zu gewähren.“

Meine Herren, in sozialistischer Beziehung ist diese Richtung hervorgegangen aus dem von unserem Herrn Vorsitzenden bereits erwähnten

Diese in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von den namhaftesten Professoren der Nationalökonomie eingeleitete Bewegung hatte an sich einen sehr gesunden Kern, denn sie war gerichtet gegen das in Deutschland im vollsten Maße zur Herrschaft gelangte Manchesterium. . . Diese Bewegung artete immer mehr und mehr aus, je mehr die jüngere Generation der professionsmäßigen Nationalökonomie sich den Lehren der damals mächtig aufstrebenden Sozialdemokratie zuwandte. Dies geschah besonders bei allen das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern betreffenden Vorgängen. In diesen Fragen stellten sich die jüngeren Herren unter den Professoren der Nationalökonomie

ganz auf die Seite der Sozialdemokratie, diese in Gehässigkeit und Feindseligkeiten gegen die Arbeitgeber fast noch übertreffend. . .

Meine Herren, so kam es, daß von allen deutschen Lehrstühlen der Nationalökonomie insbesondere die Sozialpolitik im Sinne äußerster sozialistischer Anschauungen und weitgehender Voreingenommenheit und Feindseligkeit gegen das Unternehmertum und Arbeitertum gelehrt wurde.

Dazu kam als weiteres treibendes Element das Wuhlen um die Gunst der stimmvergebenden Massen. Diese Massen werden in der Hauptsache von den Arbeitern gebildet, die ja, wie Ihnen bekannt, die Feindseligkeit und den Kampf gegen die Arbeitgeber auf die Fahne geschrieben haben. So ist es gekommen, daß Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber im gewissen Grade auch die Parole der politischen Parteien geworden ist.

Meine Herren, ich muß hervorheben, daß sich diesem Treiben die altkonservative Partei nicht in jedem Falle angeschlossen hat. Wo zu befürchten war, daß die betreffenden Gesetze, Vorschläge oder Anträge auch auf die

landwirtschaftlichen Arbeiter zurückgreifen könnten, da waren die Herren natürlich nicht zu haben. (Sehr wahr!) Im übrigen haben sie — jeder, der die parlamentarischen Vorgänge verfolgt hat, wird mir das bestätigen — frisch und fröhlich immer mitgestimmt, wenn es sich um Gesetze gegen die Arbeitgeber handelte. (Sehr wahr!) Eine ganz entschiedene Ausnahme hat die Reichspartei, die freikonservative Partei gebildet, die sich immer dem Arbeitgeber, dem Unternehmertum viel freundlicher erwiesen hat.

Der Referent schildert nun ausführlich die seit 1908 datierenden Bestrebungen, eine wahlpolitische Organisation des Unternehmertums zustande zu bringen. Der Kommerzienrat Mendelsohn hat die Gründung eines „Bundes der gewerblichen Arbeitgeber“ vorgeschlagen, dessen Tätigkeit sich auf sozialpolitische Fragen beschränken sollte. Für einen großen politischen Arbeitgeberbund, der auch die kleinsten umfassen sollte, sei Dr. Zille eingetreten, der die sogenannten Saarbrücker Bestrebungen repräsentiere, denen sich der hannoversche Arbeitgeberverband angeschlossen. Besondere Verdienste um die parlamentarische Vertretung der Industriellen erwarb sich auch Dr. Stresemann, dem es zu danken war, daß im alten sächsischen Landtag 30 Industrielle, davon 25 Mitglieder des Verbandes sächsischer Industrieller saßen. Dann hat Regierungsrat Prof. Dr. Leidig den Vorschlag gemacht, einen „Industrieverband der nationalliberalen Partei“ zu gründen. Dieser Vorschlag stieß aus nicht näher anzuführenden Gründen auf so entschiedenen Widerspruch, daß ihm keine Bedeutung beizulegen ist. Sodann bekräftigt sich der Redner ausführlich mit einem Vorschlag des Geschäftsführers der bayerischen Metallindustriellen Dr. König, zunächst die Organisation der Arbeitgeberverbände vollständig durchzuführen. Darüber sagt er wörtlich:

Meine Herren, vor ungefähr anderthalb Jahren — ich glaube, so lange ist es her — war der Zentralverband in außerordentlicher Selbstverleugnung mit Vorschlägen an den Verein Deutscher Arbeitgeberverbände herantreten, um eine Verschmelzung dieses Vereins mit der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände herbeizuführen. Meine Herren, diese Bestrebungen sind an dem Widerstande des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände gescheitert. Sie sind in der Hauptsache gescheitert wegen der Beitragsfrage.

Meine Herren, bei der Begründung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände ist es, wie Sie sich erinnern werden, abgelehnt worden, bei dieser größere Mittel anzusammeln, um für die Kämpfe ausgerüstet zu sein. Man hielt es für besser, das Geld zurückzubehalten. Ich habe das damals als einen großen Fehler betrachtet und diese Ansicht hat sich bei mir nicht geändert. Immerhin haben sich doch die Mitglieder der Hauptstelle bereit erklärt, derart hohe Beiträge zu zahlen, daß es gelungen ist, allmählich ein kleines Stammvermögen anzusammeln, das außerordentlich günstig gewirkt hat. (Sehr richtig!) Meine Herren, es sind in einer ganzen Anzahl von Fällen dadurch Erfolge erzielt worden, daß wir mit verhältnismäßig kleinen Mitteln — die höchste Summe, die einmal ausgezahlt wurde, ist, glaube ich, 70 oder 80 000 Mark gewesen; aber

das ist ein Unikum — dahin gewirkt haben, daß die Arbeitgeber, die in einen Streit mit ihren Arbeitern geraten waren, ausgehalten und gesiegt haben. Die Aussicht, daß sich die Hauptstelle mit ihren Mitteln hinter die Arbeitgeber stellen könnte, hat in nicht wenigen Fällen schon die Wirkung gehabt, daß die Arbeiter den Kampf aufgegeben haben. (Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände erhebt nur außerordentlich kleine Beiträge zur Deckung seiner Verwaltungskosten, die, nach den ihm eigentümlichen Einrichtungen, ungemein gering sind. Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände behauptet auch, daß er mit Rücksicht auf das Handwerk, das ihm in verhältnismäßig großem Umfang angehört, nicht in der Lage sei, höhere Beiträge zu erheben. Das ist richtig. Deswegen hatten wir in unserem Vorschlage gesagt, man möge vorläufig das Handwerk aus der allgemeinen Organisation ausschließen. Aber wir beabsichtigen durchaus nicht, das Handwerk ins Leere fallen zu lassen, denn, meine Herren, diese Ansicht habe ich stets vertreten, die größten Industrien sind außerordentlich daran interessiert, daß das Handwerk nicht unter die Herrschaft der Arbeiter kommt. (Sehr wahr!) Jede Niederlage des Handwerks wirkt zurück auf die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeitgeber in den größten Betrieben, stärkt das Selbstbewußtsein und die aggressive Kraft der Arbeiter. Daher beabsichtigen wir, daß, wenn sich die große Industrie ganz zusammengeschlossen hat, eine besondere Organisation für das Handwerk, mit starker Unterstützung seitens der großen Arbeitgeber, gebildet werden sollte.

Rechtsanwalt König bezeichnet als einzig mögliche Grundlage für die auf die wirkungsvolle Vertretung der großindustriellen Interessen gerichteten Bestrebungen nur die Arbeitgeberverbände. Darin, meine Herren, trete ich ihm entschieden entgegen. (Handelskammerpräsident Professor Dr. Lehmann-Wachen: Sehr richtig!) Ich behaupte, daß die Arbeitgeberverbände zu diesem Zweck weder benutzt werden können noch benutzt werden dürfen (Sehr richtig!), und zwar aus folgenden Gründen. Meine Herren, die Gewerkschaften der Sozialdemokratie und die anderen erkennen heute unumwunden die Überlegenheit der Arbeitgeberverbände und der in ihnen vereinigten Kräfte an. Das veranlaßt die Gewerkschaften jedoch nicht, eine friedliche Haltung den Arbeitgebern gegenüber einzunehmen. Während der Zeit des Niederganges haben sie sich wohlweislich ruhig verhalten, und die großen beachtenswerten Streiks, die in dieser Zeit stattgefunden haben, sind meistens gegen den Willen der Organisationen von unbotmäßigen Mitgliedern der Gewerkschaften angezettelt worden. Aber, meine Herren, sie haben die Zeit als Vorbereitungszeit für die Kämpfe betrachtet, die sicher eintreten werden, wenn bessere Zeiten herankommen, Kämpfe, die sie als Entscheidungskämpfe betrachten. Und die Organisationen der Arbeiter haben sich in einer großartigen Weise gerüstet, denn ihnen stehen heute Mittel in Höhe von mehr als 40 Millionen zur Verfügung. Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände hat es glücklich auf $\frac{1}{4}$ Millionen gebracht.

Meine Herren, unter diesen Umständen ist es erforderlich, daß die Organisationen der Arbeitgeber, — darin stimme ich dem Herrn Rechtsanwalt König bei — mit aller Kraft soweit als irgend tunlich ausgebildet, daß alle Hindernisse, die dieser Ausbildung entgegenstehen oder entgegenstehen könnten, beseitigt werden. . .

Solange politische Wahlen bestehen, ist es die vornehmlichste Aufgabe der Parteien immer gewesen, soviel Geld als möglich für die Wahlen zusammenzubringen. Dabei ist weiter nichts Schlimmes, und es ist verkehrt und geschmacklos, wenn, wie es in der Presse geschehen ist, in Verbindung mit dem Beschluß des Direktoriums von Wahlbestechung und Stimmenkauf gesprochen wurde.

Das Direktorium schlägt also vor, einen industriellen Wahlfonds

wie ich ihn nennen möchte, zu bilden, aus dem ohne Ansehung der nationalen Partei, der die betreffenden Kandidaten angehören, alle unterstützt werden sollen, von denen anzunehmen ist, daß sie die Interessen der Industrie in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen im Sinne der Ansichten vertreten, die mit den Bestrebungen und den Beschlüssen des Zentralverbandes nicht im Widerspruch stehen. Wir wollen konservative, Nationalliberale, Freisinnige unterstützen, wenn sie sich als Freunde der Industrie betätigen. Das Direktorium hat zunächst den Grundsatz aufgestellt, daß mit der Sammlung und der Verwendung dieses Fonds

der Zentralverband absolut nichts zu tun haben soll. Nicht etwa, weil er sich zu solcher Tätigkeit nicht eigne oder weil er irgendwie Bedenken tragen möchte, mit einer solchen Tätigkeit frank und frei vor die Öffentlichkeit zu treten. Das nicht, meine Herren, andere Gründe waren maßgebend. Unverkennbar herrscht in einzelnen Kreisen seiner Mitglieder ein vielleicht auf

elner gewissen Mißgunst beruhendes Widerstreben, dem Zentralverband größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Daran ist auch der einzig richtige Gedanke, bei Begründung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände einen

Jugendschutz

zu errichten, gescheitert. Es soll daher eine Kommission gebildet werden, und zu dieser Kommission soll eine Reihe von Vereinen ermächtigt werden, je ein Mitglied zu ernennen. Diese Vereine sind:

1. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen in Düsseldorf.
2. Der Verein für die Bergbauindustriellen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen a. Ruhr.
3. Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln in Köln.
4. Der Mittelrheinische Fabrikantenverein in Mainz.
5. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie in Saarbrücken.
6. Das Elbisch-Vorhängeische Industrielle Syndikat in Wittenhausen in Elbich.
7. Der Verein Süddeutscher Baumwollindustrieller in Augsburg.
8. Der Bayerische Industriellenverband in München.
9. Der Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie in Chemnitz.
10. Der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein in Ratibowitz.
11. Der Verband Schlesiener Textilindustrieller in Breslau.
12. Der Verband Ostdeutscher Industrieller in Danzig.
13. Der Verein Deutscher Papierfabrikanten in Berlin.
14. Der Ausschuß der Ton-, Zement- und Kalkwerke in Berlin.
15. Die Norddeutsche Gruppe des Vereins Eisen- und Stahlindustrieller in Berlin.

Der Vorsitzende dieser Kommission wird seinen Sitz in Berlin haben müssen. Die Kommission soll verpflichtet sein, eine Geschäftsstelle zu unterhalten. Dem Geschäftsführer wird die Aufgabe zufallen, sich über die Verhältnisse in den Wahlkreisen zu informieren, Vertrauensmänner in den betreffenden Wahlkreisen anzustellen und seine Vorschläge für das Vorgehen bei den Wahlen dem Komitee zu unterbreiten.

Dann schlagen wir Ihnen vor, als Maßstab für den Beitrag zum Wahlfonds die Lohnsumme zu betrachten. Dieser Maßstab ist jedenfalls viel gerechter als die Zahl der Arbeiter. Namentlich in Bezug auf jene großen Industrien, die auch verhältnismäßig billige Arbeiter verwenden, wie beispielsweise die Textilindustrie, die soviel jugendliche und weibliche Personen beschäftigt. Ueber die Verwendung der Beiträge soll,

so weit es zweckmäßig erscheint,

Rechenschaft abgelegt werden.

Dem Hansabund wollen wir keine Knüppel zwischen die Beine werfen. Unser Beschluß stammt aus einer Zeit, in der er noch gar nicht existierte.

Dazu kommt, meine Herren, daß wir im Zentralverbände zu der Überzeugung gelangt sind, der Hansabund sei abgesehen von besonderen und daher auch besonders zu behandelnden Fällen nicht die geeignete Stelle, um im allgemeinen auf die Wahlen durch Verwendung eines Wahlfonds einzuwirken. Meine Herren, wollte er das tun, so würde er zwei Wege beschreiten können. Ich will etwas anderes vorschlagen. Es ist eine offensivere und in der Presse vielfach besprochene Aufgabe, die auch heute von dem Herrn Vorsitzenden erwähnt worden ist, daß in dem Hansabund Gruppen mit verschiedenen, sogar mit direkt entgegengesetzten Interessen vertreten sind, meine Herren, das ist eine Tatsache, die nicht zu bestreiten ist, und wenn bezüglich dieser Tatsache der Hansabund vielleicht den einen Weg einschlagen könnte, die Kandidaten aller in sich vereinigten Gruppen bei der Wahl zu unterstützen, dann würde er dazu kommen, Gelder gegen die Interessen derer zu verwenden, die sie hergegeben haben. So ist es der Industrie

bei den letzten Wahlen

ergangen. Ich habe schon angedeutet, daß die Industrie damals große Fonds für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt hat. Sie wurden verwendet von einem Komitee in der Art, daß alle bürgerlichen Parteien ihren Anteil erhielten, der schematisch bemessen wurde nach der Zahl ihrer Vertreter im Reichstage. Also, meine Herren, von dem Gelde, das die Industrie gesammelt hatte, sind bei der Wahl Kandidaten unterstützt worden, die die Industrie als ihre entschiedensten Gegner in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung betrachtete.

Wollen Sie eine Änderung in dieser Beziehung herbeiführen, so dürfen Sie Ihre Taschen nicht zumöhen und sich mühsam abgeben. Meine Herren, die Zeiten sind schlecht, aber mögen die Zeiten gut oder schlecht sein, Ihre Linsen, Ihre Steuern, Ihre sonstigen Abgaben müssen Sie auch bei den schlechtesten Zeiten zahlen, wenn Sie Ihre Türen nicht zuschließen wollen. Meine Herren, da kommt auch in schlechten Zeiten das heraus, was hier für den Fonds gebraucht wird, was für den einzelnen verhältnismäßig sehr gering sein wird, wenn alle Mitglieder des Zentralverbandes die Notwendigkeit erkennen und sich als opferwillig in diesem Falle erweisen. Den schlechten Zeiten aber werden bessere folgen, die Morgenröte der besseren Zeit scheint ja bereits aufzusteigen.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Kesseltreiben gegen die Wahlreform.

Daß die Reaktionen fortfahren, in der wütendsten Weise gegen die Wahlreform zu hetzen, ist kein Wunder. Sie wissen ja, daß es ihnen an den Fragen geht, daß ihre Privilegienwirtschaft gefährdet würde. Die Angst davor, daß ihnen die Kräfte der Gesetzgebung aus der Hand gewonnen werden könnten, spornt sie fort und fort zu den frechsten und tollsten Brüllereien des Volkes an. Oder kann es eine ärgere Unverfrorenheit, eine frechere Verhöhnung des Volkes geben als die an die Regierung gerichtete Forderung, von der feierlich versprochenen Wahlreform deshalb abzusehen, weil die Volksmassen bei den letzten Wahlen so unerkennbar gegen die Volksausplünderung durch eine privilegierte Kaste und für eine völkertümliche Politik demonstriert haben? Also gerade weil das Volk erwiesen hat, daß es voller Empörung an den Ketten rüttelt, sollen ihm diese Ketten nicht abgenommen werden!

Krone und Regierung sollen sich wieder einmal, so fordern unsere Junker, schirmend vor die bedrohten Junker vorrechte stellen, wobei die „Kreuzzeitungs“-Mitter der Krone zu verstehen geben, daß durch Wehrung der Volksrechte doch die Rechte des Monarchen so gut eine Minderung erfahren als die der Junker. Unsere Junker betrachten also den König als einen der Ihrigen, als den obersten Feudalen, dessen Interessen denen des Volkes danach diametral gegenüberstehen! Eine Auffassung, gegen die gerade die Krone energischen Protest

zu erheben alle Ursache hätte! Denn wenn es schon ein im 18. Jahrhundert lebender Hohenzoller, Friedrich II. für notwendig hielt, sich den „ersten Diener des Staates“ zu nennen, so hätte doch heutzutage ein Hohenzoller erst recht alle Ursache, es mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, daß ihn jemals ein persönliches oder Familieninteresse, irgendein dynastisches Interesse veranlassen könnte, sich dem Streben des Volkes nach Selbstbestimmung seiner Geschicke zu widerlegen! Aber gegen solche Voreingenommenheit ihrer „Freunde“, der Junker, mag sich die Krone schon selbst verwahren. Tut sie es nicht — um so schlimmer für sie!

Verwahren mag sie sich auch gegen die absurde Unverfrorenheit der „Kreuz-Ztg.“, das Wahlreformversprechen der Thronrede dadurch für null und nichtig zu erklären, weil in jener Stelle der Thronrede nur davon die Rede gewesen sei, „auf Grund der Verfassung“ eine „organische Fortentwicklung“ des Wahlrechts eintreten zu lassen. Da nun aber das Dreiklassenwahlrecht durch die Verfassung festgelegt sei, könne natürlich von der Absicht irgendeiner Aenderung des Dreiklassenwahlrechts gar keine Rede sein! Daß die „Kreuz-Ztg.“ erst in ihrer Nummer vom 14. November 1909 — also 13 Monate nach der Thronrede — diese glorreiche Entdeckung macht, kennzeichnet deren Wert hinlänglich. Unseren Junkern ist aber kein Argument zu elend und zu lächerlich, wenn es ihnen, den „bis auf die Knochen monarchisch Gesinnten“, gilt, Regierung und Monarchen zu einem Wortbruch zu verleiten!

Die „Hamb. Nachr.“ bedienen sich nicht ganz so kläglicher und schäbiger Argumente für den gleichen Zweck. Aber ihre Gründe sind trotzdem noch erbärmlich genug. Unter Berufung auf unseren Leitartikel „Um das gleiche Wahlrecht“ sucht das hanseatische Scharfmacherblatt Regierung und Krone damit dem Wortbruch geneigt zu machen, daß es auf die Folgen eines größeren Einflusses des Volkes auf die preussische Gesetzgebung hinweist, daß dann nämlich nicht mehr der Herrsch- und Beutelucht einer Volksminderheit in Preußen sowohl wie im Reiche Tür und Tor geöffnet seien. Das Blatt schreibt:

„Deutlich ist hier der Weg gewiesen, auf den jede Reform des preussischen Wahlrechts führen muß. Das Ende, das Ziel dieses Weges begrüßt triumphierend die Sozialdemokratie. Soll nun, weil der vorige Reichszähler und Ministerpräsident in Preußen das nicht erkannt, sondern den Mangel an staatsmännischer Einsicht und Voraussicht auch noch in einer Thronrede festgelegt hat, sein Nachfolger, der eines Besseren belehrt ist, bei dem also begangenen Fehler verharren? Das hieße nichts anderes, als den Fehler noch vergrößern, statt seine verderblichen Folgen verhüten. Alle Voraussetzungen, unter denen die Thronrede die Wahlrechtsreform herbeiführen hat, sind, wie wir gezeigt haben, hinfällig. Die ganze Politik, in der das Reformversprechen ein wesentliches Moment bildete, gehört samt dem, der sie begründet und verkörpert hat, der Vergangenheit an.“

Also weil der Gang der Entwicklung nun einmal nach aller historischen Entwicklung zur Demokratisierung auch des reaktionären Preußen führen muß — deshalb sollen Krone und Minister ihr feierliches Versprechen für nicht gegeben erklären!

Den schmerzhaftesten Einschnitt hatte aber doch der freikonserervative Freiherr v. Redlich. Dieser brave meint mit einem molanten Seitenblick auf unsere Freisinnigen: „Der Brustton der Ueberzeugung, mit dem jetzt die Einführung des Reichswahlrechts für Preußen gefunden zu werden pflegt, würde wohl vielfach weniger voll und laut klingen, wenn man nicht unbedingt sicher wäre, nicht beim Worte genommen zu werden.“ Dann aber macht er mit dem ihm eigenen faunischen Grinsen den kostbaren Vorschlag, zur Veruhigung der Massen wenigstens das geheime Wahlrecht einzuführen. Freilich nicht allgemein, sondern dergestalt, daß in den städtischen Wahlkreisen als Schutz gegen den sozialdemokratischen Terror die Abstimmung eine geheime sein solle, im übrigen aber die öffentliche Abstimmung beibehalten bleibe!

Die Sache wäre wirklich zum Schiefachen, wenn sie nicht doch wiederum bewiese, mit welcher ausgefuchtem Hohn unsere Scharfmacher das entrechtete Volk überschütten zu dürfen wähen!

Wie lange noch?!

Freizügigkeit im kapitalistischen Staat.

Bedingungslos mußten die Mansfelder Bergkneben nach einem sechswohigen, ereignisreichen und harten Kampfe die Arbeit wieder aufnehmen, mußten in den Schacht zurückkehren, ohne erreicht zu haben, daß sie in einem „Rechtsstaate“ von einem auch ihnen gesetzlich gewährleisteten Staatsbürgerrechte Gebrauch machen dürfen. Nachdem der Friedensversuch vom 27. Oktober gescheitert war, wandte sich die Streikleitung an eine Reihe von Unternehmern, die eine größere Anzahl Arbeiter suchten. Die Streikleitung konnte mit Bestimmtheit darauf rechnen, 14—1700 Mann in kurzer Zeit unterzubringen, worauf sie den Ruf an die Streikenden erging ließ, daß sich diejenigen, die Lust zur Abwanderung hätten, melden sollten. Innerhalb zweier Tage meldeten sich 1354 Mann, von denen auch 300 abgeschickt wurden, um — keine Arbeit zu erhalten!

Sofort, als der Plan, durch Entziehung junger Arbeitskräfte einen Druck auf die Generaldirektion auszuüben, der Öffentlichkeit bekannt wurde, trat der Arbeitgeberverband in Aktion, und noch ehe die abgewanderten Bergarbeiter ihr Ziel erreichten, war schon das Verbot, Mansfelder Bergarbeiter einzustellen, an den Arbeitsstellen! In Groß-Bichterfelde wurden 30 Mann verlangt, 14 schickte die Streikleitung hin; keiner wurde eingestellt. Nach Hamburg wurden 30 Mann verlangt und auch abgeschickt; aber keiner erhielt Arbeit! Die Hamburger Gewerkschaften gewährten ihnen im Gewerkschaftshaus Gastfreiheit, damit sie sich noch und nach einzeln Arbeit suchen könnten. Nach Zimmerode und Sachsenhausen i. Th. wurden 38 Mann gefordert, denen für ein ganzes Jahre Beschäftigung für 38 bis 40 Pf. Stundenlohn versprochen wurde. Dorthin sandte die Streikleitung 33 Mann, die ohne Arbeit in Kassel im Gewerkschaftshause sitzen und unterhalten werden mußten. In Goslar wird ein Scheibstand gebaut, und es wurden 12 Mann verlangt, wofür zunächst 10, meistens ältere Leute, geschickt wurden, die eine gute Ausnahme fanden und mit der Arbeit wie dem Unternehmern zufrieden waren. Nach wenigen Tagen schrieben sie, daß es ihnen in Goslar sehr gut gefalle, daß der Unternehmer noch drei Mann wünsche, die auch hingeschickt wurden. Am 11. November erhielten alle 13 ihre sofortige Entlassung, weil Mansfelder Bergkneben nicht

Beschäftigt werden dürfen! Von Duttstedt kam ein Schachtmeister auf die Nachricht hin, daß die Gewerkschaft 500 Mann nach dem Streik ablegen werde, ins Streikgebiet gefahren und bot sich an, diese Zahl an einem Bahnbau einzustellen, weil er sonst Russen, Kroaten und Italiener einstellen müßte, jedoch lieber mit deutschen Arbeitern zu tun habe. Dorthin wurden zunächst 105 Mann geschickt. Aber kaum waren die Leute dort, teilte der Schachtmeister mit, daß die Annahme von Mansfelder Bergkneuten ihn wahrscheinlich seine Stelle kosten werde! Lieber Italiener und Kroaten, lieber Russen und Chinesen, als an einem deutschen Bahnbau deutsche Arbeiter beschäftigen, die für Anerkennung deutscher Gesetzestreifen. — Auch diese sind zurückgekehrt!

Dieser Schlag wurde von den Streikenden mit einem Aufschrei der Entrüstung entgegengenommen. Aber sie alle empfanden, daß das schwerer und aufreizender wirkte, als selbst Maschinengewehre, Kürassierlanzen, aufgespitzte Seitengewehre und Landfriedensbruchparagrafen. Es blieb nur der Rückzug übrig, zumal Herr Vogelgang von den Gewerkschaften Blankobollmacht erhalten hat, den Kampf nach seinem Gutdünken zu führen und zum Abschluß zu bringen. Nach dem bisherigen Auftreten des Mansfelder Bergkneuten, der hinter Maschinengewehre und Kürassierlanzen verschänzt, eine „mutige Sprache“ führte, war nicht daran zu denken, daß dieser innerhalb sechs Wochen, vielleicht sechs Monaten nachgeben würde, so daß das Weiterstreiken ein aussichtsloses Verbluten der Organisation bedeutete hätte. Das sahen auch die Vertrauensleute ein, die am 11. November in Klostermansfeld mit 79 gegen 2 Stimmen den Abbruch des Streiks beschloßen, dem von 14 Belegschaftsversammlungen 13 einstimmig zustimmten. Nur in Adsdorf stimmte man für die Weiterführung des Streiks, falls der größte Teil ihrer Belegschaft in Helbra dafür sei. Da jedoch die Resolution in Helbra einstimmig angenommen wurde, war auch die Entscheidung mit für Adsdorf gefallen und damit der Kampf einheitlich abgebrochen.

Freilich, wie der Beginn, noch feierlicher war vielfach der Abbruch. In Klostermansfeld stimmte eine tausendköpfige Versammlung nach Annahme der Resolution das Kampfeslied „Frei auf Kameraden, durch Nacht zum Licht“ an und sangen es stehend zweimal. Auch andere Versammlungen schloßen mit dem Absingen dieses Knappenliedes und alle mit dem Gelöbniß, treue Verbandsglieder zu bleiben zu wollen!

Die Einstellung der streikenden Bergkneute auf der Mansfelder Gewerkschaft hat gestern vormittag begonnen. Sie wird sich auf die ganze Woche verteilen, da es nicht möglich ist, sämtliche sich Meldenden auf einmal in den Schächten unterzubringen.

Wichtige Wahlrechtsdemonstration in Frankfurt a. M.

Eine Siegesfeier, die die Frankfurter Sozialdemokratie am Sonntag aus Anlaß der Siege in Sachsen, Baden und Berlin veranstaltete, wurde in ihrem Fortgang zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen die Dreiklassenwahlrecht. Als Referenten für die große Versammlung waren die Genossen Frank-Rannheim, Fleißner-Dresden und A. Dieblich-Berlin bestellt. Sie sprachen am Mittag in dem Riesenraum des Zirkus Schumann, den rund 8000 Menschen bis auf den letzten Platz füllten. Die Reden wurden von stürmischen Beifall unterbrochen. Donnernde Zustimmung fand besonders der Hinweis des Genossen Dieblich auf die Mansfelder Schmach, die die Arbeiterschaft veranlassen müsse, statt zu jubeln und zu feiern, mit aller Einigkeit der ganzen Persönlichkeit für die Beseitigung der Dreiklassenwahlrecht zu wirken.

Mit dem Schluß der Versammlung war das Ende der Kundgebung noch nicht gekommen. Es drängte die Massen zu intensiver Einwirkung auf die Öffentlichkeit. In dichtem, breitem Strom bewegten sie sich, vereinigt mit vielen Tausenden von Arbeitern aus der Umgegend, die in Saale nicht mehr Platz gefunden hatten, die Kaiserstraße hinunter zum Bismarckdenkmal. Hier fanden die Genossen Quint und Dr. Quard die dem Augenblick und der Situation entsprechenden, das Wollen der Demonstrationen scharf und deutlich ausdrückenden Worte, indem sie aufforderten, angesichts dieser Schandsäule zu geloben, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis das allgemeine Wahlrecht erkämpft sei.

Der riesige Zug ging — 20 000 Demonstranten mochte er zählen — dann weiter, am Schillerdenkmal vorüber, wo die Marseillaise gesungen wurde. Am Polizeipräsidium, wo er gegen 3 Uhr nachmittags anlangte, stellte sich die Polizei den Massen entgegen. Mit rücksichtsloser Gewalt wurde er zerprengt. Mehrere Verhaftungen wurden von eifrigen Polizeibeamten vorgenommen, doch wurden die Eristierten nach kurzer Frist wieder freigelassen.

Die gewaltige Kundgebung hat alle bisherigen Wahlrechtsdemonstrationen des Frankfurter Proletariats übertraffen. Seit 1848 hat man dergleichen in der ehemaligen freien und Hansestadt nicht mehr gesehen. Die Frankfurter Arbeiterschaft hat einen glänzenden Vorstoß gegen die preussische Wahlrechtschmach unternommen, dem die Nachfolge im übrigen Preußen nicht fehlen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. November 1909.

Die Bündlerparade in Gnesen.

Der Bund der Landwirte hielt gestern in Gnesen, in demselben Orte, wo im Juli der neue nationalliberale Deutsche Bauernbund gegründet wurde, so etwas wie eine außerordentliche Generalversammlung ab — allem Anschein nach zu keinem anderen Zweck, als seine Anhänger durch mehr oder minder gute Worte über den obengenannten Bauernbund und seine Größe zu amüsieren.

Als erster Redner trat Hofbesitzer Logemann aus Hannover auf, der die hannoverschen Leiter des Deutschen Bauernbundes, namentlich die Herren Wachhorst de Wente und Wambhoff kritisierte und karikierte, eine Leistung, die den bäuerlichen Teilnehmern der Versammlung vielen Spaß machte.

Dann kam als vornehmste Kapazität Freiherr v. Wangenheim an die Reihe, der das Rezept der „Deutschen Tageszta.“ befolgte, das heißt über die Zollkämpfe des Jahre 1900/02 sprach, den jetzigen Zollschutz der landwirtschaftlichen Produkte für völli genügen und die Versammelten ermahnte, tren zum Bund der Landwirte zu halten, da neue Zollkämpfe bevorstünden und es noch manches zu erringen gäbe.

Doch auch die hohe Politik, besonders das Verhalten der Konservativen bei der Beratung der Reichsfinanzreform im

Reichstage, wurde lang und breit behandelt. Herr v. Wangenheim meinte, die Reform wäre leicht zu machen gewesen, wenn nur die Industriearbeiter und die städtischen Kapitalisten die ihnen zukommenden Lasten auf sich nehmen wollten. Festsetzungen wären gar nicht nötig gewesen, durch eine angemessene Erhöhung der Steuern auf Branntwein, Bier und Tabak hätten ganz bequem die erforderlichen 500 Millionen neuer Steuern beschafft werden können. So sagte er beispielsweise:

„Ein Land hat so viel für die arbeitenden Klassen getan wie Deutschland. (Beifall.) Wir haben der Arbeiterschaft alle Lasten genommen, ihre Einnahmen verdoppelt, da konnten wir auch von den arbeitenden Klassen verlangen, daß sie einen Teil der Lasten mittragen. Ohne soziale Freiheit wäre es möglich gewesen, alle Bedürfnisse allein durch Schnaps, Bier und Tabak zu decken. Hier versagte aber der Blockader auf der Linken vollständig. Wenn der Besitz die Lasten tragen soll, mußte man dann nur den Besitz in der Landwirtschaft suchen? Aber man hatte bei der ganzen Finanzreform übersehen, daß es in Deutschland Börse, Großbanken und Großkapital gibt. (Stürmischer Beifall.) Es ist mir stets unverständlich gewesen, weshalb man nicht den auch aus Bankkreisen vorgebrachten Vorschlag einer Dividendensteuer aufgreifen hat. Die Aufregung wurde durch das Reichsfinanzamt in unverantwortlicher Weise geschürt, die ganze Vorlage war überhaupt zugeschnitten auf die Verheerung von groß und klein. Es ist doch eine politische Kurzsichtigkeit, wenn man einer Forderung wegen eine solche Verheerung der finanzhaltenden Kreise eintreten läßt. (Beifallige Zustimmung.) Wir haben dem Fürsten Bülow erklärt, daß er uns vor ein System der Demokratisierung stelle, das wir nicht mitmachen können. Man hielt uns immer entgegen, daß die Nachlasssteuer die Kleinen nicht habe treffen sollen. Wenn die Nachlasssteuer etwas eindringen sollte, dann mußte sie aber bald auf sämtliche Nachlässe ausgedehnt werden. (Sehr richtig!) Gerade im Interesse der Kleinen Besitzer stellen wir uns verpflichtet, unser Möglichstes zu tun, daß die Steuer zu Falle kam. (Stürmischer Beifall.) Wir haben das Möglichste getan, die Finanzreform zustande zu bringen, aber keinen Dank dafür erhalten. Wir haben keine Gegenforderungen aufgestellt. Aber wie sah es bei den Herren Liberalen aus? Sie wollten erst Garantien für die Wahlrechtsreform und für alles Mögliche haben. Das ist Trinkgelberpolitik! (Stürmischer Beifall), welche die Konservativen und Agrarier niemals gemacht haben.“

An den Vortrag des Freiherrn v. Wangenheim schloß sich eine zerstreute Diskussion.

Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Hauptversammlung des Bundes der Landwirte für die Provinz Posen erklärt ihr volles Einverständnis mit der Stellungnahme des Bundesvorstandes in den Kämpfen um die Reichsfinanzreform. Insbesondere sagt sie Herrn Dr. Koeside größten Dank für seine treue und erfolgreiche Arbeit. Die Versammlung verurteilt auf das schärfste den von gegnerischer Seite gemachten Versuch, Groß- und Kleingrundbesitz gegeneinander zu verhetzen, welcher nur den Feinden der deutschen Landwirtschaft zum Vorteil dienen kann. Die entscheidenden Kämpfe der Zukunft wird die deutsche Landwirtschaft nur dann siegreich bestehen, wenn sie einig und treu im Bunde der Landwirte zusammenhält.“

Mit dem üblichen Hoch auf den Bund war die Versammlung zu Ende.

Die liberale Stichwahlparole in Landsberg-Soldin.

Wie die „Liberale Korrespondenz“ erfahren haben will, soll der liberale Wahlausdruck es abgelehnt haben, die Wähler zur Abgabe ihrer Stimme zugunsten eines der in Stichwahl stehenden Kandidaten zu veranlassen. Es soll vielmehr einem jeden liberalen Wähler freigestellt sein, zu stimmen, wie er will. — Die „Korrespondenz“ gibt sich der Hoffnung hin, daß die politische Situation, die im Zeichen der Bestrebungen zur Beseitigung der konservativen Vorherrschaft stehe, der Wählerchaft den politisch einzigen richtigen Weg zeigen werde.

Die Stichwahl ist jetzt amtlich auf den 22. November festgelegt.

Das künftige Reichstagspräsidium.

In Zentrumskreisen soll man gewillt sein, die Stelle des Präsidenten des Reichstages dem Grafen Stolberg zu überlassen. Dagegen will das Zentrum die Stelle des ersten Vizepräsidenten, und zwar mit dem Abgeordneten Dr. Spahn. Den zweiten Vizepräsidenten will man den Nationalliberalen überlassen. Wir sind neugierig, ob Herr Paasche Lust hat, sich mit dieser Stelle zu begnügen, nachdem er vorher erster Vizepräsident war.

Eine freisinnige Interpellation.

Die freisinnigen Abgeordneten Dr. Leonhart und Dr. Strube, die beide ihren Wohnsitz in Kiel haben, haben mit Unterstützung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft dem Bureau des Reichstages eine Resolution überreicht, in der an den Reichskanzler die Frage gestellt wird, ob er bereit sei, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um Unregelmäßigkeiten und Unterschleife im Betriebe der kaiserlichen Werkstätten zu verhindern. Weiter wird gefragt, ob der Reichskanzler gelassen sei, künftig für eine sparsame Wirtschaft, für eine nach kaufmännischen Grundätzen eingerichtete Buchführung und für eine wirksame Kontrolle im Werkbetriebe zu sorgen.

Zur Reichstagswahlwahl in Halle.

Nun der Wahlkampf allmählich in sein letztes Stadium eintritt, beginnt der Reichsverband, der sich bisher im Hintergrund hielt, um die Freisinnigen nicht zu kompromittieren, seine Zurückhaltung aufzugeben und offen in den Wahlkampf einzugreifen. Seine Halle'sche Dringegruppe hat in den letzten Tagen ein Verleumdungsgeschäft in großen Massen herstellen lassen, das in nächster Zeit verbreitet werden soll. Reichsverbandredner braucht er allerdings nicht zu stellen. Deren Aufgabe befragen die freisinnigen Reichstagsabgeordneten und Parteisekretäre, die in großer Zahl den Wahlkreis unsicher machen. Wiemer, Sommer, Kopsch und Mugdan haben bisher in den Kampf eingegriffen, dazu Parteisekretäre aus allen Gegenden Deutschlands. Der freisinnige Kandidat Reimann tritt nun in Wiesbaden.

Unsere Parteigenossen lassen es an Arbeit nicht fehlen. Zahlreiche Versammlungen, in denen zumeist unser Kandidat Genosse Kuwert erscheint, sind abgehalten worden, viele von ihnen trotz der rauhen Jahreszeit unter freiem Himmel, da die Säle abgetrieben werden. Am letzten Donnerstag sprach Genosse Karl Liebknecht in Halle in zwei Versammlungen, zu denen sich circa 6000 Menschen aufgemacht hatten. Mehrere Flugblätter sind in großer Auflage ausgegeben worden, außerdem wird das „Volkswort“ in einer Auflage von 52000 Exemplaren täglich verbreitet. So denken unsere Genossen den Namen des Hansabundes und die Verleumdungen des Reichsverbandes nicht nur in Schach halten zu können, sondern deren etwaige Wirkungen gründlich außer Kraft zu setzen. Die Kampfstimmung wächst von Tag zu Tag.

Auch ein Vohlott.

Die südbayerische Landgemeinde Widgingen liegt mit der Stadt Kaufbeuren in Streitigkeiten wegen der Kröpfung einer neuen

Eisenbahnlinie. Da man in Kaufbeuren die Wünsche Widgingens nicht erfüllen will, hat die fromme Gemeinde den feierlichen Beschluß gefaßt, „eine kleine Aenderung bei den Einläufen vorzunehmen“ und Kaufbeuren zu kopulieren. Die liberale Presse, die sonst sofort über entsetzlichen Terrorismus jammert, wenn freie Gewerkschaften einen Vohlott verbänden, diese Presse gibt den Widinger Gemeindebeschlusse mit ziemlich unbehohelter Genugtuung bekannt.

Gehaltsverhöhung für den König von Sachsen.

Im neuen Staatshaushaltsetat des Königreichs Sachsen ist die Privatliste des Königs um 30000 M. höher als bisher eingelegt. Diese Erhöhung wird damit begründet, daß die Hofbeamten und Diener besser bezahlt werden müßten.

Kommunalwahlen.

In Luckenwalde fanden am Freitag und Sonnabend voriger Woche die Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt, und zwar am ersten genannten Tage die für die dritte Abteilung. Sie ist schon seit 15 Jahren vollständig im Besitz der Sozialdemokratie. Die Gegner haben es endgültig aufgegeben, in dieser Abteilung noch einen Kampf zu riskieren und so wurden unsere Genossen ohne Widerstand gewählt. Sie erhielten 1264 bis 1262 Stimmen. Es wurden ungefähr 150 sozialdemokratische Stimmen mehr abgegeben als bei der Wahl vor zwei Jahren.

In Merseburg wurden bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung sämtliche sozialdemokratischen Kandidaten zum ersten Male glatt gewählt.

In Dahme (Mark) gewann die Sozialdemokratie vier Mandate. Die Stimmgewinnung betrug hundert Prozent. Bisher hatte die Sozialdemokratie keinen Vertreter im Stadtparlament.

Siege in der Pfalz.

In Hubenhausen errangen unsere Parteigenossen mit 14 Stimmen die Mehrheit im Gemeindeparslament, in dem sie vorher gar nicht vertreten waren. Auch hier wurde der Regierung ein Parteigenosse Albrecht als erster Adjunkt zur Verfügung präsentiert. — In Rammelsbach eroberte die Sozialdemokratie drei, in Erbesbach drei, in Ulmet einen, in Waldsichbach vier, in Schifferstadt, einer Zentrumsdomäne, sechs Siege. In allen fünf Gemeinden hatte sie bisher keine Vertreter. — In Ensheim eroberte die Sozialdemokratie zu den schon besessenen fünf Sitzen noch drei weitere, so daß sie jetzt über acht verfügt.

Prozeß Wetterle.

Das Reichsgericht hat die Revision des Abgeordneten Wetterle, der am 18. Oktober vom Landgericht Colmar wegen Verleumdung des Professors Dr. Gneise zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, verworfen.

Landtagswahlwahl in Frankfurt-Lissa.

Bei der heutigen Landtagswahlwahl Frankfurt-Lissa-Katowisch-Gostyn erhielt, wie telegraphisch gemeldet wird, v. Kardorff (fl.) 844, Probst Dr. v. Jagdzewski 230 Stimmen. v. Kardorff ist somit gewählt.

Ein demokratisches Wochenblatt.

Soll vom nächsten Jahre ab in Berlin erscheinen. Es hat sich eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet, die den Kreis der demokratischen Vereinnung nahe liegt. Sie wird ein demokratisches Wochenblatt herausgeben, dessen Leitung Dr. Rudolf Breitscheid übernehmen wird. Die Zeitung, deren erste Nummer noch in diesem Jahre erscheinen soll, ist kein offizielles Parteiorgan; doch wird sie im wesentlichen die Ideen vertreten, denen die Demokratische Vereinigung ihr Entstehen verdankt.

Die Heldentat von Charlottenburg.

Wie bereits zu vermuten war, als durch Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten die freie Jugendorganisation für politisch erklärt wurde und als das Reichsamt in Altdorf begann, handelt es sich nicht um das Vorgehen einer Behörde, sondern wahrscheinlich um eine ministerielle Anordnung zur Bekämpfung der freien Jugendorganisation in allen Orten. Auch der Charlottenburger Organisation will die Behörde jetzt durch kleinliche Schikanen belästigen, da sie noch immer nicht begriffen hat, daß sie mit all ihren Repressalien immer das Gegenteil von dem erreicht, was sie zu erreichen wünscht.

Die freie Jugendorganisation Charlottenburg hatte am 14. November nach dem Volkshaus eine Mitgliederversammlung einberufen, in der Genosse Ewald Bernstein über das Thema: „Wie sieht die englische Verfassung aus?“ sprechen sollte. Die Mitglieder der freien Jugendorganisation waren überrascht, als sie vor der Tür des Volkshauses von zwei Polizeibeamten nach ihrem Alter befragt und als die unter 18 Jahre alten gewarnt wurden, an der Versammlung teilzunehmen. Das Erlaunen der Jugendlichen wurde, als sie im Saale gar einen Polizeileutnant und einen Wachtmeister bemerkten, welche die Personalien des Versammlungsleiters feststellten.

Nach Eröffnung der Versammlung forderte der Vorsitzende die Beamten auf, den Saal zu verlassen, da eine Mitgliederversammlung mit unpolitischem Vortrage stattfände; er wies auch darauf hin, daß die Beamten, wenn sie trotzdem im Saale blieben, sich des Hausfriedensbruchs schuldig machen würden! Der Leutnant erklärte darauf, daß er den Auftrag habe, „alle Jugendlichen unter 18 Jahren, die an dieser politischen Versammlung teilnehmen, festzusetzen! (Es sei bemerkt, daß der Vorsitzende von dem Beamten nicht etwa aufgefordert worden war, die Jugendlichen unter 18 Jahren zum Verlassen des Saales zu bewegen.)“

Beide Beamten begannen ihrem Auftrage gemäß, die Personalien der Jugendlichen festzustellen. Wer keine Legitimation bei sich hatte, sollte zur Polizeiwache gebracht werden! — Genosse Bernstein machte die Beamten auf das Ungeheuerliche ihrer Handlungsweise aufmerksam: vor allem sei die Versammlung keine politische und daher keine Ursache vorhanden, in dieser Weise vorzugehen. Der Leutnant zeigte dem Genossen Bernstein das amtliche Schriftstück, durch das er von seiner vorgesetzten Behörde beauftragt wird, so zu handeln. Ehe übrigens eine Feststellung beendet war, vertagte der Vorsitzende die Versammlung und forderte die Jugendlichen auf, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen, die eine Viertelstunde später im großen Zimmer stattfand; dieser Aufforderung kamen alle nach.

Die Beamten veränderten nun, einige der „Missetäter“ gewissermaßen als corpus delicti zu greifen, und wirklich gelang es ihnen, zwei der jüngsten Teilnehmer, festzunehmen. — Nach dieser Heldentat kann das gereizte deutsche Vaterland wieder ruhig schlafen; denn es weiß jetzt, daß seine Willkürkräfte russischen Kalibern nicht zurückschreckt.

Oesterreich.

Eine Nachwahl.

Triest, 14. November. An Stelle des italienischen Sozialdemokraten Pagnini, der wegen seines Austritts aus der sozialdemokratischen Partei sein Mandat niedergelegt hatte, wurde der italienische Nationalliberale Vitacco zum Reichstagsabgeordneten mit 2798 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat, der Sozialdemokrat Nicola, erhielt 1087 Stimmen.

Spanien.

Republikaner und Sozialdemokraten.

Ein Bündnis der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Republikanern wird für die nächsten Wahlen in Aussicht gestellt. Man hofft, daß ein solches Bündnis den beiden Parteien ermöglichen werde, wenigstens in den großen Städten der Gauenereien Herr zu werden, mittels deren die herrschende Gewalt bisher ihre Macht aufrechterhält, und so eine Aueferung des wahren Volkswillens herbeizuführen. Bereits haben in einer Reihe wichtiger Städte in den verschiedensten Landesteilen, so in Carthage und Alicante im südöstlichen, in San Sebastian und Santander im nordwestlichen Spanien gemeinsame Kundgebungen der gesamten ältesten Linken stattgefunden. Für den Sonntag ist eine große Versammlung in Madrid einberufen, in der außer den Führern der Republikaner Genosse Pablo Iglesias reden wird. Man erwartet von diesem energischen Vorgehen, daß zahlreiche Wähler, die bisher als ausichtslos unterlassen hatten, sich nun an der Wahl beteiligen und die Sache der Opposition fördern werden.

Der Besuch des Königs von Portugal am spanischen Hofe gab Gelegenheit, zu zeigen, daß der wütende Reaktionsär Maura auch nach seinem, durch die Entrüstung der ganzen Kulturwelt erzwungenen Rücktritt noch das Vertrauen des Königs besitzt. Um ihm die Teilnahme an den Hoffestlichkeiten zu ermöglichen, wurde sogar das altgeheilte spanische Hofzeremoniell abgeändert. Hat doch auch der König kürzlich in einem Interview sich mit den Führern Ferrer's solidarisch erklärt und so gezeigt, daß die bourbonische Dynastie zu ihren vielen in Spanien verübten Verbrechen auch die volle Mitverantwortlichkeit an die dieser Schandtat gefügt hat.

England.

Gegen die Lords.

Bristol, 13. November. Handelsminister Churchill führte in einer Rede aus, die Liberalen müßten, wenn sie aus den nächsten allgemeinen Wahlen siegreich zurückgekehrt wären, Schritte ergreifen, um den Lords die Handlungsweise unmöglich zu machen, die sie jetzt anzuwenden drohten. Die Liberalen würden den Lords nicht gestatten, sich in das Budget einzumischen und ihnen das Recht abzuschreiben, eine Auflösung des Parlaments zu erzwingen. Sie trauten der Weisheit des britischen Volkes zu, daß es seine Unabhängigkeit gegen jeden Angriff verteidigen werde.

Finland.

Vor der Entscheidung.

Helsingfors, 15. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Morgen findet die Schlußdebatte über die Militärvorlage statt. Da mit Ausnahme der Altfinnen alle Parteien gegen die Vorlage stimmen werden, ist die Verwerfung der zarischen Forderungen sicher. Man erwartet die Auflösung des Landtages.

Türkei.

Eröffnung des Parlaments.

Konstantinopel, 14. November. Heute nachmittag wurde die zweite Session des Parlaments durch den Sultan feierlich eröffnet. In der Thronrede heißt es: Durch Festhalten an dem parlamentarischen Regime könne die für das soziale und politische Leben unerlässliche Einigkeit und Kraft gewonnen werden. Die Aufrechterhaltung und Festigung des parlamentarischen Regimes sei der teuerste Wunsch des Sultans. Die Ausbreitung des Militärdienstes auf alle Ottomanen werde die Stärke und Größe des Staates vermehren. Die innere Lage sei dank den getroffenen Maßnahmen nicht beunruhigend; die Stämme im Yemen unterwürfen sich, die Zwischenfälle in Juma und Koful seien nicht von Bedeutung. Die Thronrede hebt sodann die Notwendigkeit von Reformen auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts und der öffentlichen Arbeiten hervor. Das Budgetgleichgewicht, das trotz aller Ersparnisse nicht erreicht worden sei, werde durch eine Joberhöhung und durch die geplanten Monopole sowie Verbesserung der Steueranlage gesichert werden.

Darauf hielt die Kammer ihre erste Sitzung ab. Ahmed Riza, der Kandidat der jungtürkischen Partei, wurde mit 164 gegen 16 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Das Resultat der Wahl wurde mit andauerndem Beifall aufgenommen.

Eine militärische Demonstration.

Saloniki, 13. November. Vier Bataillone und zwei Gebirgsbatterien gehen vorläufig an die griechische Grenze ab, um den Uebertritt von Wunden zu verhindern.

Indien.

Attentate gegen den Vizekönig.

Ahmadabad, 14. November. Als der Vizekönig Carl of Minto mit seiner Gemahlin gestern nachmittag durch die Stadt fuhr, explodierte in einer Straße kurz nach der Vorbeifahrt des Wagens eine Bombe. Man fand einen Menschen mit abgerissener Hand am Boden liegen, neben ihm eine noch nicht explodierte Bombe, die mit Melinit gefüllt war. Bei Annäherung des Wagens hatte man gesehen, wie ein Hindu etwas wegwarf.

Bei der Weiterfahrt des Vizekönigs durch die Stadt wurden kurz nach der Bombenexplosion aus der dichtesten Volksmenge heraus zwei Wurfdeere nach dem Wagen geschleudert. Den einen Speer wehrte ein neben dem Wagen reitender Dragonerunteroffizier mit dem Säbel ab, der andere Speer streifte einen eingeborenen Offizier, welcher einen Schirm über Lady Minto hielt, und fiel dann zur Erde. Der durch die Explosion verletzte Mann war ein Passant, der die Bombe aufgenommen hatte.

Amerika.

Gegen die Verurteilung Compers.

Philadelphia, 15. November. Der Zentralarbeiterbund fordert die Arbeiter des ganzen Landes auf, den Generalstreik zu inszenieren, falls der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes Compers die ihm auferlegte einjährige Gefängnisstrafe verbüßen muß.

Argentinien.

Ein Bombenattentat.

Buenos Aires, 14. November. Ein zwanzigjähriger Mann, angeblich ein Anarchist aus Ruhland, schleuderte heute unter den Wagen des Polizeipräsidenten Falcon eine Bombe, durch die der Wagen zertrümmert und der Polizeipräsident sowie der ihn begleitende Sekretär so schwer verletzt wurden, daß sie bald darauf starben. Der Täter verletzte sich selbst schwer durch einen Schuß in den Kopf; man glaubt, ihn am Leben erhalten zu können.

Infolge des Attentats hat der Ministerrat gestern abend die Verhängung des Belagerungszustandes beschlossen.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverhandlungen der Maler.

Die Kommissionsberatungen währten bis zum Schluß der vorigen Woche. Die Ergebnisse dieser Beratungen wurden einer am Montagmorgen abgehaltenen Plenarsitzung der Parteien unter dem Vorsitz der drei Unparteiischen vorgelegt. In der Kommission ist

eine Einigung

erzielt worden über eine Reihe streitiger Punkte. Die wesentlichsten Ergebnisse der in der Kommission erzielten Vereinbarungen sind folgende: Die Zeit nach Schluß der sonntäglichen Arbeitszeit bis 9 Uhr abends gilt als Überstunden, die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens als Nacharbeit. Die Löhne richten sich im allgemeinen nach der Leistungsfähigkeit der Gehilfen und werden nur für die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden bezahlt. Der Gehilfe ist zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet, die von den durch das Ortsarbeitsamt festgesetzten Normen bestimmt wird. Wird einem Gehilfen eine Arbeit übertragen, zu deren Ausführung ihm die Fähigkeiten fehlen, so hat er dies dem Meister mitzuteilen. Tut er das nicht und muß die mangelhaft hergestellte Arbeit ganz oder teilweise erneuert werden, so hat der Gehilfe für den von ihm verursachten Schaden zu haften. — Bei Arbeiten außerhalb des Tarifortes sind den Gehilfen, die vom Betriebsbesitzer dorthin entsandt oder am Arbeitsort eingestellt werden, die Löhne desjenigen Tarifortes zu zahlen, in welchem sich der Hauptsitz des Geschäftes befindet. Sind jedoch am Arbeitsort höhere Lohnsätze als am Ort des Hauptbetriebes tariflich festgelegt, so werden diese höheren Lohnsätze bezahlt. — Bei Landarbeiten wird Fahrgehalt und Fahrzeit vergütet. — Werden Arbeiten in Afford ausgeführt, so finden die im Leistungstarif festgesetzten Preise Anwendung. Bei Affordarbeit wird der Stundenlohn garantiert, wenn der Gehilfe die gleichen Leistungen wie im Stundenlohn erfüllt. — Eine Kündigungsfrist ist gegenseitig ausgeschlossen, doch kann für Zeichner und Geschäftsführer eine Kündigung vereinbart werden. Außerdem bleibt es den zuständigen örtlichen Organisationen überlassen, für ihr Lohngebiet eine Kündigung einzuführen mit der Maßgabe, daß jedes Arbeitsverhältnis ohne Kündigung mit dem Ablauf des Reichstags beendet ist. — Die Bestimmungen des § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind ausgeschlossen. Gehilfen dürfen für eigene Rechnung keine Arbeit ausführen, solange sie bei einem Meister in Arbeit stehen. — Jegliche Agitation während der Arbeitszeit ist verboten. Pausen gelten nicht als Arbeitszeit. Anders oder nicht organisierte Arbeiter dürfen vor und nach der Arbeitszeit auf der Arbeitsstelle nicht beschäftigt werden. — Nichterfüllung der Bundesratsvorschriften zum Schutze der Gesundheit gegen Bleivergiftung sind als Tarifverletzung zu betrachten.

Einigung ist auch zustande gekommen hinsichtlich der ausführlichen Bestimmungen über die Einrichtung, Zuständigkeit und Zusammenfassung der Tarifämter. Ebenso über die gemeinsame Bekämpfung der Schmutzfurerei, die darin erblickt wird, daß ein Arbeitgeber Arbeiten unter dem Selbstkostenpreise übernimmt oder übernommene Arbeiten nicht den kontraktlichen Bestimmungen gemäß ausführt. Die Schmutzfurerei soll durch Sperren über die betreffenden Arbeitgeber bekämpft werden. Die dadurch arbeitslos werdenden Gehilfen sollen nach Möglichkeit von anderen Meistern eingestellt werden. Die Kosten der Sperre, besonders auch die Unterstützung der dadurch arbeitslos gewordenen Gehilfen tragen beide Vertragsparteien je zur Hälfte. — Wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten, sollen paritätische Arbeitsnachweise eingerichtet werden, deren Benutzung für beide Parteien obligatorisch ist.

Die Forderung: das Fernbleiben von der Arbeit am 1. Mai haben die Meister in der Kommission zurückgezogen.

In bezug auf diejenigen Punkte, über welche eine Einigung in der Kommission nicht erzielt werden konnte, fällten die Unparteiischen einen

Schiedspruch.

Die wesentlichsten Bestimmungen desselben sind folgende: Nach den Forderungen der Arbeitgeber sollte der volle Tariflohn nur am Kolonnenarbeiter über 21 Jahre gezahlt werden und der Lohn für jüngere Arbeiter der freien Vereinbarung unterliegen. Die Unparteiischen halten diese Forderung nicht für begründet, weil sich die Verhältnisse im Malergewerbe seit der im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarung des Normaltarifs nicht geändert haben. Deshalb hält sich der Schiedspruch an die Fassung des Normaltarifs, der verschiedene Lohnsätze für Arbeiter über 20 Jahre und solche unter 20 Jahren festsetzt. Auch darin folgt der Schiedspruch dem Normaltarif, daß einem Gehilfen, der keine angemessene Gegenleistung bietet, der Lohn bis zu 10 Proz. gekürzt werden darf. — Die Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit setzt der Schiedspruch ebenfalls entsprechend den Bestimmungen des Normaltarifs fest. Danach sind Überstunden mit 25 Proz., Nacharbeit bei Wochenschichten mit 10 Proz., Nacharbeit, die mit der Tagesarbeit zusammenhängt mit 50 Proz., Sonntagsarbeit ebenfalls mit 50 Proz. Zuschlag zu vergüten. Auch hinsichtlich der Vergütung von Fahrgehalt folgt der Schiedspruch im wesentlichen dem Normaltarif, wonach der Mehraufwand, den der Arbeiter tatsächlich zu leisten hat, ihm erstattet werden muß.

Einig sind die Parteien darüber, daß die Einstellung von Arbeitern nicht abhängig gemacht werden darf von ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation. Außerdem forderten die Arbeiter unter Hinweis auf den bekannten Hamburger Fall, daß die Einstellung auch nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Krankenkasse gefordert werden darf. — Der Schiedspruch sagt, daß diese Forderung der Arbeiter nicht im Tarif aufzunehmen ist, weil der Arbeitgeberverband nicht die Möglichkeit hat, auf die Innungsmitglieder einzuwirken, welche, wie im Hamburger Fall, gehalten sind, nur Mitglieder der Innungskassensysteme in Arbeit zu nehmen. Ferner sagt der Schiedspruch, daß in einem Orte, wo die organisierten Meister nach Maßgabe der gesamten Verhältnisse (wenn viele unorganisierte Arbeitgeber den Tarif nicht halten usw.) die Einhaltung des Tarifs billigerweise nicht zugemutet werden kann, derselbe durch das Tarifamt zeitweise außer Kraft gesetzt werden kann. — Dem weitergehenden Verlangen der Meister, daß der Tarif auch dann außer Kraft gesetzt werden kann, wenn staatliche und städtische Betriebe, Brauereien, Hotels, Fabriken Maler und Anstreicher unter dem Tarif beschäftigen, hat der Schiedspruch keine Folge gegeben.

Ein weiterer Differenzpunkt war der

Ablauftermin des Vertrages.

Die Meister wollten den 31. Dezember 1912, die Arbeiter den 31. März 1913 als Ablaufzeit festgesetzt wissen. Der Schiedspruch bestimmt den 15. Februar 1913.

Durch die vorstehenden Vereinbarungen und Schiedensprüche sind die Grundbedingungen eines für das ganze Reichgebiet geltenden Tarifvertrages geschaffen. Ueber die Lohnsätze und die Arbeitszeit, welche in den verschiedenen Orten Geltung haben sollen, ist noch nicht verhandelt. Die Meister wollten sogleich auch über diese Angelegenheiten in Verhandlung treten. Sie bemerkten in der Kommission, daß eine Aufbesserung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit wünschenswert, die Lage des Gewerbes zurzeit aber nicht derart sei, daß diese Forderungen der Gehilfen erfüllt werden könnten. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, sie hätten keine Vollmacht, sogleich über Lohnhöhe und Arbeitszeit zu verhandeln, sie müßten erst ihre Mitglieder befragen. Vor Ende Dezember werde die Meinung der Mitgliedschaften nicht vorliegen.

Die Parteien einigten sich dahin, daß die bestehenden Verträge bis 15. Januar verlängert und die Beratungen über Löhne und Arbeitszeit bis dahin vertagt werden.

Berlin und Umgegend.

Die Parfettbodenleger Berlins haben eine erfolgreiche Lohnbewegung hinter sich. Der im Jahre 1904 abgeschlossene Tarif wurde während der Krise von den meisten Arbeitgebern nicht mehr eingehalten. Die Löhne waren erheblich zurückgegangen. Berantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantwortl.

so daß die Arbeiter den geschäftlichen Aufschwung bemühten, um die alte Position wieder zu erringen. Die Lohnbewegung wurde im Oktober wieder eingeleitet und kam es in sechs Geschäften mit 88 Arbeitern zum Streik, während bei den übrigen Firmen eine gütliche Verständigung möglich war. Dem Verein „Berliner Parfettgeschäfte“ gehören 12 Firmen mit rund 200 Arbeitern an, während insgesamt 250 Parfettbodenleger in Berlin beschäftigt werden. Anfang November fanden Einigungsverhandlungen unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz statt. Dort wurde ein Vertrag bis 11. April 1911 abgeschlossen. Die Mindestlöhne sind sofort auf 80 Pf. erhöht (bisher 70 Pf. im Durchschnitt). Ab 1. April 1910 erhöht sich die Mindestlöhne auf 90 Pf. Die einzelnen Affordpositionen sind durch Tarif geregelt. Neben dem Verein „Berliner Parfettgeschäfte“ sind eine Reihe weiterer Firmen dem Vertrage beigetreten. Auch die Firmen Heber, Weimar und Norddeutsche Parfettbodenfabrik-Hannover haben den Vertrag für ihre Berliner Arbeiten anerkannt. Erwähnt sei noch, daß die Berliner Parfettleger seit Jahren den Achtfundentag durchgeführt haben.

Achtung, Väter-Vertrauensleute!

Die Wahl zum Gesellenauschuß der Innung „Germania“ findet nicht am heutigen Dienstag, sondern am Dienstag, den 23. November, statt. In der Notiz der Sonntagsnummer unseres Blattes ist dies Datum infolge eines Mißverständnisses nicht angegeben.

Deutsches Reich.

Zum Koalitionskampf der Gärtner in Cuedlinburg erwidert der „Gewerksverein“ auf den Artikel des „Vorwärts“. Die mitgeteilten Tatsachen werden mit keinem Worte widerlegt oder überhaupt erwähnt. Es wird damit bestätigt, daß die Kirche, um sieben ausgedehnte und streikende Gärtner einige Wochen unterstützen zu können, nicht nur den Bettelbrot in ihrer Gesamtorganisation seit Anbeginn des Konflikts schwingen, sondern auch noch das Cuedlinburger Bürgertum zu einer Kinematographen-Vorstellung heranzuziehen. Hierfür gibt es nur zwei Gründe: Entweder sind die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften finanziell auf dem Hund, oder sie gebrauchen den Koalitionskampf der Gärtner als Vorwand zu Sammlungen, um damit ein Geschäft zu machen. Statt sich nun mit diesen Tatsachen zu befassen, die man nicht hinwegleugnen kann, versucht man, die Aufmerksamkeit auf etwas anderes zu lenken, und zwar mit Unwahrheiten. Wir stellen hiermit fest: 1. Es ist nicht wahr, daß der „Allgemeine deutsche Gärtnerverein“ jemals in Cuedlinburg einen Koalitionskampf geführt hat, daß also auch von 100 Mitglieder 99 nicht in der ersten Nacht abgefallen sind. (Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein hat noch niemals 100 Mitglieder in Cuedlinburg gehabt.) 2. Es ist nicht wahr, daß der Gärtner Sitte (Mitglied des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins) Streikbrecher werden wollte. 3. Es ist nicht wahr, daß das Mitglied vom Allgemeinen deutschen Gärtnerverein Biskaborn Streikbrecher geworden ist. Tatsache ist, daß der Streik von den Dirschen am 20. Oktober als beendet erklärt worden ist. Am 19. Oktober hatten die Kirch-Dunderschen eine Versammlung; zu dieser wurde der örtliche Vertrauensmann wie auch der Zentralvorsitzende des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins nicht zugelassen. Das Mitglied Biskaborn, das sich schon in der Versammlung befand, wurde hinausgewiesen. Niemand wußte, was die Leute wollten und beschloßen. Am 20. Oktober war Goldschmidt in Cuedlinburg und am 21. Oktober erklärten die Mitglieder der Kirche: Der Streik ist gestern aufgehoben worden. — Das war auch das einzig richtige, denn ein Kampf, der von 17 Personen geführt wird und bei dem 500 in Frage kommen, ist kein Streik und würde von jedem vernünftigen Gewerkschaftler am ersten Tage als beendet erklärt werden. — Am 23. Oktober nahm das Mitglied Biskaborn Arbeit an, ist aber niemals Streikbrecher geworden. Aber das ist die bewährte Taktik: Halte den Dieb! Die Kirche hatten vor Beginn des Kampfes 150 Gärtner als Mitglieder in Cuedlinburg, von diesen beteiligten sich 17 an dem Kampfe! Es sind also alle übrigen Streikbrecher geworden. Das ist die Frucht der Kirch-Dunderschen Erziehung. Man gewann die Mitglieder nur, indem man sagte: Die Cuedlinburger Arbeitgeber gestatten die Kirch-Dundersche Organisation. Hierdurch sind keine Kämpfer erzogen worden. Die am Kampf beteiligten Gärtner sind zu bedauern, unter einer solchen Führung zu stehen, die die ganze Blamage zu verdecken sucht, indem sie mit Unwahrheiten operiert.

Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.

Zur Aussperrung der bergischen Seidenbandwirker.

Zur Anbahnung einer Verständigung zwischen den Seidenbandfabrikanten und den ausgesperrten Gehilfen über die Schwedene-Lohnfrage fand am letzten Freitag auf Einladung des Bürgermeisters Staas-Ronsdorf, angeregt durch den Bandwirkermeisterverbandsvorsitzenden Gutkunst und den Stadtdirektor von Wilsen von Ronsdorf (Kreis Remscheid) im dortigen Rathaus eine Versammlung des Fabrikantenvorstandes und der Gehilfenarbeitskommission statt. Mit erschienen waren die Gewerbeinspektoren von Barmen und Elberfeld. Nach vierstündiger Beratung über die Einigungsvorschläge wurde einstimmig eine Einigung über verschiedene grundlegende Fragen dahin erzielt, daß die getroffenen Vereinbarungen sofort den beiderseitigen Generalversammlungen zur Genehmigung empfohlen werden sollen. Hoffen wir im Interesse der Beteiligten wie der Allgemeinheit, daß die Verhandlungen recht bald zu einem befriedigenden Abschluß gelangen, damit die Arbeit alsbald wieder aufgenommen werden kann.

Ausland.

Die Streiklosten der „Union des Gas“.

Rom, 11. November. (Eig. Ber.) Die durch den Streik ihrer sämtlichen Arbeiter in Mailand, Genua und Umgegend, Alexandria und Modena betroffene Gasgesellschaft soll, wie der „Avanti“ berichtet, an Mehrausgaben und Gewinneinbuße täglich rund 100 000 Lire verlieren. Die Streikbrecher, die man in Mailand zum Anzünden der Laternen verwendete, wurden mit 25 Centesimi pro Stunde bezahlt, und trotzdem haben sie etwa ein Drittel der Laternen durch ungeschickte Handhabung beschädigt. In Genua hat die Gesellschaft ihr gesamtes Personal entlassen und erklärt, nur die einzustellen, die bedingungslos ein neues Arbeitsreglement unterschreiben. In Modena hat der Bürgermeister sich eines Besseren besonnen und die Feuerwehreinheiten zurückgezogen, so daß die Gesellschaft jetzt selbst für das Anzünden sorgen muß. Bis heute belaufen sich die in Modena verhängten Geldstrafen wegen schlechter Beleuchtung auf 12 000 Lire. Die Gesellschaft hatte gehofft, daß man ihr die Verwendung von Streikbrechern im Interesse der öffentlichen Ordnung verwehren würde. In diesem Falle hätte sie einmal die Unkosten für das unfähige Personal gepart, und dann hätte sie auch den Streik als höhere Gewalt ausgeben und sich so von den Strafgebern befreien können.

Ein Generalfreist des amerikanischen Arbeiterbundes?

Der amerikanische Arbeiterbund hat nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Philadelphia die Arbeiter des ganzen Landes zum Generalfreist aufgefordert, falls Kompens gezwungen werden sollte, die ihm auferlegte einjährige Gefängnisstrafe abzugeben.

Der Grubenarbeiterstreik in Australien.

In einer Konferenz der Grubenarbeiter und anderer Gewerkschaften wurde einstimmig beschlossen, unter Anwendung aller legitimen Mittel eine offene Konferenz der Grubenbesitzer und Grubenarbeiter herbeizuführen. Sollte dies keinen Erfolg haben, so wollen die Gewerkschaften die Regierung auffordern, den Betrieb der Bergwerke selbst in die Hand zu nehmen. Alle Gewerkschaften haben Vorbereitungen getroffen, um, wenn nötig, in den Zustand zu treten.

Auf zur Stichwahl!

Das war die Mahnung, die gestern abend an die Wähler des 12. Landtagswahlbezirks gerichtet wurde. Wie seither alle Wähler-versammlungen in diesem heijumstrittenen Wahlbezirk, so war auch die Versammlung, welche unsere Parteigenossen gestern abend nach der Pagenhofer Brauerei in Moabit einberufen hatten, überfüllt. Ein Zeichen der Kampfesfreude, von der die Genossen des 12. Landtagswahlbezirks besetzt sind, ein Beweis für den festen Willen, mit aller Energie für die Wiedergewinnung des uns so schändlich geraubten Mandats zu arbeiten, war nicht nur der starke Versammlungsbefuch, sondern auch der zuversichtliche Geist, welcher die Versammelten besetzte. Die kampfesfrohe Gesinnung, welche die Anwesenden erfüllte, kam auch zum Ausdruck in den Reden der Genossen Lebebour und Karl Liebknecht. Während der erstere im allgemeinen die preußische Junkerreaktion kennzeichnete, wandte sich der letztere im besonderen an die Wähler, die sich heute an der Stichwahl zu beteiligen haben und legte ihnen nahe, daß es eine Ehrenpflicht der Partei ist, zu den drei bereits wiedergewonnenen Mandaten auch das vierte zurückzuerobieren, das einzige, auf das sich die Gegner überhaupt Hoffnungen gemacht haben.

Ein polnischer Genosse richtete in der Diskussion an die anwesenden Polen ermunternde Worte in deren Muttersprache. Eine Genossin forderte die Frauen zur Beteiligung an den Wahlarbeiten auf und ein Dritter Redner kennzeichnete in beredten Worten die jämmerliche Rückgratlosigkeit des Preussens.

Zum Schluß erhielt unser Kandidat Adolf Hoffmann das Wort. In wirkungsvoller Rede führte er den Zuhörern vor Augen, welche Bedeutung der Wahlkampf gerade im 12. Wahlbezirk hat. So muß der Kampf geführt werden, daß die Hoffnungen der Gegner für alle Zeiten zusehender werden. Eine Niederlage müssen wir ihnen bereiten, so vernünftig, daß sie nicht mehr wagen, mit uns den Kampf aufzunehmen.

Durch lebhaften Beifall gaben die Versammlungsbefucher zu erkennen, daß sie sich der Bedeutung des Wahlkampfes im 12. Bezirk voll bewußt sind und daß sie ihre ganze Kraft daran setzen werden, um den Genossen Adolf Hoffmann zum Schrecken der Reaktionen aller Schattierungen wieder in den preußischen Landtag zu senden.

Soziales.

Gewerbesteuer für Rechtsanwält.

Die Amtsgerichtsanwälte im Großherzogtum Hessen haben nach der „Frankfurter Zeitung“ eine Eingabe an die hessischen Landstände gerichtet, in der sie sich gegen den Vorschlag, die Anwälte einer Gewerbesteuer zu unterwerfen, wenden. Die Tätigkeit der Anwaltschaft ist nach dem Gesetz kein Gewerbe, sondern ein öffentliches Amt. Der Anwalt ist ebenso wie der Richter und der Staatsanwalt Organ der Rechtspflege. Der Anwaltschaft sind durch das Gesetz Fesseln angelegt, wie sie keinem Gewerbe zugemutet sind. Ueberdies ist der Anwaltschaft eine recht erhebliche Kostenlast durch das Armenrecht auferlegt. Der einer Armenpartei beigeordnete Rechtsanwalt erhält für seine Tätigkeit weder vom Staat noch von der Gemeinde Ersatz. Er arbeitet umsonst und hat außerdem noch die Auslagen aus eigener Tasche zu leisten.

In der hessischen Statistik wird festgestellt, daß die hessische Anwaltschaft in Armenrechtsfällen jährlich eine Tätigkeit aufwendet, für die nach der Gebührenordnung etwa 150 000 M. zu zahlen wären, wenn die Prozesse keine Armenrechtsfälle beträfen. Rund 20 000 M. wendet nach derselben Statistik die hessische Rechtsanwaltschaft durch Herausgabe von baren Auslagen in Armenrechtsprozessen auf. Aus der im hessischen Ministerium der Finanzen über die Berufseinkommen der Rechtsanwält angefertigten Statistik ergibt sich folgendes Bild: Von 212 Rechtsanwält hatten ein Einkommen von

weniger als 2000 M.	32 Anwälte
2000—4000 „	37 „
4000—6000 „	47 „
6000—8000 „	32 „
8000—10000 „	21 „
10000—15000 „	23 „
15000—20000 „	6 „
20000 u. mehr „	14 „

Hierbei ist noch zu beachten, daß 26 Rechtsanwält zugleich Notare sind, und daß das Einkommen aus dem Notariat in diesen Zahlen mitinbegriffen ist.

Ganz von den Einkommensverhältnissen der Anwälte abgesehen, wird man zugeben müssen, daß eine landesrechtliche Gewerbesteuer für Rechtsanwält nach dem Reichsgesetz ebenso unzulässig ist, wie etwa eine Gewerbesteuer für Richter, Beamte usw. Die Gewerbesteuer ist überhaupt eine unbillige Steuer. Sie belastet den Fleiß, während sie den Besitz dessen, der von seinen Zinsen lebt, steuerfrei läßt. Eine gerechte Steuer bleibt allein eine stufenweise Einkommen- und Vermögenssteuer. Bei dieser Steuer würde auf die Art des Erwerbes Rücksicht zu nehmen sein, insbesondere also die Einkommen und Vermögen, die mühselos erworben werden, stärker als andere zu treffen sein. In dieser Gattung von Vermögen gehört in erster Reihe das durch Erbschaft erworbene Vermögen. Die Steuerfiskus der konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen richtet sich gleichmäßig gegen eine die höheren Einkommen und Vermögen progressiv belastende gerechte Einkommen- und Vermögenssteuer.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verkehrsstörungen durch Nebel.

Hamburg, 15. November. (W. T. B.) Seit dem frühen Morgen erschwert starker Nebel den Verkehr. Nachdem über Mittag der Nebel sich weniger hindernd bemerkbar gemacht hatte, nahm er nachmittags eine große Dichte an. Die Schifffahrt ist völlig brachgelegt, der Straßen- und S-Bahnverkehr ist sehr verlangsamt.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 15. November. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung interpellierte Weber (Sozialist) den Kriegsminister wegen des Todes eines Soldaten in Afrika, der infolge schlechter Behandlung gestorben sein soll. Der Kriegsminister antwortete, der Tod des betreffenden Soldaten sei infolge einer Konvulsion eingetreten. Er wache stets darüber, daß bei den afrikanischen Truppen keine Mißhandlungen vorkämen. Das Haus nahm mit 431 gegen 133 Stimmen die einfache Tagesordnung an und ging dann zur Budgetdebatte über.

Schiffskatastrophe.

Lidau, 15. November. (W. T. B.) Der Rinnenkreuzer „Jabal-kaleg“, der, um sich vor dem Sturm zu schützen, im Vorhaben vor Anker gegangen war, wurde durch die Gewalt des Sturmes losgerissen und an das Ufer geworfen. Von zwei ihm zu Hilfe gesandten Bugsdampfern strandete der eine. Der „Jabal-kaleg“ liegt am nördlichen Hafendam auf Steinen, der Bugsdampfer auf einer Sandbank.

Am Vorabend!

Das „Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands“ enthält über die brennende Frage des Zwangsarbeitsnachweises einen trefflichen Artikel, den wir mit einigen unwesentlichen Kürzungen in folgendem wiedergeben:

Im Ruhrrevier bereiten sich Dinge vor, die uns an den Vorabend großer Ereignisse stellen. Der Beschluß des Verbandes der Besenbesitzer, den Bergarbeitern unparitätische Arbeitsnachweise aufzuzwingen, hat eine Erregung in den Arbeitermassen ausgelöst, die noch weit bedenklicher stimmen muß, als die Erbitterung am Ende des Jahres 1904, am Vorabend des Niesenkampfes. Was noch vor wenigen Wochen unmöglich schien, die Bergarbeiter aller Gruppen zu gemeinsamem Vorgehen zu einigen, ist plötzlich zur Tatsache geworden. Selbst der Unwille über den Steuerraubzug hat nicht vermocht, diese Zwistigkeiten zwischen den Bergarbeiterorganisationen zum Schweigen zu bringen, sondern ließ eher das Gegenteil befürchten. Und nun ist das Unmögliche binnen wenigen Tagen spielend gelungen. Dieses Unerwartete charakterisiert aber zugleich den ganzen Ernst der Situation im Ruhrrevier. Es wäre übel angebrachte Selbsttäuschung, über diese Anzeichen drohender Wetter im Ruhrkohlenbergbau mit gewohnter Leichtfertigkeit hinwegzusehen. Was dort tollt und grüllt, das kann sich binnen wenigen Wochen als eines der folgenschwersten Ereignisse entladen, die Deutschland je gesehen hat. Es liegt also Gefahr im Verzuge.

Das Vorgehen der Grubenbesitzer gegen die Arbeiter war länger Hand vorbereitet. Schon 1905 auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik erklärte es Herr Kirdorf für eine Notwendigkeit, daß der Bergbauische Verein sich zu einem geschlossenen Arbeitgeberverband zusammenziehe und den Arbeitsnachweis selbst in die Hand nehme. Bereits damals kündigte der „Bergsnapper“, das Organ des christlichen Gewerkschafts, den Grubenherren an, wenn sie den Arbeitsnachweis zur Sache des Arbeitgeberverbandes machen und die Arbeiter als willenslose Arbeitslöhner behandeln würden, dann werde der Friede in der Kohlenindustrie aufs ärgste gefährdet werden.

Die Herr Kirdorf es voraus sagte, so hat es sich prompt erfüllt. Aus dem Bergbauischen Verein ging der Jochenverband hervor, der allerdings zunächst, ehe er die Hand auf den Arbeitsnachweis legte, den damit erzielbaren Zweck der Ausschließung „unerwünschter Elemente“ auf andere Weise, durch Herausgabe schwarzer Listen, zu erreichen suchte. Der Entrüstungssturm der gesamten öffentlichen Meinung war stark genug, um dieses vom Standpunkt der „guten Sitten“ unhaltbare System zu beseitigen. Der Jochenverband ließ die schwarzen Listen fallen, um sie durch das scheinbar humanere, in Wirklichkeit aber viel gefährlichere System des Nachregelungsbureaus zu ersetzen. Der Arbeitsnachweis soll angeblich ein Wohlfahrtsinstitut werden, soll einen Ausgleich des Arbeitsbedarfs und Arbeitsüberschusses herbeiführen, soll dem planlosen Anwerben von Arbeitskräften im Inland vorbeugen und dem Umschauweisen steuern. Das klingt edel und gut, ist aber den Grubenherren sehr nebensächlich. Für sie handelt es sich in der Hauptsache um die Verstrafung „kontrafruchtlicher Arbeiter“ und um die Fernhaltung „militanter Elemente“, wie dies das Leitmotiv für alle ähnlichen Unternehmer-Arbeitsnachweisbureaus bildet. Die Arbeitsnachweise der Metallindustriellenverbände sind Nachregelungsbureaus ohne das schamhafte Feigenblatt der Arbeitsvermittlung. — Kontrollbureaus, die mit Hilfe eines umfangreichen Personalaktensystems den industriellen Ausschluß geben, es gegen einen sich zur Arbeit Meldenden irgend etwas vorliegt. Sie vermitteln dem Arbeitslosen nicht Arbeit, sondern erteilen oder verweigern lediglich die Erlaubnis, eine durch Vermittlung, Umschau oder sonstige gesunde Arbeitsstellung anzutreten. Sie haben sich dadurch bei den Arbeitern beliebt gemacht, daß es außerordentlicher Sicherheitsmaßnahmen und teilweise polizeilichen Schutzes bedarf, um Ausbrüche der Erbitterung in Schranken zu halten. Anstatt verböhnend zu wirken, zeigen sie die Bewässerung zu Gewalttätigkeiten auf.

Es wäre dem Metallindustriellen kaum gelungen, diese Kontrollbureaus den Arbeitern aufzuzwingen, wenn sie nicht zu deren Einrichtung die Zeiten der Arbeitslosigkeit ausgewählt hätten. Die „Kölnische Zeitung“ verriet dieses Rezept vor einigen Wochen in der offenherzigen Weise; sie meinte, der Arbeitsnachweis würde am besten in der Niedergangsperiode eingerichtet, während der sich die Lohnarbeiter an seine Penubung am leichtesten gewöhnen. Auch jetzt haben die Bergherren den Moment gut ge-

wählt, um die durch Uneinigkeit zersplitterte und durch die Krisis und Lebensmittelverknappung schwer bedrückte Knappenschaft mit dieser Geißel zu beklüden. Aber sie haben doch wohl den alten Bergmannsbrauch unterschätzt, der sich gegen die Bergewaltigung aufbaut und sich bis zum äußersten wehren wird. Ein erbitterter, für Industrie, Arbeiter und Volkswirtschaft gleich unheilvoller Kampf wird die Folge des Vorgehens des Jochenverbandes sein, sofern es nicht gelingt, die geplanten Maßnahmen rückgängig oder unschädlich zu machen.

Angesichts dieser hochgespannten Situation richtet selbst die bürgerliche Presse dringende Mahnungen an die Regierung, die Arbeitsnachweisfrage durch gesetzliche Regelung dem Kampfe der Parteien zu entziehen. Daß es soweit kommen konnte, — daß ein Niesenkampf aufs neue Staat und Gesellschaft in ihren Fugen zu erschüttern droht, das ist ein Zeichen dafür, wie schwer die Regierung auf diesem Gebiete gesündigt hat. Deutschland ist das klassische Land der paritätischen Arbeitsvermittlung. Von hier aus brach sich dieses System gleichberechtigten Gemeinwirkens seit Beginn der neunziger Jahre Bahn und trat seinen Siegeslauf durch die zivilisierte Welt an. Während jedoch andere Länder sich anstuden, den staatlichen Arbeitsnachweis unter paritätischer Verwaltung durch gesetzliche Regelung zur konsequenten Entwicklung zu bringen (England, Ungarn, Frankreich), ist es in Deutschland im wesentlichen bei der fakultativen, kommunalen Regelung geblieben. Nur in Süddeutschland sind die öffentlichen Arbeitsnachweise zentralisiert und ihr Zwischenverkehr organisiert worden. In Mittel- und Norddeutschland dagegen bestehen in bunter Regellosigkeit Gemeinde-nachweise, gemeinlich subventionierte Vereinsnachweise und Facharbeitsnachweise von Unternehmern und Arbeitern nebeneinander. Aus ausnahmsweise sind die Facharbeitsnachweise paritätisch verwaltet und den Gemeinde- oder Wohlfahrtsarbeitsnachweisen angegliedert. Noch feltener besteht ein interlokaler Verkehr zwischen diesen Arbeitsnachweisen; nur an der Verzichtserhaltung für das „Reichs-Arbeitsblatt“ sind sie beteiligt. Unbetrachtet solcher Rückständigkeit mußte kommen, was längst zu erwarten war, daß Nationen, die ernsthaft an die Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems herantreten, das deutsche Arbeitsnachweissystem bald überflügeln. So bleibt uns nur der Trost, daß die Idee des öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises deutschen Ursprungs ist, daß aber der deutschen Regierung die Kraft und Fähigkeit mangelte, diese gesunde Idee auf geschicklichem Wege zur vollen Entfaltung zu bringen.

Das Haupthindernis jeder gesetzlichen Regelung und Organisation des Arbeitsnachweises sind die Unternehmerverbände, die mit dem Arbeitsnachweis Mißbrauch treiben, ihn seinen wahren Aufgaben entfremden wollen. Anstatt Arbeitslosen Arbeit zu vermitteln, nützen sie ihn aus zur Kontrolle der Arbeit-suchenden und derjenigen, die auf andere Weise Arbeit gefunden haben. Ihre Arbeitsnachweise haben den Zweck, unerwünschte Arbeiter wieder außer Arbeit zu bringen. Es ist eine Kulturschmach für das Deutsche Reich, daß dessen Regierung auf solche widerwärtige Institutionen industrieller Gewaltthäter Rücksicht nimmt und ihnen zuliebe der gesetzlichen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises aus dem Wege geht. Die deutschen Gewerkschaften, die sicherlich einen weit legaleren Anspruch auf den Arbeitsnachweis haben als das Unternehmertum, haben schon vor 10 Jahren ihren Widerspruch gegen öffentliche, paritätische Arbeitsnachweise ausgesprochen und der gesetzlichen Regelung dieser Materie zugestimmt (vergl. die Resolution des Frankfurter Gewerkschafts-Kongresses 1899), und noch vor Jahresfrist haben sie die Forderung der einheitlichen Regelung des Arbeitsnachweises durch Reichsgesetz erneuert (vergl. die Resolution des Hamburger Gewerkschafts-Kongresses 1908 über „gewerkschaftliche Stellenvermittlung“). Sie stehen also der zeitgemäßen Entwicklung des Arbeitsnachweises durchaus nicht im Wege, — im Gegenteil, sie fordern diese und die Bergarbeiter aller Richtungen haben diese Forderung in ihren Eingaben an das Kgl. Oberbergamt Dortmund und an den preussischen Handelsminister zu der ihrigen gemacht.

In Wirklichkeit entspricht der Anspruch der Gewerkschaften auf den Arbeitsnachweis lediglich dem unalten ökonomischen Grundsatz, daß der Verkäufer einer Ware die Einrichtungen zur Geltendmachung des Angebots schafft und den Preis der Ware bestimmt, der natürlich im übrigen durch die Marktverhältnisse beeinflusst wird. Dieser Grundsatz gilt nach heute auf allen Gebieten des Warenmarktes als völlig selbstverständlich. Nur dort, wo es gilt, wirtschaftlich Schwächere in ökonomische Abhängigkeit zu bringen und ihnen in dieser Lage die Preise zu diktiert, wurde er vereinzelt durchbrochen. Deshalb ist die Arbeitsnachweisfrage heute

im wesentlichen eine wirtschaftliche Machtfrage, während das Recht ungewiss ist dem Verkäufer der Ware Arbeitskraft den Besitz des Arbeitsnachweises zuzuerkennen muß. Weil es sich aber um eine Machtfrage handelt, deshalb beurteilt man sie in Gewerkschaftskreisen durchaus kühl und trägt kein Bedenken, den Arbeitsnachweis der Macht des Unternehmertums zu entziehen und ihn unter Garantie der Selbstverwaltung der beteiligten Faktoren dem Staate anzubereitern.

Die Vorgänge im Ruhrrevier sind ein neuer Beweis dafür, daß das Unternehmertum mit den Jochen nachweisen lediglich bezweckt, einen neuen, unerhörten Druck auf die Arbeiter auszuüben. Sollte dieses Warnungssignal für die Regierung noch nicht genügen? Soll es wirklich erst zu einem erbitterten Niesenkampfe kommen, der von den schlimmsten Rückwirkungen auf das wirtschaftliche, soziale und öffentliche Leben begleitet wäre? Soll die Industrie, die kaum eben die Krisis überwunden hat und sich nur langsam erholt, aufs neue durch Kohlenmangel lahmgelegt, sollen Hunderttausende von Arbeitern mit neuer Arbeitslosigkeit bedroht werden, bloß weil es den Herren der Kohlenreiche gefällt, die Bergarbeiter aufs schwerste zu provozieren? Und soll zur allgemeinen Verknappung der Nahrungsmittel auch noch die Verteuerung der Heizmittel bis zur Unerträglichkeit kommen, um den Unwillen weiter Volksteile bis zur Erbitterung zu steigern?

Zweifellos würde ein Niesenkampf im Ruhrgebiet um den Arbeitsnachweis ein ebenso hartnäckiger wie langwieriger werden, in dem die ganze Arbeiterschaft Deutschlands ohne Unterschied der Organisationsrichtung auf Seiten der angegriffenen Vergleute stehen würde. Und nicht bloß die Arbeiter, sondern auch große Schichten des Bürgertums, die heute schon den Arbeitsnachweis in Unternehmern Händen als die verhängnisvollste Lösung dieses Problems erkannt haben. Schon haben sich die Steigervereine auf die Seite der Arbeiter gestellt und die großen Verbände der Privatangestellten würden dem Kampfe kaum müßig zusehen können, denn es ist auch ihre Sache, um die der Streit entbrannt ist. Sie alle würden bald die harte Faust des Kapitals ganz anders zu fühlen bekommen, wenn ihnen der Arbeitsnachweis der Industrieherrn die Anstellungsbedingungen diktiert. Über ebenso zweifellos müßte ein solcher Kampf, welches auch sein Ausgang wäre, die Regierung zwingen, den Arbeitsnachweis ein für allemal folchem Mißbrauch zu entziehen und ihn außerhalb der Kämpfe zu stellen, denn sie könnte die Verantwortung für weitere Kämpfe dieser Art nicht übernehmen. Und eben, weil dieses Resultat voraus zu sehen ist, weshalb es denn erst zu einem solchen unheilvollen Kampfe kommen lassen? Schon die Nähe des Abgrundes zeigt uns, daß das Problem der gesetzlichen Regelung gereift ist, daß ein rasches Handeln nötig ist.

Um so mehr muß es befremden und Befürchtungen erwecken, daß der preussische Handelsminister die Eingabe der Bergarbeiterverbände unbeantwortet läßt und daß auch der neue Reichskanzler sich gegenüber dieser bedrohlichen Situation in geistlichen Schweigen hält. Sollten die Leiter der Reichsregierung so völlig im einseitigen Interesse der Grubenherren befangen sein, daß sie weder Auge und Ohr, noch Zeit für 300 000 Bergleute haben, die sich in einen Verzweiflungskampf stürzen müssen, wenn keine höhere Macht den Unternehmern in den Arm fällt? Sollte die Verantwortung für die Folgen eines Niesenkampfes so wenig in die Waagschale fallen gegenüber der Unannehmlichkeit einiger Kohlenmagnaten wie Thyssen, Stinnes und Konsorten? Oder glaubt die Regierung auch dort mittels Marschallengewehre die soziale Frage leichter und rascher lösen zu können? Sie würde in diesem Falle schäblich beraten sein, denn aus solcher Saat kann niemals ein geblühender Friede entstehen.

Alle Sozialdenkenden fordern vereint mit der Arbeiterschaft eine öffentliche Organisation des Arbeitsnachweises unter Garantien, daß dieser den einseitigen Zwecken einer Partei entzogen bleibt. Nur diese Lösung allein kann den Kampf, der täglich ausbrechen kann, verhindern. Aber die Regierung muß rasch handeln und ihren Willen nach dieser Richtung bekunden, denn vor einer Pulverkammer, unter der die Lunte liegt, erträgt man nicht lange, sondern reißt mit raschem Griff den notwendigen Unternehmern die Lunte aus der Hand, — wenn nicht geheimes Einverständnis mit den Anarchisten das Zögern erklären soll!

Kleines Feuilleton.

Theater.

Neues Schauspielhaus. Der lateinische Esel. Komödie von Walter Hasencamp. Das Stück sollte wohl eine Schillerkomödie werden, die sich der Tendenz nach gegen die verpöhlte Dressur des heutigen Gymnasialunterrichts, die lächerliche Ueberhöhung der hier fabrizierten sogenannten humanistischen Bildung und die Verblödung zahlungsfähiger Väter richtet, deren eigenwilliger Ehrgeiz sich darauf kapriziert, ihr Schindeln um jeden Preis die hohe Würde des Abiturientenexamens passieren zu lassen. Aber nur die Karikatur der Absicht ist herausgekommen. Wenn Hasencamp „Jahrmärkte von Fulda“ noch manchen lächlichen Einfall entwirft, so herrscht hier von Anfang bis zu Ende gleichmäßige Dürre. Ein Reiterwerk war auch das Schaudrama „Traumulus“ von Holz und Jerichow nicht, aber von dem vorzüglichen Vortrag des alten Direktors noch ganz abgesehen, wie viel Wahrheit lag da in der Figur des jungen Schülers, den gekränktes Ehrgefühl in den Tod treibt, wie scharfe Beobachtung und derb-naturalistischer Humor in dem geheimen von Alkohol und Pathos begeisterten Prämienkomment. Hasencamp läßt die Jungen nächstherweise lateinische Grammatiken verbrühen und als revolutionäre Tat eine Kagenmusik gegen den Klassenlehrer verabreden, ohne doch der Situation irgend einen Zug charakteristischer Komik abgewinnen zu können. Eines der Strichchen, — obenbrein ein ganz handfester, ein künstiger Szenemann, redet dem werten Publikum und einer aufgeklärten Tante im weiteren Verlauf der „Handlung“ vor, er wolle, damit die Kagenmusik nicht wirkungslos verpuffe, Gift nehmen und in seinem Testament vor aller Welt den Lehrer als Urheber seines Todes anklagen. Nur der List der Tante, die die bewußte Floskel natürlich mit einem anderen Inhalt füllt, ist es zu verdanken, daß die Geschichte am Ende nicht gar noch als Tragödie ausgeht. Es versteht sich, daß sie außerdem die Schulmeister ordentlich abtrümpft. Auch die achtzehnjährige Schwester des Felben bedarf der Tante zur Rettung; ohne deren Eingreifen hätte sie nämlich den Verlobungsantrag des bösen Lehrers angenommen, um heroisch entlegend dem Bruder eine Erleichterung des Abituriums durch eine derartige Verwandtschaftskonnektion zu verschaffen. So sehen die jungen Leute in dieser Komödie aus. Das Publikum applaudierte.

Musik.

Die Aufführung des Oratoriums „Sollazar“ von G. F. Handel durch den Berliner Volks-Chor am Sonnabend erinnerte uns an das, was wir über die Händelsche Musik bereits mehrmals angedeutet haben. Es ist immer wieder von hohem Interesse, in ihr sowohl das unvergängliche Zeitlose wie auch das vergänglich Zeitliche zu beobachten. Wohl für immer ist von Wert und von Würde die große Kunst mit wenigen einfachen Strichen eine

große Anschaulichkeit zu erreichen. Ueber das zeitlich Beschränkte führt allerdings vor allem eine etwas rüchichtslose Bearbeitung hinaus. Ohne sie können wir schon aus äußerlichen Gründen nicht über alle Uebel hinweg. Auch der Leiter des Vollschor, Dr. E. Jander, hat das Seine dazu beigetragen und hat das genannte Oratorium durch starke Striche und kluge Umstellungen zugänglicher gemacht. Der alte Gergjanderischen Weise einer schlichten Orchesterführung bildet auch er; die Frage nach der entgegengesetzten Möglichkeit: nach einer sehr reichen Ausgestaltung im gegenwärtigen Sinne, bleibt allerdings immer noch offen. Bei unserem Vollschor kommt nun auch noch eine Dürftigkeit der vorhandenen Orchester- und Chormittel, namentlich in dem übergroßen Saale der „Neuen Welt“ in Betracht. Innerhalb dieses gegebenen Rahmens aber wurde wieder einmal gezeigt, was alles durch künstlerische Hingabe geleistet werden kann. Voran die Solisten. Die zwei Damen und zwei Herren, die die verschiedenen Einzelpartien des Oratoriums sangen, besaßen insgesamt äppig volle Stimmen und stellten sie so lebhaft in den Dienst der künstlerischen Aussprache, daß manchmal beinahe die Festigkeit des Tones darunter litt.

In der Bearbeitung hat Dr. Jander auch die deutsche Uebersetzung des englischen Originaltextes von Gerwinus mehrfach im einzelnen geändert. Man vermischt hier eine Angabe der Richtung, in der die Aenderung geschehen oder wenigstens beabsichtigt ist. Läßt sich mit Abschlüssen langsamer Formen immer noch rechnen, so möchte man doch fragen, warum der Bearbeiter die richtige Vermählung eines Nebenabzuges in den Worten: „Tief trägt mein Geist den Eindruck nach; er kann nicht trüglich sein“, durch die abschwächende Subordination ersetzt: „Tief hegt mein Geist den Eindruck nach, den nimmer ich vergesse“. Oder wenn Gerwinus so schlagkräftig sprechen magt: „Licht froh das Herz im Glanz des frohen Auges lehn!“ — warum heißt es jetzt statt dessen: „Licht jedes Aug' im frohen Glanze heut' mich lehn!“?

Das alles reicht allerdings nicht an die Wichtigkeit der Hoffnung heran, daß all dem Reichhaltigen, das der Berliner Vollschor bisher geleistet hat, nun auch ebenso Reichhaltiges von anderer Seite entgegenkomme. Man vergeisse nicht, daß der Vollschor in seinem fünfjährigen Bestehen ganz aus sich selbst herausgewachsen ist, während sonst künstlerische Leistungen von höherer und zusammengelegter Art wohl nur auf dem Grunde von sogenannten Stützungen oder Subventionen gedeihen können. So wenig etwa gar ein Wohl-tätigkeit appelliert werden soll: so sehr darf doch daran appelliert werden, daß neue Tatkräft der Mitarbeit mit der alten Tatkräft sich zu noch Reichem vereinen.

Alle deutsche Lieder und Balladen sang am Sonntag im Blindworth-Scharwenka-Saal Robert Kothke zur Laute. Drei Lieder, die den vier letzten Jahrhunderten entstammten, waren ihre alten Singweisen zugrunde gelegt. Schwäbisches, Fränkisches und Niederländisches gelangte zum Vortrag; erst und neddich und doch dem Inhalt nach. Ein starker Wellfall folgte jedem Liede; am besten gefiel jedoch das fränkische Volkslied

von der „Schulprüfung“ und das niederländische „Jan Hlorkan de Zammerstraat“. Kothkes Vortragweise, seine frische, kräftige Art, seine gutgehaltene Stimme, die sich dem Gehang unausdrücklich anschmiegende Lautenbegleitung und seine dem Inhalt des jeweils vorgetragenen Liedes angepaßte Gesichtsmimik brachten ihm vollen Erfolg. Zum Schluß mußte er noch ein lustiges Lied „geben“.

Humor und Satire.

Der Jar.

Ein kleiner Knirps mit hohlen Wangen,
Im wirren Aug' ein fieses Bange,
Die grüne Angit im Angesicht —
Komm ihr den großen Jaren nicht?
Ein Weg führt zwischen Bajonetten,
Gendarmen- und Soldatenketten,
Links sitzt und rechts ein Pfiffler;
So reist der arme Schiffsch.

Ich friert in allen Nebelzügen,
Und jede Viertelstunde kammelgen
Mich diese heidliche Figur
Durch seine englische Natur.

Die kleine Maus, der hange Nase
Mit stierem Aug' und weißer Nase,
Er ist mit einmal eisenfest,
Wenn er die andern sterben läßt.

(Peter Schlemihl im „Simplicissimus“.)

Notizen.

„Flora“ wird geröntget. Herr Wode gibt sich dem Ansehen, als ob er die angeblide Leonardo-Büste ernstlich untersuchen lasse. Sie wurde mit Röntgenstrahlen durchleuchtet und photographiert. Ob sich ein Kaffeetopf oder eine alte Hofe von Lucas, dem Verfasser der Wäse, in ihrem Innern fand, wird vorläufig wahrscheinlich noch geheim gehalten. — Inzwischen schreibt Lucas Sohn den „Times“, daß sein Vater nie eine andere Flora-Büste besessen hat als die von ihm nach dem Leonardo-Bild hergestellte und jetzt im Kaiser-Friedrich-Museum befindliche.

Ein Steinzeit-Denkmal. Die unter der Leitung des Direktors Johannes Richter vom Breslauer Museum der schlesischen Altertümer bei Otitz bei Ratibor vorgenommenen Ausgrabungen legten bierzehn Wohngruben aus der Steinzeit bloß. Neben zahlreichen Ketten, Haken, Reißsen usw. wurden auch ein Topfzweckmessen und ein aus Ton geformtes weibliches Götterbild entdeckt, das auf ein Alter von 4000 Jahren geschätzt wird und somit eines der ältesten bisher aufgefundenen Menschenbildnisse darstellt.

Aus der Partei.

Ein Redeturnier für und wider den Marxismus.

Vor einiger Zeit berichteten wir aus Hamburg über eine Versammlung der Landesorganisation, die sich mit einer Sonderbande dortiger Gewerkschaftsbeamten besetzte. In diesem Sonderband, dem sogenannten Negerband, hatte Genosse Dr. August Müller, Redakteur der Organe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, einen Vortrag: „Kritik über den Marxismus und die Taktik der Sozialdemokratie“ gehalten. Die Verteilung des ersten Hamburger Wahlkreises bot ihm nun die Gelegenheit, diesen Vortrag vor der Öffentlichkeit der Partei, in einer Mitgliederversammlung der Kreisorganisation zu wiederholen. Die außerordentlich stark besetzte Versammlung fand am Freitag statt. Als Korreferent war Genosse Dr. Laufenberg erschienen.

Genosse Dr. Müllers Vortrag gibt zunächst einen Überblick über die verschiedenen Richtungen, die innerhalb der Arbeiterbewegung fast aller Länder vorkommen. Diese Meinungsverschiedenheiten beruhen nicht auf Ziel, aber den Weg, der zum Ziele führt. Der ungehinderte Ausbruch der Meinungsverschiedenheiten, die freie Meinungsäußerung seien notwendig. Selbstverständlich müsse die Einheit im Handeln gewahrt werden. Dann geht der Vortrag zum eigentlichen Thema, zur Kritik über. Der Vortrag bietet, wie der Vortragende selbst betonte, nichts Neues, sondern soll nur eine zusammenfassende Darstellung dessen sein, was bisher an Kritik am Marxismus geleistet worden ist. Man begegnet denn auch lauter alten Bekannten darin, so auch der im letzten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ von Max Weber vorgetragene Bemerkung, daß Marx' Lehre noch ganz unklar sei, da der 2. und 3. Band nur die von Marx hinterlassenen Niederschriften enthalte, die er jedenfalls nicht ohne nochmalige Durcharbeitung und Modifizierung herausgegeben hätte. Die von Engels gegebene Pietät habe nun verschuldet, daß gewisse Widersprüche zwischen den beiden letzten und dem von Marx selbst vollendeten ersten Bande des „Kapital“ nachzuweisen seien; ferner habe aber auch die Entwicklung der letzten 40 Jahre wirtschaftspolitische Erscheinungen gezeigt, die Marx nicht hätte antizipieren können, die er deshalb bei seinen Untersuchungen des Wesens der kapitalistischen Gesellschaft nicht berücksichtigt hätte. Bei aller Hochachtung vor den Geisteswerken eines Karl Marx müsse man sich aber hüten, Marx' Lehren für unfehlbar zu halten. Der Revisionismus habe die Aufgabe gestellt, den Marxismus weiter zu entwickeln und weil die Sozialdemokratie die „Entwicklungsphase sans phrase“ sei, dürften die Revisionisten den Anspruch erheben, für ebenso gute Sozialisten gehalten zu werden, als die sogenannten Radikalen, von denen mitunter die Marx'schen Theorien in einer Weise schematisch angewendet wurden, die einfach lächerlich wirke.

Da der Vortrag, wie gesagt, nichts Neues bietet und da er außerdem im Druck erschienen ist (Verlag der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co., Hamburg, Seidenbergstr. 22), so können wir uns eine Wiedergabe der theoretischen Ausführungen, die doch nur lückenhaft sein könnte, ersparen. Dagegen ist es notwendig, über den Inhalt des Vortrages zu berichten. Das „Hamburger Echo“ berichtet:

„Da der Referent selbst nichts Neues hätte sagen wollen, konnte von einer Enttäuschung, die der Vortrag inhaltlich unzweifelhaft für die meisten Zuhörer war, nicht gesprochen werden. Und so wäre der übliche Beifall, der dem Vortrag von einem Teile der Versammlung gesendet wurde, wahrscheinlich von keiner Gegenüberbegegnung gestört worden.“

„In einem derartigen „Erfolg“ aber fand Dr. Müller offenbar kein Genügen. So ging er denn zum Schluß in eine provozierende Tonart über, die notwendig Erbitterung hervorgerufen mußte. Derselben Veranlassung, die durch ihre ruhige Haltung bemerkt wurde, daß sie jede sachliche Meinungsäußerung bereitwillig über sich ergehen ließ, schiederte jetzt Genosse Müller den Vorwurf ins Gesicht, daß die sozialdemokratische Erziehungsarbeit noch viel vernachlässigt haben müsse, wenn selbst hier in Hamburg es noch möglich sei, daß den Gewerkschaftsbeamten das Recht des Meinungs austausches verweigert und Andenkenden innerhalb der Arbeiterbewegung mit dem Hungertode bedroht würden. Diese Vorwürfe, die wörtlich und in voller Breite, durch unsinnige Vergleiche mit der spanischen Schreckensherrschaft und anderen schönen Dingen ausgeschmückt, in der oben erwähnten Großartigkeit „vorgedruckt“ waren, also keineswegs als temperamentvolle Entgleisungen zu bewerten sind, riefen naturgemäß einen Sturm der Entrüstung hervor. Und als der Referent gar mit einem „Hui Teufel“ gegen die von ihm als „Kegerrichter“ bezeichneten Genossen das Rednerpult verließ, da tönte ihm neben dem spärlichen Beifall seiner Freunde ein vielstimmiges Pfui als Echo seiner Rede nach.“

Der Vorsitzende Genosse Gruenewaldt ergriff, nachdem wieder Ruhe eingetreten war, das Wort und sagte: Die letzten Ausführungen des Genossen Müller zwingen mich, sofort zu erklären, daß sein unangelegentlich Angriff in so provokatorischer Weise vorgetragen, gänzlich daneben laut. In der Landesversammlung, deren Vorsitzender ich war, hat nicht ein einziger Redner dafür plädiert, die Meinungsfreiheit der Genossen irgendwie einzuschränken. Dagegen man sich wandte, war nur die Demutlichkeit, welche die Mitglieder des sogenannten Negerbundes beobachtet haben, und die einseitige Art, wie sie sich in ihren Zusammenkünften zu informieren versuchten. Wenn einzelne Gewerkschaften so töricht gewesen sein sollten, ihren Angehörigen die Teilnahme an den Zusammenkünften zu verbieten, so entzieht sich das unserer Kenntnis; die Partei würde aber ganz energisch eine solche Praxis verurteilen. Die großen Worte Müllers wären also gänzlich unangebracht. (Beifall.)

Dann hielt Genosse Dr. Laufenberg sein Korreferat, worin er zu Eingang betonte, daß auch er nach fastallem Ausspruch sich Freiheit der Wissenschaft selbst „bis zum Mißbrauch“ eintrete, soweit es sich eben um wissenschaftliche Forschungen und Diskussionen handle. Für eine Partei, die Gleichgesinnte umschließt und im Kampfe mit Gegnern steht, die nicht Wissenschaft, sondern Politik treibt, sei aber doch selbstverständlich, daß auch die Disziplin gewahrt werden müsse und daß die Diskussionsfreiheit nicht zur Untergrabung der Disziplin mißbraucht werden dürfe.

Die theoretischen Ausführungen Dr. Laufenbergs wollen wir der Kürze wegen ebenfalls fortlassen — in der Versammlung ist beantragt worden, seinen Vortrag auch im Druck erscheinen zu lassen; wir hoffen, daß der Vorstand der Wahlkreisorganisation dem zustimmen wird. — Aus den praktisch-politischen Ausführungen sei nach dem Bericht des „Hamburger Echo“ das Folgende wiedergegeben. Im Schluß wendete sich Dr. Laufenberg gegen den von Dr. Müller erhobenen Vorwurf, die marxistische Richtung schäme die Gewerkschaften nicht hoch genug ein. Der Redner wies darauf hin, daß kein anderer als Marx selbst es gewesen ist, der zuerst die bedeutsame Rolle der „Koalitionen“, die sie durch Ausschaltung der Konkurrenz unter den Arbeitern erfüllen, gewürdigt hat. Und was die heutige Sozialdemokratie angeht, so müßte sie ja geradezu mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie die große Bedeutung der Gewerkschaften und auch der Genossenschaften übersehen wollte. Es hieße ja der Arbeiterbewegung ihre natürliche Grundlage entziehen, wollte man die Gewerkschaften bekämpfen. Das kann kein Sozialdemokrat wollen und will auch keiner. (Lebhafter Beifall.) Worauf Streit besteht, das ist die Frage, welchen Anteil die Gewerkschaften an der Politik nehmen sollen. Und da gebe allerdings der Zug der Zeit dahin, den er (Redner) für gesund halte, daß die Gewerkschaften mehr Einfluß auf die politische Bewegung haben wollen. Vorauszusetzen dafür aber sei, daß die Gewerkschaftsführer nicht selbst den Redebrief, die theoretisch gefestigte sozialistische Grundanschauung zerreißten, auf Grund dessen sie Ansprüche darauf erheben können. Sie vor allem müßten sich jeder Bestrebung enthalten, die die Arbeiterbewegung ihrer revolutionären Grundcharaktere, in dem sie zurückschreiten wollen. (Beifall.) Wenn wir nach Müllers Rezept verfahren und Anschluß bei den

linkenliberalen Parteien suchen wollen, um die proletarischen, aber noch nicht sozialistischen Mittelstufen der Bevölkerung zu gewinnen, so würden wir die ganze Bewegung damit genau so ruinieren, wie der Liberalismus durch seine Anlehnung nach rechts ruiniert worden ist. (Zustimmung.) Wir alle sind reformistisch in dem Sinne, daß wir praktische Gegenwartsarbeit treiben, um die Lage der Arbeiter zu heben und damit die Umwandlung der Gesellschaft zu beschleunigen; wir unterstützen auch willig die Liberalen und Demokraten, wo solche noch zu finden sind. Wir hören aber damit nicht auf, revolutionär zu sein, weil wir der Ueberzeugung sind, daß jede Demokratisierung des Staatswesens und jeder erhebliche Fortschritt in der Richtung unseres Zieles nur durch revolutionäre Kämpfe zu erreichen ist. Darin sind sich die Massen draußen einig, mögen es endlich auch die werden, die als Führer an der Spitze stehen. (Anhaltender Beifall.)

Die Diskussion mußte wegen vorgerückter Zeit vertagt werden. Die Versammlung kann erst nach Weihnachten fortgesetzt werden, da der Saal — der des Gewerkschaftshauses — vorher nicht mehr frei ist.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Beleidigung eines antisemitischen Handlungsgehilfen, angeklagt begangen in einer am 22. September in Frankfurt am Main veranstalteten Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, wurde der Reichstagsabgeordnete Genosse Hoch zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Seine Widerklage wurde abgewiesen.

Soziales.

Zur Erschließung der Krankenkassen.

Die Beitragskontenklasse des „Balkan“ zu Stettin gewährt den Familienangehörigen ihrer Mitglieder Krankenfürsorge, aber nach dem Statut nur freie ärztliche Behandlung durch die Kassenärzte. Für die Frau eines Mitgliedes dieser Kasse hatte der Armenverband Zülshorn Krankenhausbetten bezahlet. Er forderte von der Kasse Kostenersatz für die ärztliche Behandlung im Krankenhaus. Die Kasse lehnte den Ersatz ab, weil sie ja den Angehörigen ihrer Mitglieder nur freie ärztliche Behandlung durch ihre Ärzte (nicht durch Krankenhausbetten) gewähre. Der Bezirksausschuß verurteilte jedoch die Kasse zur Zahlung von 245 Mk., indem er einen Mehranspruch von circa 43 Mk. ablehnte. Das Oberverwaltungsgericht verwarf dieser Tage die Revision der Kasse. Es vertrat den Standpunkt, daß sich die Kasse nicht ganz ablehnend verhalten durfte nur mit Rücksicht darauf, daß sie den Familienangehörigen freie ärztliche Behandlung nur durch Kassenärzte gewähren wolle. Der geforderte Ersatzanspruch des Armenverbandes könne durch solche, den Mitgliedern gegenüber getroffene Bestimmungen nicht berührt werden. Für die ärztliche Behandlung im Krankenhaus müsse die Kasse dem Armenverband Ersatz leisten. Hinsichtlich der veranlagten Höhe habe der Bezirksausschuß seinem Urteil eine ganz richtige Berechnung zugrunde gelegt, wenn er die gesamten Jahreskosten des Krankenhauses nahm, dann berechnete, wieviel davon auf ärztliche Behandlung kam, und schließlich auf den Betrag erkannte, der hierin wieder auf die einzelne Person entfällt.

Streit gegen Hafenarbeiter.

Der bekannte Prozeß des Hafenbetriebsvereins zu Hamburg gegen den Hafenarbeiterverband und mehrere Funktionäre desselben, der schon über zwei Jahre lang die Gerichte beschäftigt, ist durch ein vor einigen Wochen gefälltes Urteil des Reichsgerichts, das jetzt den Parteien zugestellt ist, in ein neues Stadium getreten. Das Reichsgericht hat die Sache zur nochmaligen Entscheidung an das hiesige Oberlandesgericht, und zwar an einen anderen Senat, zurückverwiesen.

Die Anfang 1907 seitens des Hafenbetriebsvereins mit großer Rücksichtslosigkeit und enormen Kosten erfolgte Auspeerrung der Hamburger Schauerleute wegen Verweigerung der Nacharbeit endete im April desselben Jahres nach langen Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien mit der Annahme von Vereinbarungen, die besagten: 1. Zusammenarbeiten mit Nichtorganisierten, 2. Unterlassung jeder Störung in der Annahme von Kontraktarbeitern, 3. Unterlassung jeder Störung des Zugangs und jeder Verhinderung der Zugiehenden in Zeiten friedlicher Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen, 4. Anerkennung einer Schlichtung, deren Einführung von der Haltung der übrigen Instanzen noch abhängt, bei der aber die Wünsche der Arbeiter tuncichtig berücksichtigt werden sollten, 5. Arbeit nach dem alten Tarif wie vor dem Beschluß des besagten Verbandes; über Verweigerung der Nacharbeit bis zur eventuellen Einführung eines Schlichtungsausschusses.

Zu Punkt 5 ist zu bemerken, daß die Mitgliedschaft der Schauerleute am 28. Mai 1906 beschlossen hatte, die Nacharbeit prinzipiell zu verweigern, mit welchem Beschluß sich die Arbeitgeber abgefunden hatten, indem sie nicht auf Nacharbeit drangen. Erst nach Gründung des Hafenbetriebsvereins, einer Schaarführerorganisation ersten Ranges, begann dieser sich auf „die in dem geltenden Tarif vorgezeichnete Nacharbeit“, deren Wiederaufnahme er verlangte, worauf es zu dem oben erwähnten Kampfe kam.

Am Schlußverhandlungstag wurde noch der Zusatz beschlossen: „Falls die Verhandlungen mit den übrigen Instanzen nicht bis zum 1. Oktober 1907 zur Einführung der Nacharbeit geführt haben, werden die Arbeitgeber in Verhandlungen über anderweitige Regelung der Nacht- und Sonntagsarbeit mit den Arbeitern eintreten. Die Herren Vertreter der Arbeitnehmer erklären hiermit, daß sie auf Grund dieser und vorausgegangenen Vereinbarungen ihren Kollegen die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag, den 22. April, empfehlen werden.“

Obwohl im Herbst 1907 im Hamburger Hafen eine große Arbeitslosigkeit herrschte, infolge deren viele Schauerleute monatelang festsitzen, suchte der Hafenbetriebsverein durch Anzeigen in der binnensländischen Presse Kontraktarbeiter für den Hamburger Hafen, um den noch immer nicht vollständigen Stamm von 2000 Kontraktarbeitern komplett zu bringen. Dies Bestreben wurde durch Warnungen vor Zugang von Arbeitskräften nach dem Hamburger Hafen im „Vorwärts“, „Echo“, „Stettiner Volksboten“ und im „Hafenarbeiter“ durchkreuzt.

Darauf reichte der Hafenbetriebsverein die Klagen unter der Behauptung ein, diese Warnungen, die ohne Zutun der Beklagten erschienen, seien ein Vertragsbruch!

Die Beklagten wendeten unter anderem ein, die Arbeiter hätten sich nur bis zum 1. Oktober 1907 verpflichtet, den Zugang nicht zu stören. Der Kläger verlangte, Zugangswarnungen zu unterlassen und Schadenersatz wegen Vertragsverletzung zu zahlen. Das Landgericht wies die Klage gegen die Mitgliedschaft der Schauerleute ab, gab aber dem Klagebegehren gegen die Verbandsfunktionäre und den Gesamtverband Recht.

Dies ungeheure Urteil wurde vom Oberlandesgericht aufgehoben und die Klage abgewiesen. Leider behandelte das Urteil lediglich die formalrechtliche Frage, ob ein Vertrag mit juristischem Charakter oder nur eine Art moralischer Verbindlichkeit zustande gekommen sei. Auf Grund der Aussagen Doerings und des Rechtsanwalts Heesche kam es zu der Auffassung, ein Vertrag im juristischen Sinne liege nicht vor. So richtig diese Auffassung war, so bedauerlich war das Herumgehen um die wesentliche, nach § 103 der Gewerbeordnung und nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu verneinende Frage: Kann ein Abkommen rechtmäßig sein, das Arbeitern die oben geschilderte Verpflichtung auferlegt, von ihrem Koalitionsrecht keinen Gebrauch zu machen?

Der 3. Senat des Reichsgerichts meint, um eine nur sittliche Verpflichtung habe es sich nicht gehandelt, denn die Aufgabe des Zusammenarbeitens mit den Nichtorganisierten, die Unterlassung jeder Störung in der Annahme von Kontraktarbeitern und in Zeiten friedlicher Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen, die Unterlassung jeder Störung des Zugangs und jeder Verhinderung der Zugiehenden bildete nur die Gegenleistung für das Versprechen des Klagenvereins, die deutschen Arbeiter, soweit möglich, in Hamburg zu behalten, und die Fremden, soweit möglich, abzu-

schließen. Am Schluß der sehr langen Begründung wird noch ausgeführt: „Man hat das Berufungsgericht nur festgestellt, daß bei den Arbeitern der Wille nicht bestanden habe, durch das Abkommen vom April 1907 Rechtspflichten zu übernehmen, daß sie sich vielmehr nur sittlich hätten binden wollen. Darüber aber, ob diese ihre Willensmeinung auch für den klagenden Verband erkennbar hervorgetreten und dieser sich hiermit ausdrücklich oder stillschweigend einverstanden erklärt habe, hat es keine Feststellung getroffen, wie denn auch die Beklagten in dieser Richtung keine Hauptklagen aufgestellt haben. Schon deshalb unterliegt an sich das angefochtene Urteil der Aufhebung.“

In der erneuten Verhandlung wird hoffentlich die Frage in den Vordergrund gehoben, daß Vereinbarungen der gedachten Art dem Gesetz und den guten Sitten widersprechen und deshalb nichtig sind.

Gerichts-Zeitung.

Erpressung.

Ein unschönes Vorgehen gegen eine Angestellte hat dem Pfälzer Kremer Kassier eine Anklage wegen versuchter Erpressung eingetragen, die ihn gestern vor die 2. Strafkammer des Landgerichts I führte. Der von seiner Ehefrau getrennt lebende Angeklagte hatte ein Fr. K. als Wirtschaftlerin angestellt. Diese hielt es jedoch nur vier Wochen bei ihm aus und verließ dann nach einer erregten Szene die Stellung. Vor ihrem Weggange legte sie dem Angeklagten ihr Abrechnungsbuch vor und verlangte die ihr gebührenden Auslagen nebst ihrem Gehalt. Der Angeklagte war augenblicklich nicht bei Hause und erklärte, daß Fr. K. am zweitfolgenden Tage wiederkommen und mit ihm abrechnen solle. Dies geschah aber nicht: Fr. K. hatte Befehl, daß es wieder zu einer heftigen Szene kommen würde und sie zog es daher vor, den Angeklagten schriftlich aufzufordern, ihr das Geld bis zu einem bestimmten Termine zuzustellen, widrigenfalls sie ihn verklagen müßte. Sie erhielt darauf eine Antwort, die den Ausgangspunkt der jetzigen Anklage bildete. Der Angeklagte stellte die Behauptung auf, daß Fr. K. einer Angeheften und ihm gegenüber mitgeteilt habe, daß sie sich in ihrer früheren Stellung eines Verbrechens gegen keimendes Leben schuldig gemacht habe und es wurde darauf hingewiesen, daß diese Tatsache dem Staatsanwalt sehr indifferenter dürfte. Fr. K. bestatigte gestern, daß die Tatsache selbst nicht zutrafte und daß sie auch eine derartige Mitteilung nicht gemacht habe. Eine Angestellte des Angeklagten beschwor das Gegenteil der letzteren Behauptung. Beide blieben bei ihren Aussagen, obwohl der Vorsitzende nachdrücklich darauf hinwies, daß eine von ihnen unbedingt einen Meineid schwöre. Der Angeklagte hatte sich übrigens vor dem Gewerbegericht mit der Jungin K. fast in der Höhe der von ihr geltend gemachten Ansprüche geeinigt, die Jungin hat aber bis jetzt noch kein Geld erhalten. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß das Vorgehen des Angeklagten von recht niedriger Gesinnung zeuge und beantragte deshalb gegen ihn 1 Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte diesem Antrage gemäß.

Das Reichsgericht über den Begriff „Bier“.

Auf Grund einer Anklage wegen Vergehens gegen das Brauergesetz vom 8. Juni 1906 kam das Reichsgericht in einer kürzlich gefällten Entscheidung zu Ausführungen darüber, daß das Brauergesetz den Begriff „Bier“ nicht bestimmt oder bestimmen wolle, sondern ihn als gegeben voraussetzt. Das Reichsgericht hat deshalb ein Urteil wegen Steuerhinterziehung gegen einen angeklagten Droghäuser in Niederösterreich auf, da sein zum Verkauf gedachter „Androsia-Panstrunk-Extrakt“ nicht unter die nach dem Brauergesetz zu versteuernden Getränke gehöre. Der erkennende 2. Strafsenat des höchsten Gerichtshofes führt in seinen Entscheidungsgründen aus, daß der Ausspruch des Landgerichts I zu Berlin, das Gesetz verleihe unter Bezeichnung von Bier die gewerbliche Herstellung eines Getränkes, welches unter Verwendung eines oder mehrerer der im § 1 bezeichneten Stoffe bereitet werde, weder in dem Gesetze, noch in dem bisherigen Rechte, noch in den Anschauungen der Technik und des Verkehrs eine Stütze finde. Das Gesetz vom 31. Mai 1872 wegen Erhebung der Brausteuer führe in § 1 diejenigen Stoffe — „Getreide (Malz, Schrot usw.)“ und „Malzextrakte“ — auf, von denen die Brauereier zu erheben war, wenn diese Stoffe zur Bereitung von Bier verwendet wurden. Unter den Malzextrakten seien dort „Zuder aller Art“ genannt. Dieses Gesetz sei offensichtlich davon ausgegangen, daß für den Begriff des Bieres ein unter Verwendung von Malz oder Malzextrakten hergestelltes Getränk erforderlich sei. An diesem Erfordernis sei aber durch das Gesetz vom 8. Juni 1906 gar nichts geändert worden. Weiter führen hierzu die Entscheidungsgründe des erkennenden Senats wörtlich folgendes aus: „Nach Vorchrift des § 1 Abs. 1 daselbst dürfen zur Bereitung von Bier nur Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser, zur Bereitung obergärigen Bieres auch anderes Malz und gewisse Zuderstoffe — diese als Malzextrakte — verwendet werden. Diese Vorschrift will die bis dahin üblich und zulässig gewesene Verwendung von Malzextrakten einschränken und, soweit nicht die in § 1 Abs. 2 bezeichneten Getränke in Frage kommen, jede Verwendung anderer Zusätze als Hopfen neben dem Wasser und der Hefe ausschließen. Wenn das Gesetz den Begriff des Bieres dadurch auch nicht einschränkt, so will es ihn andererseits auch nicht erweitern. Dem Bedürfnisse, das durch eine solche Erweiterung des Begriffes befriedigt werden könnte, hat das Gesetz durch Einführung des Begriffes der bierähnlichen Getränke Rechnung getragen, worunter nach der Begründung des Gesetzes gewisse ungegorene Getränke und Biererhaltungsgetränke verstanden werden sollen. Nach diesen Anschauungen ist ein Getränk, das weder aus Malz noch aus einem Malzextrakt hergestelltes ist, kein Bier. Das Vorhandensein von Hopfen oder von Hefenextrakt in einem Getränke genügt nicht, wie der Vorderrichter dies behauptet, dem Getränke die Eigenschaft eines Bieres zu verleihen.“

Der Gesetzgeber würde dem Interesse der realen Produktion und dem der Konsumenten entsprechen, wenn er festlegen würde, daß Bier nur aus Hopfen und Malz zu bestehen hat.

Tomatsche.

Die Erinnerung an eine alte Mordtat wurde durch die Personlichkeit eines Angeklagten wachgerufen, der gestern der 2. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Es war dies der Agent Actur Tomatsche. Am 1. Oktober 1902 war der Kaufmann Edward Leffler in seiner Wohnung Greifswalder Straße 11 tot aufgefunden worden und zwar unter Umständen, die auf einen Giftmord schließen lassen. Als der Tat verdächtig war damals Tomatsche festgenommen worden und unter gewaltigem Andrang begann am 3. Juni 1902 der gegen ihn gerichtete Giftmordprozeß vor dem Schwurgericht. Der Angeklagte, der zweimal einen Selbstmordversuch gemacht hatte, mußte damals auf einer Tagebühne in den Anklageraum getragen werden, er wurde schließlich von den Geschworenen freigesprochen.

Er hat viele Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern zugebracht. Zuletzt ist er im Jahre 1902 zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Jetzt stand er unter der Anklage des wiederholten teils verübten, teils vollendeten Diebstahls. Mit ihm hatte sich der Schankwirt Friedrich Ehrich wegen Diebstahls zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Tomatsche 3 Jahre Zuchthaus, gegen Ehrich wegen Diebstahls 6 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Tomatsche unter Freisprechung in einem Maße zu 1 Jahr Gefängnis, den Angeklagten Ehrich zu 6 Monaten Gefängnis.

Wirtschaftlicher Marktbericht der hiesigen Marktbesitzer-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktblätern. Markttag: Freitag; Anstich stark, Geschäft lebhaft, Preise für Schwerefleisch nachgebend, für Hammelfleisch anziehend. Wild: Fuchshirz nachgebend, in Gänzen stark, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Fuchshirz sehr gering, Geschäft lebhaft, Preise nachgebend. Fische: Fische sehr gering, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemälde, Obst und Südfrüchte: Fuchshirz gemäßigend, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 16. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.

Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.

Deutsches. Don Carlos. Kammerspiele. Major Barbara. (Anf. 8 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Die Glocke. Wallensteins Lager.

Neues Schauspielhaus. Der lateinische Hef.

Neues Operetten-Theater. Mit Dubeloff. Berliner. Hohe Politik.

Leistung. Tantiös der Narr. Komische Oper. Der polnische Jude.

Neues Wahrheit. Kleines. Rocal.

Neudens. Gretchen. Seidel. Der Ständel.

Schiller (Wallner-Theater.) Die erste Geige.

Schiller (Charlottenburg. Geipenfer.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Das große Licht. Weichen. Die geschiedene Frau. Thalia. Die ewige Lampe. Nissen. Robert und Bertram. Volksoyber. Der Barbier von Sevilla. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Hofe. Maria Stuart. Trionon. Pariser Witwen.

Lustspielhaus. Der dunkle Punkt. Duetto. Gallo! — Die große Revue.

Volles Caprice. Mobilisierung. Der gewisse Augenblick. Anf. 8 1/2 Uhr.

Sp. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten. Casino. Entel Sohn.

Gedr. Herrfeld-Theater. So muß man's machen. Ein Rettungsmittel.

Karl Haverland-Theater. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten. Schauspiel. Die gute Partie. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Wasserg. Spezialitäten.

Noack's Theater. Die Räuber.

Palast. Liebchens Trick? Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Urania. Fandentrage 18-19. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.

Stromarte. Aschdenn. 27.02

Lessing-Theater. 8 Uhr: Tantiös der Narr. Mittwoch: Geschlossen.

Donnerstag, 8 Uhr: Tantiös der Narr.

Berliner Theater. Erste 8 Uhr: Hohe Politik. Morgen: Geschlossen.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: Wahrheit.

Donnerstag erstes Gastp. Suzanne Després: Elektra. En visite. Le fardeau de la Liberté.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Mittwoch (Sabbat) Cratorium „Eins“.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Anfang 8 Uhr.

Mit Dubeloff. Operette in 3 Akten von Rudolf Kellon.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Heute Dienstag, abends 8 Uhr: Das große Licht. Mittwoch (Sabbat): Geschlossen. Donnerstag: Das große Licht. Freitag zum erstenmal: Hefelott.

Volks-Oper. SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8. Abends 8 1/2 Uhr: Der Barbier von Sevilla.

Residenz-Theater DIRECTION: Richard Wegander. Abends 8 Uhr: Gretchen. Erste in 3 Akten von David und Alphonse. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Robert und Bertram. Poffe mit Gesang u. Tanz von Alder. Mittwoch: Lichtüber-Vortrag: Aus dem Leben Jehu. Donnerstag: Wie die Alten jungen. Freitag: Heimat.

Trionon-Theater. Abends 8 Uhr: Pariser Witwen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 9 1/2 U. Maria Stuart

Tragödie in 5 Akten v. Fr. v. Schiller. Mittwoch: Geschlossen. Donnerstag: Maria Stuart.

Gastspiel-Theater

Köpenicker Straße 67/68. Täglich abends 8 1/2 Uhr: Schauspiel von Fritz Beckmann.

Die gute Partie.

Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

8 Uhr: Die grandiosen Spezialitäten. u. a.: Dorothy Kenton. Yvonne de Forge

Das Wunder der Ankleidekunst. Consuelo Fornarina Die Phänomene Wynne Brothers. 10 Uhr: Eine 10 Uhr: Haremsnacht

Herrfeld Theater

Kommandantenstr. 57. T. N. 4, 5083. Der Höhepunkt aller Erfolge sind die beiden Revuen: „So muß man's machen“

Burleske m. Gesang in 2 Akten von H. u. D. Herrfeld. Musik von L. Thal als Schinkenkönig

Anton Herrfeld Wenzel Monoton, als sein Cousin Moriz Appetitlich, und Ein Rettungsmittel

Komödie in 1 Akt von Ludwig Duna. Vornersaal 11-12 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater.

Direktion: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Wärfel. Heute: Großer Programmwechsel. Liebchens Trick?

mit Direktor Rob. Dill in der Hauptgesangspartei. Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf. bis 2 M. Vorzugskarten überall zu haben.

Selbstverständlich wieder ein Sensations-Programm erstklassiger Novitäten

Union-U.T. Theater

Grand-Hotel Alexanderplatz. Besonders erwähnenswert: Der Tod des Herzogs von Englien herrliches historisches Drama. Kavallerieschule in Ypern unvergleichlich tollkühne Reiterexerzition.

Der Luftkrieg der Zukunft grausig schönes Kriegsbild aus dem Jahre 2000 und die übrigen Glanznummern. Jede Pico ein kinematographisches Kunstwerk. Ununterbrochen Vorstellung von 3 Uhr an. Eintrittspreise von 30 Pf. an.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Dienstag, abends 8 Uhr: Die erste Geige. Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Wied und Jens Peterzen. Ende 10 1/2 Uhr.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Messias. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Schwur der Treue.

Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Gespenster. Ein Familien-drama in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen. Ende 10 1/2 Uhr.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Konzert des Berliner Lehrer-Gesangvereins. Donnerstag, abends 8 Uhr: Wallensteins Lager. Hierauf: Die Piccolomini

Berliner Männer-Chor

M. d. A.-S.-B. Chormeister: Botho Frank. Mittwoch, den 17. November (Bußtag): KONZERT im Deutschen Hof, Luckauer Straße 15

Konzertsängerin Frau A. Pankenig-Aderhold Mitwirkende: Violoncello-Virtuose Herr Uschmann

Nach dem Konzert: TANZ Eröffnung 5 Uhr Anfang 6 Uhr Eintrittskarte inkl. Tanz 50 Pf.

Zirkus Schumann

Dienstag, den 16. November, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. Debut des Amerikaners Mstr. Niblo mit seinen konvertierenden Papageien in ihrer Vollkommenheit noch nicht dagewesen.

Kuherdem das neue Programm. Um 9 Uhr Ende ca. 11 Uhr: Die große Fecrie Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie

Phantastische Fecrie in 5 Akten. Am 5. Akt: Das Hochzeitsfest mit der noch nie gesehenen Schluß-Apoptheorie. Mittwoch (Bußtag): Geschlossen.

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, 16. November 1909, abends 7 1/2 Uhr präzis: Gr. Gala-Vorstellung! U. a.: Die Clevelanders! Patty Frank-Truppe! Zwergelown François, Kunstreiter. Ferner: Herr Burkhardt-Festil, Schulreiter. Herr Ernst Schumann, Non-dressuren. Fr. Warda Bekelov, Schulreiterin. Gebr. Karollis ungar. Reiterkünstler.

Um 9 1/2 Uhr: Farmerleben! Besonders hervorzuheben: Der berühmte amerikan. Cowboy Jack Joyce mit seinen wildesten Pferden. — Der Pferderaub durch Indianer. Vorher das große Gala-Programm.

Passage-Panoptikum.

Neu: Im Reiche des Königs Aqua. Geheimnisse der Wasserleitung. Plastische Riesendramen. Das lebende Skelett. Das anatom. Rätsel. Die Traumalerin. AGA, die schweb. Jungfrau Tamburitzin-Brigantio. Panophon-Vorträge. Alles ohne Extra-Entree!

W. Noack's Theater

Oranienstr. 16, am Rosenthaler Tor. Zum letztenmal: Die Räuber. Mittwoch (Bußtag): Geschlossen. Donnerstag: Othello, der Mohr von Venedig. Billets a 50, 75, 1.25, num. zu haben.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, den 18. November: Novität! Novität! In Vertretung. Schwan in 3 Akten von Heinz Gordon.

Casino-Theater

Verbeinger Straße 37. Täglich 8 Uhr. Trotz des kolossalen Andranges: Nur noch bis Freitag, 9. Dezember: Onkel Cohn. Sonnabend, 4. Dez. Premierabend. Sonntag 8 Uhr: Dieberleute.

Folies Caprice.

Mobilisierung. Banter Teil. Der gewisse Augenblick. Vorverk. 11-12. Anfang 8 1/2 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor. Anf. 8 Uhr. Die großartigen November-Spezialitäten. Im Tunnel: Regimentskapelle. Theaterbesuchern freier Eintritt.

Karl Haverland Theater

77/79 Kommandantenstraße 77/79. Anfang präzis 8 Uhr. Schlager auf Schlager bringt das November-Programm.

Voigt-Theater

Gesundbrunnen. Badstr. 63. Abends 7 Uhr: Die Räuber. Trauerspiel in 10 Bildern v. Friedrich v. Schiller. Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Königsstadt-Kasino.

Goizmarthstraße 72. Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung mit Franz Sobanski, Olga Ley, Ernst Romblant, Carmanelli, Kurt Werther, Emmy Galotti, Rockowsky-Duo, Gust. Burg, Truppe Juhász (4 Personen, 1 Portier) uim. Prinz Wendelin, Gelangsp. v. Klein.

Buddenhagen am Moritzplatz Anf. 8 Uhr. Humpsti - Bumpsti

Die besten Springer und Kaskadoren der Welt. Im unteren Saale: Großes Militärkonzert.

Dahlmann's Theater

Schönhäuser Allee 148. Kasernen-Allee 97/98. Gastspiel des Voigt-Theater-Ensembles Heute Dienstag, den 16. November: Die Elfe vom Erlenhof. Volksstück in 5 Aufzügen von Stand. Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog. In Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. grat. H. Enger, Commiswarenhändler. Berlin NW. Friedrichstraße 91/92



Rauschaffal in der Tifolia ein köstliches Getränk! Das soll so herrlich mundlich Karoß, Palmona nicht!

Palmona Pflanzen-Butter-Margarine

frei von tierischen Fetten; von reinem, delikatem Geschmack; vorzüglich als Brotaufstrich; vollkommener Butterersatz. H. Schlink & Cie. A.G. Alleinige Produzenten von „Palmin“ und „Palmona“

Dr. Lohmann's Chem. Edelfeile

Fix und Fertig

ohne Arbeit schneeweiße Wäsche Chem. Fabrik Schöneberg G. m. b. H. Berlin W. Überall zu haben

Wohlfahrts-Lotterie

Sehr große Gewinnchancen bietet die beliebte Wohlfahrts-Lotterie, die 500 000 Lose à 1 M. hat. Gesamt w. der Gewinne Mark

Nur 85 000 Lose. Nicht zu verwechseln mit der sogenannten Tonkünstler-Wohlfahrts-Lotterie, die 500 000 Lose à 1 M. hat.

Ziehung: nächste Woche Mittwoch u. Donnerstag.

85 000 Hauptgewinne Mark

30 000, 20 000, 10 000, 5 000 und viele andere.

Jede andere Lotterie dieses Jahres für Brandenburg hat eine bedeutend größere Loseanzahl. Es werden nur die bestellten Lose versandt, keine anderen! Lose à 3 Mark, Porto und Liste 30 Pf. extra, zu haben in allen Lotterio- und Zigarren-Geschäften sowie beim Generaldebit Paul Steinberg & Co., G. m. b. H., Bankgeschäft, Berlin C., Rosenthaler Straße 11-12.

WINTERGARTEN

Die Novbr.-Attraktionen. Eine Revue der Schönheit, Grazie u. d. Humors! Anne Dancrey Bernhard Mörbitz Lalla Selbist Horace Goldin Sisters Harvey und eine Reihe hervorragender Kunstkräfte. Morgen (Bußtag): Keine Vorstellung.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr: Das großartige Varieté-Programm des neuen großen Varieté-Teils. Ferner 10 neue Debüts. Ferner: Henry Bender in der tollen Burleske Der süße Doktor.

Sanssouci, Koffbuser Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsch. Sänger und Tanztränzen. Stets neues hochaktuelles Progr. Beg. Sonnt. 5, wochentl. 8 U. Donnerstag, 18. Nov.: Hoffmanns Nordd. Sänger. Tanz. Freitag, 19. November: Theater-Abend. Der Veiermann und sein Pflegekind.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger Meyzel, Britton, Schrader usw. Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Mittwoch, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhause“, Sommerdammstr. 72:
 „Von Johann Sebastian Bach bis Richard Strauss“, eine Einführung in die drei Konzerte, deren erstes am 21. November, nachm. 3 1/2 Uhr, im Choralion-Saal, Brühlstr. 4, stattfindet.
 Vortragender: Dr. Richard Guttman.
 Billets a 50 Pf. sind zu haben im Verein, bei Frau Jordan, Wälderstr. 43, Frau Kloppe, Fischestr. 1, Frau Kullde, Prinzenstr. 102. 55/71

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.
 Bureau: Lindenstr. 215. Geöffnet von 9-1 u. 4-8 Uhr. Telefon: III, 938.

Bezirks-Versammlungen

mit nachfolgenden Tagesordnungen:

Dienstag, den 16. November, abends präzise 8 Uhr:
 für Spandau bei Böhle, Favelstraße 20.

1. Vortrag des Kollegen Meier-Rürnberg über: „Die Aufgaben der Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Mittwoch, den 17. November (Bußtag), nachm. 3 1/2 Uhr:
 für Rixdorf bei Gellert, Steinmetzstr. 93.

1. Vortrag des Kollegen Linko-Deßau über: „Der gewerkschaftliche Kampf“. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.
 Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Donnerstag, den 18. November, abends 8 Uhr:
 für Ober-Schöneweide bei Rabe, Wilhelmshofstr. 43.

1. Vortrag des Kollegen Hagemann-Hamburg über: „Organisation und Lohnkampf einst und jetzt“. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr:
 für Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

1. Vortrag des Kollegen Haupt-Ludwigshafen über: „Warum und Wie?“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr:
 für Tegel bei Kakles, Berliner Straße 92.

1. Vortrag des Kollegen Hesselbarth-Leipzig über: „Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr:
 für Weißensee bei Content, Leichterstr. 5.

1. Vortrag des Kollegen Döbbeck-Bremen über: „Die Organisation als Selbsthilfe des Proletariats!“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr:
 für Norden bei Kramer, Gussitenstr. 40.

1. Vortrag des Genossen Schütze über: „Welterschöpfung und Weltuntergang!“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr:
 für Nordwest bei Kirschkowski, Genslerstr. 9.

1. Vortrag der Genossin Frau Weyl über: „Die Stellung der Frauen im wirtschaftlichen Kampf!“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr:
 für Südost u. Süden bei Hahn, Sankt Peter Platz 8.

1. Vortrag des Genossen Nietschke über: „Moderne Weltanschauung!“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr:
 für Osten bei Ziots, Warschauer Str. 61.

1. Vortrag des Kollegen Buchholt-Stettin über: „Warum ist die Organisation eine Kulturverwendigkeit?“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr:
 für Schöneberg u. Umgegend bei Doego, Steglitz, Tüppelstraße 32.

1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 21. November, nachmittags 2 1/2 Uhr:
 für Adlershof bei Kaul, Bismarckstr. 16.

Versammlung mit Frauen.

1. Vortrag der Kollegin Frau Martha Jostz über: „Die Arbeiterinnen und die neuen Steuern.“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.
 Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Sonntag, den 21. November, nachmittags 2 1/2 Uhr:
 für Köpenick im Stadttheater (Al. Saal), Friedrichstraße.

1. Vortrag der Kollegin Frau Berta Lungwitz über: „Die Arbeiterinnen und die neuen Steuern.“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Zahlreichen und pünktlichen Besuch, möglichst mit Frauen, erwünscht.
 Die Bezirksleitungen.

Achtung! Achtung!
 Sonnabend, den 20. November 1909, abends 8 Uhr, in Freyers (früher Keller) Festsaal (Gesamtschiffment), Köpenicker Str. 29:

13. Stiftungsfest.

Bestehend in Konzert (Berliner Konzert-Orchester), Manthey (Kuhle Sänger), Festrede und Großem Ball.
 Entree 30 Pfennig. Tanz 50 Pfennig.

Billets sind bei den Vertrauensleuten, Bezirksleitern, Hauswartern und im Bureau zu haben. — Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder erwünscht.
 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der freien Händler, Hausierer u. verw. Berufsgeoffen Deutschlands.

Sitz ESNER.
 Verwaltungsstelle Berlin.

Morgen Mittwoch (Bußtag), nachmittags 5 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35: 291/11

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Nicht aller Kollegen ist pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Bureau: Engel-Hfer 15, II. Zweigverein Berlin. Telefon Amt IV 4093.

Sektion der Maurer.

Mittwoch, 17. Novbr., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Hfer 15, Saal 4:
Außerordentliche Versammlung der Zahlstelle Berlin.

Lichtenberg: Mittwoch, den 17. November, vormittags 10 Uhr, bei Piekenhagen, Schornweberstr. 60.

Charlottenburg: Mittwoch, den 17. November, vormittags 10 Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3.

Tages-Ordnung: 1. Der Verbandstag im Jahre 1910. 2. Aufstellung der Kandidaten und Anträge. 3. Verschiedenes. 140/2

Sektion der Putzer.

Mittwoch, 17. November (Bußtag), vormittags 10 Uhr, in den bekannten Lokalen:
Bezirks-Versammlungen.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
 Abstimmung über die Verschmelzungsfrage des Verbandes der Bauarbeiter mit dem Zentral-Verband der Maurer und Anträge zum Verbandstage.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
 Es wird jedes einzelne Mitglied aufgefordert, die für ihn in Frage kommende Versammlung zu besuchen.
 Die Versammlung für Osten findet statt: Fruchtstraße 61 bei Ramonat.
 Dasselbst werden auch die Arbeitslosen-Abstempelungen vorgenommen.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Mittwoch, 17. Novbr., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Hfer 15, Saal 1:
Außerordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Anträge und Aufstellung von Kandidaten zu Delegierten zum 11. Verbandstage in Leipzig. 2. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Zweigvereinsvorstand.

Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 18. November, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung

fämlicher Branchen
 in „Börsen Festsaal“, Webersir. 17.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Die Verschmelzungsfrage.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

ADLERSHOF.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß ich das Lokal Sedanstraße 3/4 in Adlershof käuflich übernommen habe. Vereinszimmer noch mehrere Tage in der Woche frei. Warme Speisen zu jeder Tageszeit. Nur gut gebrühtes Bier. — Um gütigen Zuspruch bei Auslagen und sonstigen Unternehmungen bittet
 Paul Bengsch, Fernspr. Amt A. 34.

Wo gehen wir am Bußtag hin?

Nach dem „Krug zum grünen Kranz“
 Mittelpunkt der Erde
 Ober-Schöneweide, Waldstraße 73/74.

Mittwoch, den 17. November 1909:
Großes Schlachtfest!
 Den geehrten Vereinen bei Partien bestens empfohlen. Achtungsvoll
 Ernst Höllich.

Gelegenheitskauf!

Wir offerieren unseren Lesern hiermit einige interessante Bücher zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Da wir nur eine kleinere Anzahl Exemplare am Lager haben, empfiehlt sich baldige Bestellung resp. Anschaffung:

Das Buch vom langen Leben.
 Von Prof. Dr. V. Buchner.
 Gut geb., statt 6 Mk. nur 2.10 Mk.

Die Ritter der Arbeit.
 Nach dem Amerikanischen des Jor von H. Liebknecht.
 Kartoniert, statt 2 Mk. nur 1 Mk.

Zeichen der Zeit.
 Sieben Vorträge von William Morris.
 Gut geb., statt 4.50 Mk. nur 1.50 Mk.

Neues aus Irlandland.
 Ein Zukunftsroman von William Morris.
 Eleg. geb., statt 6.50 Mk. nur 2 Mk.

Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
 Woll-Plüsch-Reste! Hoquets. Satteltaschen.
 Muster bei näherer Angabe franko.
 Emil Lefèvre, Berlin, 150, Oranienstr.

Eine Mark wöchentl. Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Moden

Erstanz für Mann. Massanfertigung. Feinste Verarbeitung unter Leitung erstkl. Schneidermeister.
J. Kurzoerg
 Rosenthalerstr. 44, I. Etage, direkt am Hacke-schen Markt. Kein Waren-Kredit-Nachh. Bei Barzahlung - 10% Rabatt!

Gelegenheitskäufe!

Vorjährige Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen früherer Wert 60 bis 90 Mark jetzt 20 bis 45 Mark.
 Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit!!
Cavalier-Club
 Unter den Linden 61, II. Sonntags geöffnet!

Bouillon-Würfel
 der **Cie Liebig**
 Preis 5 Pfg.

Bekanntmachung!

Orts-Krankenkasse für den

Amtbezirk Tegel mit Ausschluß von Plöhensee.

Die Herbst-Generalversammlung

wird anberaumt auf

Montag, 29. November 1909, um 8 Uhr abends, nach dem Trappsehen Saale (Inh. Gamm), Bahnhofstraße 1-2

Tagesordnung:

1. Wahl eines Ausschusses von drei Mitgliedern zur Prüfung der Jahresrechnung 1909.

2. Vorlegung des vom Vorstande mit dem Herrn Dr. med. Junke-Dennigsdorf abgeschlossenen Vertrages beauf. Anstellung als Kassensargist und Genehmigung desselben gemäß § 57 Ziffer 8 des Kassentatuls.

3. Vorlegung des Anstellungsvertrages mit Herrn Lapuhä.

4. Verschiedenes.

Hierzu werden die gewählten Herren Vertreter ergebenst eingeladen.
 Tegel, den 13. November 1909.

Der Vorstand.
 (gez.) Oswald Arlt (gez.) Wilhelm Pahlow
 Vorsitzender. Schriftführer.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Spandau.

Am Mittwoch, den 24. November 1909, abends 5 Uhr 50 Min., findet im Restaurant von Conrad, Schönwalder Str. 2, eine

Mitglieder-Versammlung

zur Wahl der Delegierten für 1910 statt.

Es sind zu wählen in getrennter Wähler-Versammlung 42 Arbeitgeber-Delegierte und 42 Stellvertreter und 84 Arbeitnehmer-Delegierte und 84 Stellvertreter. Wahlberechtigt sind wählbar sind alle Mitglieder über 21 Jahre, die sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Die Wahl beginnt um 6 Uhr und endet um 9 Uhr.

Legitimation: für Arbeitgeber die letzte Quittung über bezahlte Beiträge, für Arbeitnehmer die Mitgliedskarte.

Von 10 Uhr ab:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl des Vorstandes.

2. Wahl einer Rechnungsprüfungs-Kommission.

3. Verschiedenes.
 Legitimation: Delegiertenkarte für 1909. 295/18

Der Vorstand.
 R. Appoldt, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Am Dienstag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engel-Hfer 15, Saal 1, eine

Versammlung der großjährigen Mitglieder

unserer Kasse beauf. Wahl von 180 Vertretern für das Jahr 1910 statt. Das Kräftigungsbuch legitimiert.

Am Mittwoch, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, findet Köpenicker Str. 100 eine

Versammlung der Arbeitgeber, welche Beiträge für angemeldete Mitglieder zu unserer Kasse leisten, beauf. Wahl von 90 Vertretern für das Jahr 1910 statt.

Die Arbeitgeber können sich auch durch ihre Geschäftsführer oder Betriebsbeamte vertreten lassen.
 245/4b Der Vorstand.

Hut-Arnold

Dresdener Str. 116 (kein Laden) am Oranienplatz

Sehr große Auswahl in Pelzstoffen von 75 Pf. an bis zu den feinsten Pelzarten. Muffen, Pelzmützen und Kindergarnituren äußerst billig.
 Besichtigung ohne Kaufzwang!

Die Wahlmänner-Stichwahlen

zur Landtagswahl finden am heutigen

Dienstag, den 16. November,

statt. Welche Urwahlbezirke für uns in Betracht kommen, haben wir in unserer **Stimmabendnummer** mitgeteilt. Die Wähler in den Bezirken, in denen Stichwahlen zwischen Gegnern stattfinden, und das ist im 12. Landtagswahlbezirk häufig der Fall, enthalten sich der Stimme. Selbstverständlich ist, daß unsere Genossen und Wähler in den Bezirken, in denen wir mit den Gegnern um Wahlmännermandate ringen, um so eifriger auf dem Posten sind. Es kommt heute auf jede Stimme an; eine Stimme kann für ein Wahlmännermandat und dieses unter Umständen für die ganze Abgeordnetenwahl entscheidend sein.

Die Stichwahlen finden in der gleichen Weise zu denselben Zeiten wie die Urwahlen statt.

Die zweite Abteilung wählt vormittags von 9 bis 12 Uhr, die erste Abteilung von 1 bis 2 Uhr und die dritte Abteilung von 3 bis 8 Uhr.

Da die Wahlhandlung pünktlich geschlossen wird, auch wenn noch Wähler, die noch nicht gewählt haben, im Wahllokal anwesend sind, empfiehlt es sich, möglichst zeitig zur Wahl zu gehen.

Das Zentralswahlbureau für den 12. Bezirk befindet sich bei Richter, Wicelstr. 24. Da Unterbureaus nicht eingerichtet werden, müssen sich alle Hilfskräfte bei Richter einfinden, und zwar früh 1/2 8 Uhr.

Eine Grubenkatastrophe in Amerika.

Übermals ist die Reihe der entsetzlichen Bergwerkskatastrophen um einen neuen Fall vermehrt worden.

Diesmal kommt die erschreckende Nachricht aus Amerika, wo in einem Bergwerk Hunderte braver Bergknappen ihr Grab gefunden haben. Einer Meldung aus Cherry (Illinois) zufolge fand in dem Bergwerk der St. Paul Coal Company eine Explosion statt. Nach der Erklärung eines Bergbeamten sollen

400 Bergleute hierbei umgekommen sein.

Das Bergwerk geriet sofort in Brand. Ein Rettungsversuch wurde aufgegeben, um das Feuer zu ersticken.

Nach weiteren Meldungen erfolgte die Explosion infolge eines Gases, welches in einem Heubündel entzündet. Die Bergbeamten glauben, daß 400 Mann der Explosion zum Opfer gefallen sind. Fünf Stunden nach der Explosion wurden 12 Leichname geborgen. Der Direktor des Bergwerks erklärte, es sei fast unmöglich, daß die Verschütteten noch am Leben seien. Da es unmöglich war, das Bergwerk unter Wasser zu legen, entschloß man sich, den Eingang zu den Schächten zu schließen, in der Hoffnung, die Flammen zu ersticken, welche bis zur Oberfläche heraufschlugen. Die meisten Bergleute sind Deutscher oder Italiener.

Nach einer anderen Meldung aus Cherry wird die Zahl der eingeschlossenen Bergleute auf 250 geschätzt. Man glaubt, daß alle tot sind.

Ueber die Ursache der Katastrophe

wird aus New York folgendes gemeldet: Durch die Unachtsamkeit eines Bergmannes, welcher eine abgebrannte Pfeife wegwurf, geriet ein Heubündel in Brand. Die Bergleute brachten die brennende Heumasse auf einem kleinen Wagen nach einem entlegenen freien Platz. Während dieser Arbeit warnte man die in der Grube befindlichen Bergleute. Als aber kaum 80 Arbeiter an der Oberfläche waren, wurde eine gewaltige Detonation vernommen. Schlagende Wetter hatten sich entzündet, die Grube war mit Rauch und Gas gefüllt. Der Bergwerksvorstand ließ Wasser durch den Schacht pumpen, in dessen War die Löschung des Brandes unmöglich. Nur wenn es den in der Grube befindlichen Arbeitern gelingt, in die Nebenkollen zu gelangen, ist eine Rettung möglich. Die Zahl der Verschütteten beziffert sich auf 490 Mann.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfest. Am 17. November (Dienstag) veranstaltete der Verein „Cascania 1907“ im Restaurant „Kaiser Wilhelm-Garten“, Friedenau, eine Theateraufführung und ist man eifrig bemüht, hierzu möglichst viel Billetts in Arbeiterkreisen umzusetzen. Da das genannte Lokal der Arbeitererschaft zu Versammlungen strikte verweigert wird, ersuchen wir alle etwa angebotenen Billetts entschieden zuzuwenden.

Rixdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 1/2 Uhr in Hoppes Lokal, Hermannstr. 49, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Der preussische Parteitag. (Referent Genosse Dirck.) 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Für die am 21. November stattfindende öffentliche Dienstbotenversammlung findet im Laufe der Woche eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich jeweils Empfangnahme des Materials an ihren Bezirksführer zu wenden. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Der Jahlabend findet heute in den belannten Lokalen statt.

Friedenau. Heute Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Meckel, Sandbergstr. 60/61. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr. Vortrag der Genossin Agnes Fahrtenwald: Die Forderungen der Sozialdemokratie und wie stellen sich die Frauen dazu.

Reis-Buckow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im „Landhaus“, Chausseestr. 97, die Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn M. v. Baage über: Vom Irtum zum Menschen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Leitzow. Am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Genossen D. Bonow unsere regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Der Vorstand.

Zegel. Die heute fällige Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 23. d. M., statt.

Morgen, Mittwoch (Wuchtag), findet eine Fraktion nach Heiligensee und zurück über Joersfelde-Zegelort statt. Abmarsch 8 Uhr früh vom Genossen Krause, Berliner Straße 11. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Die Bezirksleitung.

Schöneiche und Umgegend. Mittwoch, den 17. November (Wuchtag), nachmittags 5 Uhr, findet im Lokal von Höfne, Friedenau, „Gesellschaftshaus“ eine Volksversammlung statt. Tagesordnung:

„Die neuen Steuern und die Stellung der Frau dazu“. Referent: Wilhelmine Kähler-Düsseldorf. Diskussion. Genossen! sorgt für Massenbesuch. Der Einberufer.

Reinickendorf-West. Heute abend 8 Uhr findet die außerordentliche Generalversammlung des Bezirkswahlvereins im Lokal von D. Schiller, Eichbornstr. 60, statt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8 Uhr findet im „Kasanienväldchen“ (D. Ramlow) Schönholz 14, eine öffentliche Versammlung statt, zu der insbesondere die Frauen eingeladen sind. Genossin Luise Fiech spricht über: „Die Ausraubung des Volkes durch die neuen indirekten Steuern.“

Frang. Buchholz. Morgen Mittwoch Kalenderverbreitung. Treffpunkt am Bahnhof Platanenburg. Pünktlich 7 Uhr 20 Minuten Abmarsch.

Treptow-Baumgartenweg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in Speers Festalen, Baumgartenstr. 78: Volksversammlung. Genosse Dr. Max Schütte spricht über: „Die Bedeutung der sozialdemokratischen Wählerfolge.“ — Freie Aussprache. Der Vorstand.

Spandau. Die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins findet heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Emil Köpcke, Bicheldorfer Straße 39, statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Kassierers vom dritten Quartal. 2. Stellungnahme zu der am 28. November in Spandau stattfindenden Kreis-Generalversammlung. 3. Wahl von drei Delegierten. 4. Stellungnahme zum preussischen Parteitag. 5. Verschiedenes. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Genossen, welche im Besitz eines Fahrrades sind und am Mittwoch, den 17. November (Wuchtag), bei der Kalenderverbreitung in den und unterstellten Landbezirken helfen wollen, treffen sich morgen 6 1/2 Uhr bei Emil Schubert, Kurstr. 21. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Krankenkassen Berlins in der Zeit der Wirtschaftskrise.

Die Gewerbe-Deputation der Stadt Berlin hat für das Etatsjahr 1908 (April 1908 bis März 1909) ihren Verwaltungsbericht erstattet, und der Magistrat übergibt ihn jetzt der Öffentlichkeit. Ueber die Berliner Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen, deren Beaufsichtigung von dieser Stelle aus besorgt wird, bringt der Bericht wieder die übliche Statistik. Ihre Zahlen sind diesmal sehr viel ungünstiger als im Vorjahre und lassen den Einfluß der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit so deutlich erkennen, daß selbst der Bericht diesen Zusammenhang nicht unerwähnt lassen kann.

Am Schluß des Etatsjahres, d. h. zum 31. März 1909, standen unter der Aufsicht des Magistrats 195 Krankenkassen, nämlich 54 Ortskrankenkassen, 63 Betriebskrankenkassen, 18 Innungskrankenkassen und die Gemeindefrankensversicherung. Gegenüber dem vorhergehenden Jahre haben wieder die Betriebskrankenkassen sich vermehrt, diesmal um 3, und vermehrt haben sich diesmal auch die Innungskrankenkassen um 2, während die Zahl der Ortskrankenkassen unverändert geblieben ist. Die Mitgliederzahl war im Durchschnitt des Etatsjahres 1908 (bzw. 1907): bei den Ortskrankenkassen 303 893 (316 331) männliche und 290 771 (229 762) weibliche Mitglieder, bei den Betriebskrankenkassen 105 611 (103 079) männliche und 83 414 (81 821) weibliche Mitglieder, bei den Innungskrankenkassen 41 294 (39 838) männliche und 10 662 (8989) weibliche Mitglieder, bei der Gemeindefrankensversicherung 19 (17) männliche und 39 (39) weibliche Mitglieder, also bei allen unter Aufsicht des Magistrats stehenden Krankenkassen zusammen 450 819 (459 295) männliche und 274 886 (270 611) weibliche, überhaupt 725 705 (729 876) Mitglieder. Die Gesamtzahl zeigt diesmal gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme nur noch bei den weiblichen Mitgliedern (4275 mehr), um so größer ist aber die Abnahme bei den männlichen Mitgliedern (8446 weniger), so daß schließlich eine Abnahme um überhaupt 4171 Mitglieder herauskommt. Die Ortskrankenkassen haben sogar 11 427 Mitglieder verloren, während gegenüber dem Vorjahre die Betriebskrankenkassen 4125 Mitglieder mehr, die Innungskrankenkassen 3129 Mitglieder mehr (und die Gemeindefrankensversicherung 2 Mitglieder mehr) hatten. Das bedeutet eine weitere Verkleinerung zu Ungunsten der Ortskrankenkassen, deren Machtbereich ohnedies seit langem besonders durch die immer weiter sich mehrenden Betriebskrankenkassen eingeschränkt worden ist. Mit der im Jahre 1908 eingetretenen Minderung der Gesamtzahl der Krankenkassenmitglieder um 4171 vergleiche man, daß das Jahr 1907 eine Zunahme noch um 19 453 Mitglieder (4192 männliche, 15 261 weibliche), das Jahr 1906 eine Zunahme gar noch um 40 345 Mitglieder (22 458 männliche, 17 885 weibliche) gebracht hatte. Betriebserschränkungen und Arbeiterentlassungen haben zu dieser Minderung der Mitgliederzahl der Krankenkassen geführt. Daß es dabei auch für die männlichen Mitglieder zu einer Abnahme, für die weiblichen aber nur zu einer Verlangsamung der Zunahme kam, ist eine Erscheinung, die in solchen Zeiten oft beobachtet wurde. Wenn Beschäftigungsmangel zu Betriebserschränkungen nötig, werden in vielen Industriezweigen zuerst männliche Arbeitskräfte entlassen, und für weibliche Arbeitskräfte kann sich dann zunächst sogar noch eine Steigerung der Nachfrage ergeben.

Daß die Arbeitslosigkeit auf der einen Seite den Mitgliederbestand ungünstig beeinflusst, so hat sie auf der anderen Seite die Inanspruchnahme der Krankenkassen gesteigert. Die mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle haben sich beträchtlich gemehrt, besonders bei den männlichen Mitgliedern. Alle Klassen zusammen hatten in 1908 (bzw. 1907) Erkrankungen von 214 553 (204 940) männlichen und 124 837 (117 501) weiblichen Mitgliedern, 47,6 (44,6) Erkrankungen auf je 100 männliche und 45,4 (43,4) auf je 100 weibliche Mitglieder. Man sieht, wie sehr da die relative Krankenlaster gestiegen ist. Ungefähr entsprechend der Mehrung der Erkrankungsfälle hat auch die Zahl der Krankentage sich gesteigert. Sie war in 1908 (bzw. 1907) bei den männlichen Mitgliedern 5 497 878 (5 226 546), bei den weiblichen 3 678 344 (3 471 890), mithin stellte sich die Krankheitsdauer im Durchschnitt bei den männlichen Mitgliedern auf 25,62 (25,54) Tage, bei den weiblichen auf 29,48 (29,54) Tage. Vergleicht man die Gesamtzahl der Krankentage mit der Gesamtzahl der Versicherten, so ergeben sich für jedes versicherte männliche Mitglied 12,19 (11,35) Tage, für jedes versicherte weibliche Mitglied 13,37 (12,83) Tage. Die Sterblichkeit hat bei den männlichen Mitgliedern sich verringert, bei den weiblichen sich etwas erhöht. In 1908 (bzw. 1907) starben 4087 (4336) männliche und 1795 (1879) weibliche Mitglieder, 1,90 (2,12) Prozent der männlichen Erkrankten und 1,44 (1,43) Prozent der weiblichen oder 0,91 (0,94) Prozent aller männlichen Versicherten und 0,85 (0,82) Prozent aller weiblichen.

Der Bericht hebt hervor, daß die Ursache dieser stärkeren Inanspruchnahme der Krankenkassen hauptsächlich in der herrschenden Arbeitslosigkeit und den dadurch bedingten zahlreicheren Krank-

meldungen zu suchen sei. Das wird zutreffen; denn in der Tat ist die Zunahme der Krankmeldungen regelmäßig die Begleiterscheinung einer Zunahme der Arbeitslosigkeit. Vorherne wäre es aber hieraus den Schluß zu ziehen (dem man oft begegnet), daß da in erheblichem Umfange die Krankenkasse als Arbeitslosenversicherung mißbraucht werde. Es ist durchaus begreiflich, daß ein Arbeiter, so lange er noch Beschäftigung hat, möglichst lange jede Krankmeldung vermeidet und erst im letzten Augenblick seine Ansprüche an die Krankenkasse geltend macht.

Die gestrige Sitzung der Städtischen Gasdeputation hatte sich unter anderem auch mit der Festsetzung der Lohnabelle für das nächste Jahr zu beschäftigen. Die Vorschläge der Direktion beschränkten sich darauf, den Endlohn der Betriebsmänner von 5,50 auf 5,80 M. und den Endlohn der Heimbauarbeiter auf 73 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Dann soll den beim Graphitieren beschäftigten Arbeitern während dieser Tätigkeit ein Lohnzuschlag von 8 Pf. pro Stunde bezahlt werden.

Demgegenüber lag von sozialdemokratischer Seite der Antrag vor, die Löhne der in den städtischen Gaswerken beschäftigten Arbeiter und Handwerker um ungefähr 25 Pf. pro Tag zu erhöhen und eine Subkommission zu beauftragen, gemeinsam mit der Direktion entsprechende Einzelvorschläge auszuarbeiten. Dieser Vorschlag wurde mit allen Stimmen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt, wobei besonders betont wurde, daß die Löhne der ungelerten Arbeiter in den Gaswerken bedeutend höher seien als in der Privatindustrie. Auch wurde darauf hingewiesen, daß jetzt in der Zeit der Krise eine Erhöhung der Löhne nicht vorläge, um so weniger, als die Gaswerke um ungefähr 600 000 M. schlechter abgesehen hätten, als erwartet wurde. Die im vorigen Jahre vorgenommene Verringerung der Arbeitszeit sei an sich eine bedeutende Erhöhung der Stundenlöhne.

Ebenfalls mit allen Stimmen gegen die Stimme des Antragstellers wurde der sozialdemokratische Antrag, eine andere Deklaration des Begriffes „Dienstplanmäßige Ueberstunden“ vorzunehmen, abgelehnt. Die Direktion steht auf dem Standpunkt, alle Arbeiten, die jährlich in bestimmten Zeiträumen wiederkehren, z. B. auch die beim Umzugsstermin in den Häusern zu leistenden Arbeiten, als dienstplanmäßige Arbeitszeit zu betrachten und beim Ueberstreiten der regelmäßigen Arbeitszeit einen Zuschlag für Ueberstunden nicht zu zahlen. Demgegenüber verlangte der sozialdemokratische Antrag, daß als dienstplanmäßige Arbeit nur solche zu betrachten sei, die im täglichen Betriebe der Gaswerke regelmäßig vorkommt. Die Direktion betonte, daß die Gaswerke ein Saisonbetrieb seien, bei dem sich wesentlich ein Auf und Ab aneinander anschließt, so daß auch solche in längeren Zwischenräumen vorkommende Arbeiten als dienstplanmäßige betrachtet werden müßten. Die Deputation schloß sich dieser Auffassung der Direktion an.

Ebenfalls mit allen Stimmen gegen die Stimme des Antragstellers wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt, den Magistrat zu ersuchen, eine Verringerung der Ferienfestlegung dahin vorzunehmen, daß bereits nach einem Dienstjahre ein Urlaub von 7 Tagen und nach 5 Jahren ein solcher von 14 Tagen gewährt werde; daß ferner der Magistrat ersucht werde, seine Verfügung betreffs Verweigerung einer dienstlichen Beförderung der Entschuldigungen der Direktion an die Mitglieder der Arbeiterausschüsse zurückzunehmen. Hierbei wurde indessen ausdrücklich festgestellt, daß die Ausschussmitglieder das Recht hätten, den dem Vorsitzenden des Arbeiterausschusses, also dem betreffenden Betriebsleiter zugegangenen Bescheid durchzulesen und sich selbst eine Abschrift davon zu nehmen. Schließlich wurden die von der Direktion vorgeschlagenen Änderungen, die nur für einige wenige Personen in Betracht kommen, angenommen.

Die Direktion hatte vorgeschlagen, den Stundenlohn der Glühstrumpfabrikerinnen auf 23 Pf. festzustellen. Hierbei wurde sogar von der äußersten Rechten der Deputation darauf aufmerksam gemacht, daß bei diesem Lohn nicht einmal der ortsbühliche Tagelohn erreicht werden würde und wurde dann auch eine Erhöhung des Lohnes auf 25 Pf. angenommen.

Die Polizei im Gemeindefiskus. Aus Anlaß der Kirchenwahlen sind ungezählte Tausende von Flugblättern seitens der einzelnen Kirchengemeinden in Umlauf gesetzt worden. Die Unterschriften dieser Flugblätter liegen erkennen, daß neben anderen Beamten namentlich auch viele Polizeibeamte den positiven Kirchenvertretungen angehören. In fast jedem Gemeindefiskus sitzen mindestens zwei oder drei Schulkollegen und Kriminalbeamte, in einigen sechs und noch mehr Polizeier.

So nötig unserer Polizei die Weigerung ist, sind wir natürlich weit davon entfernt, aus diesen Anzeichen zu glauben, daß sie sich wirklich bessern wird. Bei der positiven kirchlichen Richtung ist ja am allerwenigsten etwas von christlicher Nächstenliebe zu lernen. Man wählt offenbar deshalb neuerdings mit Vorliebe Polizeibeamte in die Kirchenvertretungen hinein, weil derartige Leute für orthodoxe kirchliche Zwecke am biegsamsten sind und aufs passivste Kommandowort Ja und Amen sagen. Selbstverständlich gehören alle diese Sonntagsheiligen auch dem in Berlin kürzlich gebildeten Bund christlicher Polizeibeamten an, die ihre frommen Versammlungen im Gemeindehause, Schönhauser Allee 142, in Moabit bei Bolle und in Rixdorf abhalten. Auch auf jeder Polizeiwache wird durch Anschlag auf den Eintritt zum Polizeiverbündungsband hingewiesen. Werden die von oben herab dirigierten Besserungsverjuche Erfolg haben? Wir glauben kaum.

Uebrigens machte es sich recht interessant, daß bei den am Sonntagmittag stattfindenden Kirchenwahlen zahlreiche Stimmzettelverteiler vor den Kirchen standen und Propaganda für die verschiedenen kirchlichen Richtungen machten.

Wir haben nichts gegen diese kirchliche Sonntagspropaganda, finden es nur unbegreiflich, daß gerade unsere Frommen am lautesten nach Versammlungsbesprechungen geschrien haben, nach Verbordnungen, die sich im wesentlichen gegen die Flugblattverbreitungen von sozialdemokratischer Seite richten.

Die Berliner Liberalen können einen Erfolg verzeichnen; sie haben bei den Kirchenwahlen in einigen Gemeinden die positive Richtung verdrängt. Nachdem sie aus den politischen Wahlen — Landtags- wie Stadtverordnetenwahlen — so verstanden heimgekehrt sind, können wir ihnen neidlos Balkan auf ihre Wunden. Auf dem Gebiete der Kirche erwächst unseren Liberalen wenigstens keine Konkurrenz durch die Arbeiter.

Die „Wahrheit“, das Organ des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bruhn, erscheint seit dem blamabsten Ausgange des Dabbelprozesses in einer neuen Fassung. Der berühmte ständige Skandalartikel auf der dritten Spalte der Titelseite ist durch eine ziemlich harmlose Klauderei ersetzt worden, und auch der übrige Text des „nationalen“ Blattes ist gegen früher außerordentlich launisch geworden. Wahrscheinlich hat Bruhn weniger vor dem gegen ihn schwebenden Untersuchungsverfahren „Wandspalten“ bekommen, als vor der öffentlichen Meinung, das heißt vor dem unabweidlichen Rückzug seines Lesers und Interessentenkreises. Die Straßenhändler schreien sich jetzt die Kehle heiser, ohne viel Gegenliebe zu finden, und im Inseratenteil fehlen die fetten Vollseiten bekanntester Großfirmen, die bisher Bruhns Taschen füllten. Selbst das Inserat von Rudolph Herbig ist nicht mehr zu sehen. Wenn es an den Geldbeutel geht, wird mancher am schnellsten kurieren.

Soldatenselfmord. In der Nacht zum Sonntag hat sich ein Rekrut von der 8. Kompanie des 2. Garde-Regiments zu Fuß in der Kaserne in der Friedrichstraße erhängt. Die Leiche wurde am Sonntag früh aufgefunden. Ein Offizier holte sofort einen Arzt.

der Wiederbelebungsbefuche anstellte, die aber keinen Erfolg hatten. Ein anderer Rekrut dieser Kompagnie war kurz vorher desertiert. Es wäre wünschenswert, näheres über die Gründe zu erfahren, die den jungen Mann in den Tod getrieben haben.

Im Polizeigewahrsam gefesselt ist gestern der 63 Jahre alte obdachlose Topfbinde Otto Sailer, der bei einer Streife vom 105. Revier in einem Laubengelände angehalten worden war.

Eine Revolververletzung fand am Sonntagmorgen in einer Wohnung des Hauses Lützowstr. 100 statt. Dort gab der 85jährige Kellner Johannes Schöffow auf eine mit ihm zusammenwohnende Frau Luge Revolververletzung ab und schoß sich eine Kugel in die Schläfe. Frau Luge wurde unerblicklich verletzt, während Schöffow schwer verletzt nach der Charité gebracht werden mußte, wo er gestern nachmittag 4 Uhr starb.

Zwei gefährliche Heiratsschwindler wurden von der Kriminalpolizei unerschrocken gemacht. Ein verheirateter Kaufmann und Hypothekensvermittler Paul Jahn hatte es besonders auf junge Damen im Westen der Stadt und in westlichen Vororten abgesehen. Im letzten waren ihm die heiratungswilligen Mädchen, die irgend welche Erbschaftsangelegenheiten hatten und Rat bedurften. Jahn tröstete sie, indem er ihnen die Ehe versprach, ihm Wohnsitz zu geben und Forderungen zu bedienen. Das Geld, das sie besaßen, nahm er ihnen ab.

Ueber das Treiben der Einbrecher im Nächstertal haben die fortgesetzten Ermittlungen der Kriminalpolizei weitere Aufklärung gebracht. Es steht jetzt fest, daß Lüdke und Homburg auch in Leipzig beim Amts- und Landgericht sich Kostenrechnungsformulare zu verschaffen wußten und auch dort als falsche Gerichtsvollzieher Beträge bis zu 140 M. einlieferten haben.

Einen schaurigen Fund machte gestern ein Bahnbeamter in einem Stadtbahnzuge. Auf der Fahrt von Tempelhof nach Schöneberg war es einem Fahrgast eines Eßbrunnens aufgefallen, daß im Gepäck ein Paket lag, obwohl außer ihm niemand im Abteil war. Auf der Station Schöneberg machte er den Zugbegleiter aufmerksam und dieser nahm das Paket an sich. Während der Fahrt nach dem Potsdamer Bahnhof öffnete der Beamte das Paket und fand darin zu seinem Schreck ein totes Kind vor. Man vermutet, daß eine fremde Dame, die in Tempelhof eilstieg den Zug verlassen hat, mit dem Leichenfund in Verbindung zu bringen ist.

Die Leiche eines neugeborenen Mädchens wurde am Sonnabendabend auf dem Fluß des Hauses Ziegelstr. 8 von dem Pförtner gefunden. Eine Arbeiterin Rix aus der Ziegelstr. 4 ist wegen Verdacht des Kindesmordes verhaftet worden.

Auf dem Grundstück Petersburger Str. 85 fand die Hausreinigerin gleichfalls die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die in ein Stück einer grauen Schlafdecke und in einen Zuckersack ein gewickelt war.

Aus dem Fenster stürzte stürzte sich vorgestern Abend 11 1/2 Uhr der 34 Jahre alte Arbeiter Otto Weirich, der aus Schlesien stammt und am vergangenen Donnerstag erst von der Wanderschaft zurückkehrte. Er mietete sich eine Schlafstelle in dem Hause Schulendorfer Straße 17a. Er wurde schwer verletzt nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht, wo er gestern morgen seinen Verletzungen erliegen ist.

Der Arbeiter-Schachklub weist Schachinteressenten auf die im Inseratenteil angekündigte Veranstaltung im Gewerkschaftshaus hin.

Keugen gesucht! Diejenigen Personen, welche gesehen haben, wie am Mittwoch, den 2. September, nachmittags kurz vor 3 Uhr, eine junge Dame an der Ecke der Runge- und Brüdenstraße von der Automobil-(Weg) Droßke 10 301 überfahren und tödlich verletzt wurde, werden gebeten, ihre Adressen, bezw. Wahrnehmungen dem Vater der Getöteten, Malermeister Hermann Schulz, Berlin N., Adlerstr. 40, gefälligst mitteilen zu wollen.

Wer ist der Tote? Am 9. November gegen 9 1/2 Uhr abends wurde in der Schönhauser Allee vor dem Grundstück Nr. 183 ein zirka 30 Jahre alter, anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Mann beim Ueberstreifen des Fahrwegs von einer Kraftdroßke, deren Nummer nicht bekannt geworden ist, umgefahren und überfahren. Der Mann trug außer inneren Verletzungen einen schweren Schädelbruch davon und starb während des Transports nach dem Virchow-Krankenhaus. Wenn der Getötete richtig verhandelt worden ist, heißt er Robert Böker. Seine Persönlichkeit ist indessen noch nicht festgestellt. Er war bekleidet mit schwarzem Jackett, schwarzer Weste, graugelblicher Hose, grauen Strümpfen, schwarzen Schnallenschuhen und weißem Hemd. Er hat einen blonden Schnurbart, dunkelblondes, kurzgeschmittenes Kopfschwarz, blaue Augen und auf der Brust eine Tätowierung in Form eines Sternes und zweier Hähnen. An der linken Hand fehlen vier Finger. Die Leiche befindet sich im hiesigen Leichenhaus. Der Kraftdroßkenführer ist noch nicht ermittelt. Personen, welche über seine Persönlichkeit sowie über die Persönlichkeit des Getöteten oder über den Vorfall selbst zeugenschriftliche Angaben machen können, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei oder auf einem Polizeirevier zu 4585 IV 41. 09 zu melden.

Der Gesangverein „Berliner Männerchor“ veranstaltet am Samstag, den 17. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Schwarz, Köpenickerstr. 26, eine Familienfeier.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Mantwurfs-Wasserarbeit treiben unsere Gegner. Die von Grundbesitzervereinsnaden haben am 12. November unter hermetischem Ausschluß der Öffentlichkeit eine Stadtverordnetenwahlversammlung abgehalten, in der noch einem Bericht unseres Ortsblattchens folgendes geschah:

Nachdem Herr Dr. Boloszer einen Ueberblick über die Tätigkeit der Stadtverordneten in den letzten zwei Jahren gegeben und die in einem sozialdemokratischen Flugblatt gegen unsere bürgerlichen Vertreter im Stadtparlament erhobenen frivolen Angriffe auf ihre völlige Haltlosigkeit zurückgeführt hatte, beschäftigte sich die Versammlung mit Agitationsfragen.

Die Herrschaften denken: für unsere Wähler muß die Information genügen. Vor einigen Tagen hat das Blättchen einen Bericht über unsere Versammlung, in der Genosse Düwelle referierte, nach dem Referat im „Vorwärts“ zusammengestoppelt. Roturgemäß kann ein Zeitungsbericht nur einiges von einem Referat wiedergeben. Das Ortsblatt unterschlug noch einiges von dem was im „Vorwärts“ stand und deklarieren dann alles, was darin fehlte als vom Referenten unterschlagen. Solcher Taktik folgend, müßten wir argumentieren: Dr. Boloszer hat alles unterschlagen. Jedenfalls hat das Blatt alles unterschlagen, wie es wohlweislich bei Erörterung der Krankenhausangelegenheit nichts von der frivolen Verdächtigung des ersten Bürgermeisters durch einen der Erstklässler verlaublichen lassen ließ. Die Mantwurfsarbeit unserer Gegner ist das Eingeständnis ihres Konkurses. Sie müssen sich hinter verschlossene Türen flüchten, und ihre hier vollführten Heldentaten deckt der Mantel der Verschwiegenheit. Wir kondolieren zum Begräbnis!

Der Gesangverein „Lichtenberger Männerchor“ veranstaltet am Samstag, den 17. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Schwarz, Köpenickerstr. 26, eine Familienfeier.

Rixdorf.

Aus dem Fenster des zweiten Stockwerks gesprungen ist in der Nacht zum Sonntag die 29 Jahre alte ledige Emma Wok in der Jonasstr. 2. Sie wohnte bei ihren Eltern und war mit dem Vater

von einem Spaziergang heimgekommen. Ohne jede Ursache sprang dann plötzlich die Wok aus dem Fenster auf den Hof hinab und blieb dort liegen. Ein herbeigeholter Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde beiseitegetragen und nach dem Scheinhaus gebracht. Vermutlich ist die Tat auf Geistesföhrung zurückzuführen.

Ueber die Hiltsschule I in der Kaiser-Friedrich-Straße sind uns dieser Tage Klagen zugegangen, die, wenn sie voll und ganz zutreffen, auf das strengste gerügt werden müssen. So wird uns mitgeteilt, daß der Herr Lehrer Sasse einige der in der Klasse unterrichteten Schüler während des Unterrichts mit beschlagnahmten Arbeiten für seinen Privatbedarf beschlagnahmt. Und zwar soll es sich dabei um Arbeiten handeln, die ganz gut von Arbeitern verrichtet werden könnten. Das wäre in der Tat ein starkes Stück. Kein Mensch gibt Herrn S. ein Recht, Schüler dem Unterricht zu entziehen und sie für private Zwecke zu verwenden. Dem zurückgelassenen Schüler tut ein gründlicher Unterricht doppelt not.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen ereignete sich Sonntagmorgen vor dem Grundstück Hermannstr. 79/84. Der Wagen 1084 der Linie 58 fuhr auf den Wagen 1359 der Linie 94, wobei beide beschädigt und Personen verletzt wurden. Frau Antonie Kroschowski, Mariannen-Platz 24, erlitt Querschnitten an Armen und Beinen, der Arbeiter Rud. Schmidt, Kiegniger Straße 2 und der Buchbinder Gust. Fischer, Juliusstraße 48, Verletzungen am Kopf, Frau Ida Streicher, Cörlinger Straße 46, Wunden durch Glassplitter am Munde. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Charlottenburg.

Bei den am Sonntag vorgenommenen Delegiertenwahlen zur hiesigen Allgem. Ortskrankenkasse erschienen 1455 Wähler. Die Liste der Gewerkschaftskommission erhielt 1400 Stimmen. 55 Stimmen waren teils ungültig, teils zersplittert. Die Wahl nahm einen ruhigen Verlauf.

Ein folgenschwerer Gerüstesturz, bei welchem zwei Personen verletzt wurden, hat sich gestern morgen gegen 8 Uhr auf dem Neubau Bismarckstr. 103 ereignet. Der Steinträger Adolf Kildiger aus der Wiesenstr. 43 hatte zur genannten Zeit eine Waube Ziegelsteine nach der zweiten Etage gebracht und warf sie dort an der Arbeitsstelle der Mauer auf das Gerüst. In demselben Augenblick brach die Mauer, die vermutlich durch den Sturm am Sonnabend gelockert war, teilweise zusammen und Kildiger, sowie der Maurer August Wunsiedt aus der Erisstr. 1 in Ziegel stürzten mit den Brettern, Balken und Steinen in die Tiefe. Die übrigen Bauarbeiter eilten sofort zu Hilfe und es gelang ihnen auch, die beiden verunglückten Kollegen in kurzer Zeit zu befreien. Die beiden Männer wurden nach der Unfallstation in der Berliner Straße gebracht. Wunsiedt hatte eine schwere Quetschung des Rückgrats und der Schulter sowie erhebliche Hautabrisse erlitten und mußte nach dem Krankenhaus Westend übergeführt werden. Kildiger, der mit mehreren Kopfwunden davonkam, konnte sich, nachdem er auf der Unfallstation verbunden worden war, nach seiner Wohnung begeben.

Schöneberg.

Der Jugendbildungsausschuß teilt mit: Am Mittwoch (Vuhlag) findet ein Ausflug nach Videlswerder zum „alten Freund“ statt. Abfahrt früh 9 1/2 Uhr vom Bahnhof Ebersstraße.

Am Freitag, den 19. November, ist der sechste Vortragabend bei Bokmann, Vorbergr. 9. Vortrag des Genossen Dübendorf. Wir bitten um recht große Beteiligung der Jugendlichen. Erwachsene können ebenfalls an allen Veranstaltungen teilnehmen.

In der Konkurrenz um eine auf dem Barossa-Platz aufzustellende naturhistorische Gruppe hat die aus den Bildhauern Prof. Franz Manzel und Sohäus, den Mitgliedern der Kunstdeputation und den Bürgerdeputierten Professor Brunsow und Dr. Osborn bestehende Jury ihr Urteil gefällt. Den ersten Preis erhielt Emil Reuter für seinen „Schäferbrunnen“, den zweiten Preis Ernst Bent für seinen „Molend von Schöneberg“, den dritten Konstantin Stoll für den Entwurf Schöneberg. Außerdem waren zum Ankauf bestimmt die Entwürfe von Bernhard Freytag und von Eduard Weber, zum Verkauf empfohlen „Gordarossa“ von Peter Bräuer und „Frau Sage“ von George Morin. Die Ausstellung der sämtlichen 153 eingelangten Arbeiten ist auf dem Druckenmeisterischen Grundstück am Tempelhofer Weg Ecke Goldenstraße (Strohenbahn 23 und Säding 1) von Montag, den 22., ab von 10-2 Uhr für das Publikum geöffnet.

Zehlendorf (Bannseebad).

Seiten hat unsere Gemeindevertretung soviel Sitzungen notwendig gehabt, wie jetzt. Und zwar nur deshalb, um zu entscheiden, ob drei oder vier Prozent Beitrag zu den Sanitätskosten zu zahlen sind. In der ersten Sitzung waren vier Prozent beschlossen. Die von uns gemeldete Hausbesitzerversammlung hat nun in der Tat das Kampffeld sehr zugunsten der drei Prozent-Gruppe verschoben. Wenn es hätte in der letzten Sitzung in zweiter Lesung einen Sieg errungen. Ein taktischer Zug der Herren Hammer und Kienkämper, den die drei Prozent-Gruppe nicht zu parieren verstand, führte dahin, die ganze Angelegenheit noch einmal an die Kommission, die erheblich erweitert wurde, zurückzuverweisen. An dem Ergebnis wird es nicht viel ändern. Die Hausbesitzer wollen nur 3 Proz. und selbst der Bürgermeister wies darauf hin, daß nach seiner Meinung die Sache nun soweit geklärt scheint, daß nach Einreichung der Resolution der Hausbesitzer drei Prozent beschlossen werden. Noch einmal behauptete er, daß die Besizer der ungeschlossenen Terrains keinen Nutzen von der Sanalisation haben. Die selbstverständliche Wertheigerung bei solchen Anlässen scheint er ganz zu vergessen. Im den Einwand der drei Prozent-Gruppe zu entkräften, bewies der Vertreter Hammer mit Recht darauf, daß, ob drei oder vier Prozent, die Kosten doch auf die Mieter abgewälzt werden. Er selbst sehe sich veranlaßt, zu steigern. Er glaube nun gerade für die Mieter und Arbeiter, die, wie er sagte, auch ihn gewählt haben, die vier Prozent fordern zu müssen. Eine sonderbare Logik! Ein Antrag Hammer, daß durch die Vertretung die Anstellung der Grundbesitzer vorgenommen werden solle, und daß ein Plan der Auffstellung zeitig genug vorzulegen sei, bot dann der vier Prozent-Gruppe die erwünschte Gelegenheit, die Rückverweisung an die erweiterte Kommission durchzusetzen.

Ein Punkt von gleicher Wichtigkeit betraf die Realschulfrage. Auch hier drängte ein Teil der Vertretung auf Schaffung eines Reformrealgymnasiums, während der andere Teil die Realschule zur Oberrealschule ausgebaut wissen wollte. Im Mai hatte man die Schaffung einer Oberrealschule beschlossen und zur weiteren Vertretung eine Kommission, bestehend aus dem Bürgermeister, Herrn Hammer und Herrn Grafen Dohna, eingesetzt. Wie sehr die Kommission für die Beurteilung der Frage geeignet war, geht daraus hervor, daß Herr Hammer selbst zugegeben mußte, daß er bei seinem nicht genügenden Verständnis für die Frage sich leidet von den praktischen Schulmännern habe überzeugen lassen. Bei dem Herrn Grafen Dohna steht allerdings das Verständnis außer allem Zweifel. Hat er doch kürzlich, als die Teilung der Seite auf der Tagesordnung stand, den Ausspruch getan, daß 50 Schüler für einen tüchtigen Pädagogen nicht zuviel seien. Man schlug nun — es handelt sich ja um die bestehenden Klassen — zwei Klassen mit einer Klasse. Als Beschluß wurde nach mehrstündiger Beratung angenommen, daß im alten Ortsteil eine Realschule errichtet wird. Die Realschule wird zur Oberrealschule ausgebaut. Gleichzeitig wird mit dem Aufbau des Reformrealgymnasiums begonnen, das dann später mit der Oberrealschule verbunden und nach dem westlichen Teil des Ortes verlegt werden soll. Die Gebäude sollen möglichst bald errichtet werden. Zum 1. April 1910 soll zur Leitung dieser Anstalten ein Reformrealgymnasialdirektor angestellt werden. Der Ausbau in der bezeichneten Weise macht sich notwendig, weil 11 Schüler die Absicht haben, zum 1. April in die höhere Lehranstalt überzugehen. Wie schnell es geht, wenn es sich um die bestehende

Klasse handelt! Damit vergleiche man, daß die seit Jahren beschlossene Volksschule in der Wilhelmstraße immer noch auf sich warten läßt.

Aus der Dr. Sorauer-Stiftung, die Unbemittelte alljährlich im Winter mit Kohlen versehen will, soll laut Beschluß der Gemeindevorstand die Verteilung vornehmen.

Treptow-Daunusshulenvog.

Wißt im Unglück hatte der Arbeiter Fiedner, der auf dem Neubau des Rathauses beschäftigt war. Gestern nachmittag stürzte F. infolge eines Gedränges aus der Höhe des dritten Stockwerks in die Tiefe hinab. In diesem Augenblick wurde ein großer Sandstein mittels der Winde emporgezogen. Er befand sich in der Höhe des zweiten Stockwerks, als F. bei seinem Abstieg mit der Kleidung daran hängen blieb. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so wäre der Verunglückte auf die auf dem Bauhof aufgestapelten Steine gestürzt und zweifellos zerstückelt worden. So kam F. denn mit unerheblichen äußeren Verletzungen davon.

Friedenan.

Aus der Gemeindevertretung. Da sich eine Erweiterung des Friedhofes notwendig macht, wurden zu diesem Zwecke 1050 M. bewilligt. Die Bauartigkeit ist im letzten Jahre im Orte ganz erheblich gestiegen. Es waren an Gebäuden für Beaufsichtigung von Bauten für das laufende Jahr 19 000 M. veranschlagt. Eingegangen sind bis jetzt schon 14 848 M., sodas nach Angabe des Baurates mit einer Einnahme von 30 000 M. gerechnet werden kann. Zurzeit liegen noch 30 Gesuche für Wohnhäuser zur Prüfung vor. Infolge dieser erheblichen Steigerung ist die Anstellung von Hilfskräften bei der Baupolizei notwendig geworden. Es wurden zu diesem Zweck 2138 M. bewilligt. Für die innere Einrichtung des Realreformgymnasiums, welches insgesamt mit 700 000 M. veranschlagt ist, wurden 72 000 M. gefordert. Dies zeitigte eine lebhafteste Aussprache, wie man sie bei unseren ruhebedürftigen Gemeindegliedern sonst nicht gewohnt ist. Die Herren Gomuth und Hendrich verlangten, daß der Gemeindevertretung bei diesem Kosten eine spezialisierte Kostenaufstellung vorgelegt werde, da ihnen der Betrag im ganzen zu hoch erscheine und sich doch vielleicht an verschiedenen Stellen Abzüge machen ließen. Herr Weber pflichtete dem bei. Die Vorlage wurde schließlich nach einer längeren Diskussion angenommen. Da sich einzelne Straßen des Ortes immer mehr zu Geschäftszentren und Verkehrsstrahlen entwickeln, ist schon von verschiedenen Seiten beantragt worden, in denselben die Vorgärten zu beseitigen und Rasenflächen, ähnlich wie in der Rheinstraße, anzulegen. In Frage kommen in erster Linie die Schmargendorfer, die Kirch- und Saarstraße. Da in dieser Angelegenheit nur der Bezirksausschuß zuständig ist, wurde der Gemeindevorstand beauftragt, bei demselben in diesem Sinne zu wirken.

Trebbin (Kreis Teltow).

Essentielle Stadtverordnetenversammlung. Die drei ausschließenden Ratmänner Post, Stundisch und Wichert wurden wiedergewählt. Bei der Wahl des Herrn Wichert wurde eine Stimme für Herrn August Heidewitz abgegeben. Dies veranlaßte Herrn Stadtverordneten Samuel, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß sich in der Stadtverordnetenversammlung ein Herz befindet, der in einer so ernsten Sache die Wahlhandlung zum Spasaz mache. Der Magistrat beantragte die Einführung der Grundwertsteuer. Er geht in seiner Anschrift von dem Grundbesitz aus, eine Erhöhung der Zuschläge nach Möglichkeit zu vermeiden. Zur Deckung der Mehrkosten könne aber nur eine Grundwertsteuer in Betracht kommen, wie sie bereits der Kreis und verschiedene Städte erheben. Die veraltete Grund- und Gebäudesteuer würde dann in Wegfall kommen. Sämtliche Herren sprachen sich im Grunde für die neue Steuer aus. Die Angelegenheit wurde noch auf 14 Tage vertagt und eine Kommission eingesetzt, welche das Material zu prüfen hat. Der Kommission gehören die Herren Samuel, Fenger, Ribbe, Haase, Schöner, Vinge an. Der katholische Kirchenvorstand in Ludenow hat an den Magistrat den Antrag gestellt, für das von ihm kürzlich gekaufte Grundstück in der Parkstraße die Umfahrsteuer in Höhe von 20 M. nicht in Ansatz zu bringen. Nach längerer Debatte, in welcher auch der Stadtverordnete Schottmüller vom „Kapital der toten Hand“ sprach, beschloß die Versammlung mit 9 gegen 8 Stimmen den Erlaß der Steuer. Die chemische Untersuchung des hiesigen Wasserleitungsnetzes hat ergeben, daß das Wasser in chemischer wie hygienischer Beziehung völlig einwandfrei ist.

Köpenick.

Zur Bornahme der Wahl von zwei Abgeordneten zum Teltower Kreisrat fand am Freitag eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung statt. Zur Neuwahl standen unser Genosse Herbst, der bisher als einziger Sozialdemokrat dem Kreisrat angehörte, und Stadtverordnete Cuntz (Viz.), der jedoch eine Wiederwahl ablehnte. Im ersten Wahlgang, der für Herbst vollzogen wurde, erhielt Genosse Herbst 30 Stimmen, zwei Stimmen fielen auf Dr. Schulze (Fr. V.), vier Zettel waren unbeschieden. Die zweite Abstimmung ergab, daß Stadtrat Eckhoff mit 37 Stimmen gewählt wurde, zwei Stimmen waren zersplittert, drei Zettel unbeschieden. An der Abstimmung nahmen insgesamt 35 Stadtverordnete und 7 Magistratsmitglieder teil.

Wilhelmshagen.

Von dem Handrecht Gebrauch machen zu wollen drohte der stellvertretende Vorsteher Schiffe Kurth den Zuhörern in der letzten Gemeindevorstandssitzung, wenn sie sich noch einmal zu Bemerkungen verhalten wollten. Daß die gegenwärtige Vertretung den Zuhörern Anlaß zu Äußerungen des Mißfallens gibt, läßt darauf schließen, daß bei den kommenden Gemeindevahlen auch hier Uebertreibungen eintreten.

Die Vertretung beschloß den Ankauf eines Grundstückes zwecks Erbauung eines neuen Saalhauses in Nordend, damit der Saal unsere dortselbst in nächster Zeit ein Ende bereitet werde. Daß eine Saalnot vorhanden ist, geht aus einem Brief eines dortigen Einwohnere, den dieser an die Gemeindevertretung gerichtet hatte, hervor. Unter anderem soll ein dortiger Lehrer sich ganz genau bei den Kindern nach den Verhältnissen ihrer Eltern erkundigen. Von verschiedenen Gemeindevorstellern wurde dies bestätigt und scharf gerügt. Genosse Haschke gestellte noch die Schulaufsicht durch die Pforter, die weniger ein Interesse für eine gute Schule als vielmehr nur für ihre Religion und damit für die Verminderung der Volksschulkindern hätten. Da der Gemeindevorsteher seit dem 22. September vom Landrat wegen Nervenerkrankung beurlaubt ist, aber trotzdem als Amtsinhaber dienstlich tätig sein soll, will auf Anregung des Genossen Haschke ein Stellvertreter durch ein von den Gemeindevorstellern unterzeichnetes Schriftstück vom Landrat Aufstellung fordern.

Nowawes.

Die Wahl von drei Kreisabgeordneten wurde in der letzten Gemeindevorstandssitzung vorgenommen. Die Wahlkommission empfahl für den ersten und zweiten Wahlgang die Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten Bürgermeister Wintelmann und Gemeindevorsteher Nathan, während sie für den dritten Wahlgang es dem Plenum überließ, sich für den bisherigen Abgeordneten Gemeindevorsteher A. D. Ost oder den Genossen Grubel zu entscheiden. Es wurden gewählt im ersten und zweiten Wahlgang der Bürgermeister und Nathan mit je 29 Stimmen. Im dritten Wahlgang entschied sich schließlich die Mehrheit dagegen, der Sozialdemokratie eine Vertretung im Kreisrat zuzugestehen und wählte mit 18 Stimmen Herrn Ost wieder, während für den Genossen Grubel 12 Stimmen, darunter 8 sozialdemokratische, abgegeben wurden. — Zu dem am 15. September beschlossenen Antrag zur Grundwertsteuerordnung fordert der Regierungspräsident, daß durch einen erneuten Gemeindevorstand der Ratshaus festgesetzt wird, um welchen der Steuersatz für unbebaute Grundstücke gegenüber den bebauten erhöht werden soll. Die Finanzkommission stellte hierzu folgenden Antrag: Die Grundwertsteuer für unbebaute Grundstücke wird mit einem um 1/2 höheren Satze, wie solcher

nach den geltenden Vorschriften für bewaute Grundstücke zur Erhebung kommt, erhoben. Dieser Antrag zeitigte eine längere Debatte, in der wieder einmal das Lied von dem notleidenden Grundbesitz angestimmt wurde. Herr Häberer gab der Befürchtung Ausdruck, daß durch die Annahme dieses Antrages der landwirtschaftliche Besitz übermäßig belastet werde. Demgegenüber betonte Herr Nathan, daß dieser Einwand nicht zutrefte; der Antrag zeuge sogar von außerordentlicher Coullanz gegen die Grundbesitzer, da in vielen Orten der unbebaute Grundbesitz doppelt so hoch besteuert sei wie der bebaut; daß der kleine Grundbesitz dadurch nicht zu hoch belastet werde, zeige auch die Tatsache, daß von dem unbebauten Grundbesitz in Nowawes nur für 2 Millionen Mark Einwohnern der Gemeinde, während für 6½ Millionen Mark Gesellschaften und Personen gebührt, die außerhalb unseres Ortes ihren Wohnsitz haben und sehr wohl in der Lage sind, die beantragten 5/10 Proz. Steuern zu zahlen. Genosse Grühl erklärte, daß ja niemand verpflichtet sei, Grundstücke zu erwerben und sie zu Spekulationszwecken liegen zu lassen; wenn jemand dies tue, dann doch nur aus dem Grunde, weil er sich dadurch einen höheren Profit verspricht, als wenn er sein Geld in anderen Werten anlege. Die Terraingesellschaften, die hauptsächlich durch diese Steuer betroffen werden, legen wohl durch ihre Forderungen höheren Profit in Aussicht, als wenn er sein Geld in anderen Werten anlege. Die Terraingesellschaften, die hauptsächlich durch diese Steuer betroffen werden, legen wohl durch ihre Forderungen höheren Profit in Aussicht, als wenn er sein Geld in anderen Werten anlege.

Bernau. Bei den gestern hier stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung wurden die Kandidaten der Sozialdemokratie mit 408 gegen 20 Stimmen, die auf die bürgerlichen Kandidaten entfielen, gewählt. Die Sozialdemokratie hat nunmehr sämtliche Mandate der dritten Abteilung in ihrem Besitz.

Aus der Frauenbewegung.

Die weibliche Arbeitskraft im Erwerbseben und in der Sozialversicherung. Wie in jeder anderen Beziehung, so ist die weibliche Arbeitskraft auch in Bezug auf die Sozialversicherung benachteiligt. Für sie sind die Renten und Unterstützungen niedriger gehalten als für den männlichen Versicherten, unbeschadet darum, daß manche erwerbende Frau eine Familie zu ernähren hat, vielen männlichen Personen aber nur die Sorge für ihre eigene Person obliegt. Und nicht nur das. Die Benachteiligung erstreckt sich auch auf den Umfang der Versicherung. Die weibliche Arbeitskraft ist im Verhältnis ihrer Erwerbstätigkeit weniger von der Sozialversicherung erfasst als der männliche Arbeiter, wie folgende Zusammenstellung nach den Angaben des Statistischen Jahrbuches ergibt:

Insgesamt	weibliche
Zahl Personen resp. Versicherter	in Prozent der Gesamtzahl
Erwerbstätige	33,2
Krankenversicherung	24,8
Unfallversicherung	27,3
Zwangsversicherung	30,9

Der prozentuale Anteil, den die weibliche Arbeitskraft bei der Erwerbsarbeit aufweist, wurde von ihr in keinem Versicherungszweige erreicht. Das kommt einmal daher, daß z. B. in der Heimarbeit die Versicherungspflicht nicht allgemein besteht, die Kommunen es unterlassen, diese durch Ortsstatut festzusetzen. Dann aber auch werden manche Unternehmer der Versicherungspflicht einfach nicht genügen. Jedenfalls ist auch hier wieder anzugeben, daß die Frauen Ursache haben, sich um Politik zu kümmern, selbst dafür zu sorgen, daß ihre Benachteiligung aufhört.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Der Bund für Mutterhaus macht auf seinen am Dienstag, den 16. November, abends 8 Uhr im Architektenhaus, Wilhelmstraße 92-93 stattfindenden Vortrag von Herrn Prof. Dr. Max Fleisch über „Die Frauen und die Geschlechtskrankheiten“ aufmerksam.

Leseabende.

Wilmersdorf. Leseabend am Freitag, den 19. d. Mts., fällt wegen der öffentlichen Frauenversammlung am 26. November aus. Dafür Leseabend am 3. Dezember.

Vermischtes.

Schiffungslust bei Singapur.

Der Dampfer „La Seyne“ der Messageries Maritimes, der von Singapur nach Batavia unterwegs war, stieß, wie aus Singapur gemeldet wird, am Sonntag früh in der Rinderecke mit dem europäischen Dampfer „Duda“ zusammen und begann wenige Minuten nach dem Zusammenstoß zu sinken. Der Besatzung des Dampfers „Duda“ gelang es, 28 Eingeborene von der Besatzung, 14 eingeborene Passagiere, 12 Europäer von der Mannschaft und 7 europäische Passagiere zu retten. 93 Personen einschließlich des Kapitäns des Dampfers „La Seyne“ ertranken in den Fluten.

Londoner Meldung zufolge befinden sich unter den 93 beim Zusammenstoß des Dampfers „La Seyne“ mit dem Dampfer „Duda“ in den Wellen Umgekommenen etwa 13 oder 14 Europäer, während die übrigen 80 sind. Der Dampfer „Duda“ traf mit schweren Beschädigungen am Bug und an der Wa, den vorderen Mannschafts-

räumen, in Singapur ein und wird sofort ins Trockendock gebracht werden. Der Abschied, in dem der Zusammenstoß erfolgte, liegt südlich von Singapur. In der Meerenge hatten sich außerordentlich viele Dampfer auf. Der Dampfer „La Seyne“ ist ein Dampfschiff mit einem Displacement von 2370 Tonnen und im Jahre 1873 erbaut. Der Dampfer „Duda“ der British Indian Steam Navigation Company ist im Jahre 1865 in Glasgow vom Stapel gelaufen und besitzt ein Displacement von 5247 Tonnen.

Das Urteil im Prozeß Steinheil.

Der Aufsehen erregende Prozeß Steinheil, der seit beinahe zwei Wochen den Pariser Riffenofen beschäftigt hat, ist am Sonnabend abend spät zu Ende geführt worden. Das Gericht sprach nach 2½ stündiger Beratung der Geschworenen die Angeklagte Frau Steinheil frei. Der Freispruch wurde mit ungeheurem Beifall aufgenommen. Als die Angeklagte den Freispruch hörte, sank sie in Ohnmacht. Nachdem sie sich erholt hatte, verließ sie den Justizpalast.

Den Tod unter dem Eiszug gesucht. Aus Arnswalde wird gemeldet: Hier warf sich bei der Einfahrt des Eiszuges 44 von Posen nach Steitin die 20jährige Tochter eines Gutsbesizers aus Koslo vor den Zug und wurde getötet. Das Motiv ist unbekannt.

Aus Senot gerettet. Von der Besatzung des am 13. November am Großen Vogelstrand gestrandeten deutschen Dampferschiffes „Marie Hockel“, Kapitän Grube, mit Stückgut von Hamburg nach Honolulu bestimmt, sind, wie die Rettungsstation Cuxhaven der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert, 19 Personen durch das Rettungsboot des zweiten Lebensschiffes gerettet worden. Von denselben Schiff sind von der Rettungsstation Friedrichsloog durch das Rettungsboot „Eugenie“ vier Personen und von der Rettungsstation Bismarck durch das Rettungsboot der Station eine Person gerettet worden. — Bremen, 15. November. Wie die Rettungsstation Langoog der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert, sind am 14. November von dem gestrandeten englischen Dampfer „Adams“ Kapitän Hall, mit Stückgut von Daire nach Hamburg bestimmt, der Steuermann und zwei Frauen durch das Rettungsboot der Station gerettet worden.

Unter dem Verdacht der Erpressung wurde vorgestern in Elbing der Kleiner Franz Griehl verhaftet. Wie von dort berichtet wird, hat die Polizei festgestellt, daß Griehl freundschaftliche Beziehungen zu dem fähigen Raubmörder Stolze unterhielt, der vor kurzem den Arzt Dr. Krause erschoss. Unter den beschlagnahmten Sachen befinden sich viele Briefe aus Kreisen der Lebenswelt. Auch der Oberbürgermeister von Elbing, Geheimrat Elditt, der vor einigen Monaten Selbstmord verübte, soll ein Opfer Griehls geworden sein.

Alkoholverzeß.

Die Wiener „Neue Fr. Presse“ erzählt von der letzten Hofball in Lezlingen u. a. folgendes: „Bei dem Diner auf dem Schloß Kreitz der große Becher, den Friedrich Wilhelm III. gekostet hatte, und aus dem jeder trinken muß, der zum ersten Male auf dem Jagdschloß Lezlingen weilt. Der Becher, der mit Champagner gefüllt wird, ist in ein Glasgetränk derartig eingeschlossen, daß es für den Trinker sehr schwierig ist, ihn zu leeren, ohne sich zu begiehung. Alle diejenigen Mitglieder der Tafelrunde, die zum ersten Male in Lezlingen waren, mußten nun den Becher vor dem Kaiser stehend austrinken. zuerst der Kronprinz von Griechenland, dann Prinz Oskar, dann der österreichisch-ungarische Vizekönig v. Szaghen-Marich, der Reichszonier, der Staatssekretär des Reichsministeriums v. Tizipj um. Die Verusche der Herren, den schweren Becher zu bemeistern, gaben Anlaß zu großer Heiterkeit. Erzherzog Franz Ferdinand brauchte aus dem Becher nicht zu trinken, da er bereits früher in Lezlingen geweilt hat.“

Sehr geistreich wird man dieses Amusement gerade nicht finden. Aber der Geist wird ja eben durch Champagner ersezt.

Eingegangene Druckschriften.

Die sechsten erschienenen Nummer 24 des „Politikon“ enthält an Vollen und Illustrationen: Der Vampyr. — Troz Holzgruben und Stadtdraht! — Die drei Nationalabteilungen. — Schwere Bedrohung. — Die politischen Jugendvereine und andere. Aus dem Text erwidern wir: Neue Fahrt. — Aus der Reichshauptstadt. — Fürsorgeerziehung. — Briefe aus Sankt. — Die Bergarbeiter streiken. — Die Wapurgschacht, Gedicht von Friedrich v. Pöhlitz, u. a.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag von Paul Ehrler in Stuttgart sowie durch alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die weibliche Sprachschule findet Lindenstraße 3, zweites Hof, bester Eingang, vier Treppen, 100 Gabelstraße 100 wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprachschule um 6 Uhr. Jeder Anfänger ist ein Buch und eine Tafel als Werkzeuge beizubringen. Briefliche Antworten sind nicht erteilt. Bis zur Demonstration im Briefkasten dauern 14 Tage bezogen. Einige Fragen tragen was in der Sprachschule vor.

R. M. 25. Sie haben recht; die „Internationale Volksgesellschaft“ hat mehrere Male 200 Proz. Dividende gezahlt. — R. C. Rein. — J. A.: Wierschstraße. Gleichzeit für G. P. 11. Rein; liegt kein Testament vor, so erbt der Witwer die Hälfte des Nachlasses, die andere Hälfte fällt an die Verwandten der verstorbenen Ehefrau, jedoch erhält der Witwer als Vorkaus die Hochzeitsgeschenke und die zum ehelichen Haushalt gehörigen Gegenstände. — Otto H. In Straßbach wird Beratung innerhalb einer Woche nach dem gefällten Urteil bei Gericht eingeleitet. In Zivilsachen ist die Beratung, ebenso der Einspruch gegen ein Verurteilungsbescheid zunächst beim Gericht einzulegen. Die mit Terminbestimmung versehenen Einspruchs- oder Berufungsschriften sind dann innerhalb der gesetzlichen Frist dem Gegner und, falls dieser durch einen Kurator vertreten ist, dem Kurator anzustellen. — Admiral 16. Das sogenannte Spargeld gebührt zum Nachschuß und ist an die Erben zu zahlen. Diese haben den Nachschuß nach der auf sie entfallenden Erbquote unter sich zu teilen. Wenn das Erb auszahlbar ist, muß das Blatt ergeben. — R. S. 98. Die Betreffende muß als Frau zugelassen werden. Haben Sie Bedenken gegen ihre Glaubwürdigkeit, so können Sie dies Bedenken im Termin vorbringen. — R. P. 40. Die Frau kann die Rückkehr des Kindes verlangen und kann sich ebenfalls an das Vormundschaftsgericht wenden. — W. 1000. Die Klage hätte Aussicht auf Erfolg. Für dieselbe ist das Kaufmannsgericht zuständig. — Zwei Bekannte. Sie möchten ungenau angeben, in welchem Jahre die Geburt stattgefunden haben würde, und lassen sich dann auf Ihre Kosten die Geburtsurkunde vom Standesbeamten geben. Auf einen Antrag erteilt Ihnen nachherweise auch die Polizeibehörde Auskunft. — R. S. 7. Ja. — G. M. 44. 1 und 2. Rein. 3. Naget Sie auf Unterlassung der Ausbreitung gegen die Rabeltücher und gleichzeitig auch gegen Ihren Brief auf Beseitigung der Ausbreitung. Den Vornamen des Verlegers als einen Grund zur Aufhebung des Vertrages schwerlich anerkennen. — R. Sch. in D. Bedingungen und Rechte für Ausländer (Nichtdeutsche) zur Naturalisation in Deutschland gibt es nicht. Die Naturalisation Nichtdeutscher können Sie verlangen. Aus der Weigerung können aber für Ihre Schwester nachteilige Schlüsse gezogen werden. — P. S. 116. 1. und 2. Rein. Das Armenrecht wird in Zivilprozessen gewährt. Sie müssen einen Schein der Armenbehörden über Ihre Unvermögen, die Kosten zu tragen, beibringen und dann unter Sicherung des Gegenstands und Abgabe der Erweisurkunde und unter Uebereignung des Hauses die Bewilligung des Armenrats beantragen. 4. Ja. 5. Im Sekretariat nicht zu erschöpfen. 6. In der Regel in vier Jahren von Ablauf des Jahres ab gerechnet, in dem die Forderung entstanden ist, verjährt eine Forderung, in zwei Jahren die Forderung für Essen und Trinken. — W. M. 100. Rein. — C. S. 37. Da Sie uns nicht bekannter Mißvertrags nachteilig Einbehalten und Mißgehen von der Seite verheißt, so bleibt nur übrig, den Brief zur Reparatur aufzubereiten und ihm anzubringen, daß, wenn innerhalb einer von Ihnen zu bestimmenden angemessenen Frist (etwa 14 Tage) die Reparatur nicht hergestellt ist, Sie die Reparatur auf seine Kosten vornehmen würden. Die Kosten müßten Sie dann beim Richter einbringen. — G. S. 13. Ja. — J. R. 12. Die weibliche Mitgliedschaft kann nicht abgelehnt werden. Ihr Sohn soll sich außerdem an die Versicherungsanstalt mit dem Antrag auf Invalidenrente wenden, weil er 25 Wochen hindurch erwerbsunfähig gewesen und noch erwerbsunfähig ist. Voraussetzung ist, daß 200 Mark für den Sohn gestellt sind. Als geliebt

gelden die Krankheitswachen und die Kosten mütterlicher Leistungen. — R. S. 53. Bis zum Ablauf des Jahres 1909 müssen die Kirchensteuer noch zahlen. Wenn Ihre Frau aus der Kirche nicht ausgetreten ist, so ist die für das erste Quartal 1910 angefallene Forderung gerechtfertigt. Ist sie ausgetreten, so kann sie mit Aussicht auf Erfolg reklamieren.

Wasserhand-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 14. 11.	am 13. 11.	Wasserstand	am 14. 11.	am 13. 11.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Iltis	126	+14	Saale, Broditz	154	+62
Regel, Ankerburg	-34	+1	Saale, Spandau	54	-11
Saale, Iltis	154	+40	Saale, Rathenow	31	+1
Oder, Rathenow	174	+1	Spree, Sorbenburg	78	-2
Roßlau	111	-2	Spree, Borsdorf	62	-4
Frankfurt	108	+24	Weser, Minden	38	+47
Weser, Lamsberg	-4	+4	Weser, Minden	148	+58
Weser, Borsdorf	-16	+2	Weser, Minden	302	+6
Elbe, Leinitz	-54	+9	Weser, Minden	143	+9
Elbe, Dresden	-	-	Weser, Minden	154	+17
Elbe, Passau	51	+4	Weser, Minden	56	+8
Elbe, Magdeburg	60	+4	Weser, Minden	131	+12
			Weser, Minden	69	+4

+) + bedeutet Hoch. — (—) —) Unterpegel.

Nach den neuesten Meldungen hat die Leine ein mittelgroßes Hochwässer.

Unserem lieben Freunde und Genossen
Eugen Koppe
und seiner Lebensgefährtin
berühmten Bildhauers
zur Hochzeit.
Die Genossen und Genossinnen
des 415. Bez., Teil 2 u. 1.

Unserem Genossen
Vinzenz Roth und Frau
zum 25. Ehejubiläum die
herzlichsten Glückwünsche
Die Genossen der 8. Gruppe
von Charlottenburg.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
8. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Genosse, Tapezierer
Hermann Klatt
Steinstraße 20, Bezirk 239
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 17. November,
nachmittags 3½ Uhr, auf dem
Friedhof der Friedrichshagen-
Gemeinde statt.
Um recht rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Mechaniker
Alwin Sauer
am 12. d. M. an Lungenerkrankung
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 16. November, nach-
mittags 3½ Uhr, von der Leichen-
halle des St. Georgen-Kirchhofes
in Weißensee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
125/15 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Verwandten
und Parteigenossen die trau-
rige Nachricht, daß meine liebe Frau,
unser gute Mutter
Pauline Kosinski
geb. Neumann
nach langen, schweren Leiden im
Alter von 60 Jahren am Sonn-
abend, den 13. November, ver-
storben ist.
Wittwe, 16. November 1906.
Gustav Kosinski nebst Kindern.
Die Beerdigung findet statt am
Mittwoch, den 17. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedrichshagen-
Kirchhofes.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Albert Spalk
am 12. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, den 16. November,
nachmittags 3½ Uhr, auf dem
Friedhof in Tempelhof statt.
92/5 Die Ortsverwaltung

Dauffagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung unseres
lieben Sohnes und Bruders
Paul
sagen wir Allen, insbesondere den
Kollegen der Stadtvereine unseren
herzlichen Dank.
82023
Familie G. Kuhn.

Für die zahlreiche Beteiligung bei
der Beerdigung meines lieben Vaters,
unseres guten Vaters
Wilhelm Schröder
sagen wir allen Freunden und Be-
kannten, insbesondere den Kollegen
der Firma Riers, unseren herzlichsten
Dank.
24504
Witwe Schröder
nebst Kindern.

Orts-Krankenkasse
der
Bildhauer, Stukkateure
und verw. Gewerbe zu Berlin.
Am Mittwoch, den 24. November,
abends 8½ Uhr, findet im Gemein-
schaftshaus, Engelstraße 15, Saal 7, die
ordentl. General-Versammlung
statt, mit folgender Tagesordnung:
1. Vorstandswahl: 1 Arbeitgeber,
2 Arbeitnehmer.
2. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung
der Jahresrechnung 1906
3. Geschäftsbericht (Antrag der Beamten
wegen Gewährung einer Teuer-
ungszulage) 238/20
Der Vorstand.
J. A.: Fritz Waldeker, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse
der
Gelb- und Zinngießer
zu Berlin.
Am Mittwoch, 24. November,
abends 6 Uhr, findet im Gemein-
schaftshaus, Engelstraße 15, die
General-Versammlung
statt, wozu die Vertreter der Arbeit-
nehmer für das Jahr 1906 hiermit
erhalten eingeladen sind.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung der Vorstand-
mitglieder der Arbeitnehmer für das
Jahr 1906/11. 2. Wahl des Aus-
schusses für die Prüfung der Rechnung
des laufenden Jahres. 4. Kassan-
genberichterstattung.
Berlin, 15. November 1906.
24626 Der Vorstand.
W. Schütt, J. Schubert,
Vorsitzender, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse
der
Stellmacher.
Mittwoch, den 24. November,
abends 8½ Uhr,
bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:
Ortsvereine
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Neuwahl von 1 Vorstandsmit-
gliedern (ein Arbeitgeber, zwei
Arbeitnehmer).
3. Erziehung eines Vorstandsmit-
gliedes (Arbeitnehmer).
4. Wahl von drei Revisoren zur
Prüfung der Jahresrechnung 1906.
5. Beschlüsse der Beerdigung des
Herrn Oberpräsidenten über
anderweitige Festlegung des oer-
schlichen Kapitalbetrags bezw. Be-
schlusses darüber.
6. Berichtigene Kassanberichter-
stattung.
236/17
Der Vorstand.
J. A.: F. Jockwitz.

Berliner
Arbeiter-Schachklub
Mitglied der „Rückwärts Arbeiter-
Schachvereinsung“
veranstaltet am Mittwoch, den 17. d. M.
(Bücherei), nachmittags 4 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15,
Saal 7 (Seitenfl. II), eine öffentliche
Simultan-Vorstellung
(alternierend),
zu der alle Arbeiterschachspieler
hiermit freundlichst eingeladen sind.
24615
Der Vorstand.

Die Tatsache,
daß

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

heute überall zu finden sind und von verwöhnten Rauchern ständig konsumiert werden, ist für sich schon ein überzeugender Beweis ihrer besonderen Güte. Aber auch mit Bezug auf sie gilt das Sprichwort: „Probieren geht über Studieren“, denn nur, wer sie probiert und mit anderen Fabrikaten vergleicht, hat die Möglichkeit, ihre besonderen Vorzüge ganz zu erkennen und ihre unübertroffenen Eigenschaften vollkommen zu würdigen.

Joseetti Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pf.

Ein schlimmes Ende

nimmt jeder Versuch das beliebte, echte Palmin durch eine billige Nachahmung zu erleben. Wir bitten daher beim Einkauf genau auf den Namen Palmin und den Schriftzug Dr. Schlink zu achten und Nachahmungen, die oft unter täuschend ähnlich klingenden Namen angeboten werden, zurück zu weisen.

H. Schlink & Cie. A. G.
Hamburg · Mannheim

Ausschließliche Produzenten
von Palmin.

Eine Mark
wöchentlich Teilzahlung liefert
elegante fertige
Herren-Garderoben

Erfolg für 940h.

Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.

Jul. Fabian,
Schneidermeister.

Gr. Frankfurter Str. 37, II
Eingang Straßberger Platz.

II. Geschloß:
Turmstraße 18,
I. Etage, kein Laden.

**Billigsten
Lesestoff**

für Lesefreunde bieten wir Zeit-
schriften, welche äußerst billig
abgegeben, um schnell zu räumen, Jahr-
gang 1908 u. frühere Jahrgänge Dahome,
Gartenlaube, Welt u. Haus, Land
& Meer, Fliegende Bl., Neues Blatt
& 1,95 M., Jugend, Simplicius, Buch
f. Alle & J. M., Lpz. III. Ztg., Univer-
sum & 3,50 M. Alle Jahrg. sind gut
erhalten u. vollst. Oft gibt nur kurze
Zeit. Conrad Lerch, Verz.-Buchhdlg.,
Schweidnitz i. Schl. B. L.

Große Firma

berglift durch Verkauf von Decken
jeder Art, Gardinen, Teppiche,
Stores, Portieren, Bilder
und Uhren. Ohne Anzahlung bei
Heinrich Rosenbraten.

Reine Stoffe. Effert. U. W. 100
an „Vorwärts“-Spezial, Auguststr. 50.

8. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 15. November vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffen-
den Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

37 161 248 37 431 [500] 889 963 1337 713 2042 643
301 3010 217 72 337 994 4474 543 681 [500] 185 [1000]
908 82 865 5007 238 259 333 [3000] 40 886 971 6002 39
251 651 [1000] 739 7424 [3000] 40 821 737 66 850 8112
82 75 273 479 964 9022 68 101 [500] 75 [500] 90 072
[1000] 824

10015 178 244 306 [500] 649 740 806 11078 140 225
899 12244 661 730 39 13338 35 493 47 681 735 56 925
14053 197 484 733 973 15025 150 285 359 642 784 890
820 78 16047 84 94 386 97 636 871 [3000] 17268 498
807 15091 374 86 407 732 [3000] 19111 748 840 911
20194 494 518 785 [500] 852 [3000] 21142 902 538
30011 711 865 [500] 80 841 62 22204 287 323 22115
202 461 545 84 676 24200 354 428 554 85 727 508 69 25028
51 791 824 112 1 900 4 9 74 27098 132 82 209 [3000] 29
312 90 824 742 857 962 28100 553 88 520 63 617 700 45
843 88 29195 322 38 422 90 589 673 800 903 48 70

30007 211 336 65 [500] 458 814 [500] 31042 92 183
29 309 68 [1000] 32110 23 287 511 720 21 91 830 914
38 45 69 77 33099 323 35 428 541 45 603 718 34196 48
86 95 [1000] 590 [500] 61 30 335 23 35077 [500] 194 387
364 36025 [500] 450 696 842 598 37296 732 99 807 [1000]
38061 78 240 65 140 [3000] 389 [3000] 689 824 [3000] 21
903 19 39019 309 24 [1000] 658 84 719 908

40084 178 84 [500] 210 37 286 87 415 70 528 [500]
482 874 41023 72 218 406 747 [500] 944 42299 137
69 23 220 250 484 80 85 500 [500] 79 647 730 810 932
40 43327 870 [500] 650 886 98 966 44124 35 533 614 94
45061 90 145 259 385 83 674 900 46994 [1000] 271 493
482 886 935 47100 [500] 16 309 362 [3000] 48128 849
718 89 921 49000 290 391 49 [1000] 483 [500] 607 763
662 967 [500]

50125 281 422 47 49 392 659 824 51041 169 406 603
894 932 52129 210 310 434 501 725 53328 430 367 54093
210 97 303 431 [500] 521 655 706 71 55600 286 864 832
88 56 56171 246 928 57167 79 689 765 58035 73 453
631 776 [1000] 59188 358 628 719 87 99 800

60182 304 39 675 [500] 719 61863 277 36 320 635
62300 470 [500] 787 [3000] 816 927 63144 76 630 31 65
768 64081 79 [500] 273 234 71 446 591 [500] 700 601
65064 [1000] 981 66084 581 [1000] 787 391 67032 738
232 47 453 510 85 675 [3000] 712 68043 114 [1000] 83 251
418 [3000] 50 70 [3000] 312 702 63 126 35 936901 402
[500]

70035 [500] 152 217 509 21 375 774 71019 [1000] 175
248 859 899 72115 308 41 461 79 548 48 89 611 30 [3000]
732 73065 148 56 435 62 [500] 203 48 78 59 [1000] 479
821 36 74004 56 224 389 807 [1000] 75003 [1000] 278
463 [1000] 99 76035 185 376 380 67 62 61 63 81 943
77308 [500] 70 80 81 82 83 84 85 [500] 306 75044 60 253
44 64 72 63 79281 402

80021 147 205 387 744 977 [1000] 81392 690 397
82021 125 239 400 49 [1000] 84 501 61 603 [3000] 691 43
44 [1000] 89 83126 301 [1000] 12 90 497 84233 615 85097
749 [1000] 80 251 388 541 613 38 961 992 86041 435 624
72 87174 63 203 631 730 [500] 51 827 959 88240 206
[500] 674 935 89079 306 29 61 434

90038 40 412 825 63 76 012 [1000] 81 730 906 91211
92110 358 722 [3000] 93144 77 84 233 51 [500] 713
779 94135 718 35 428 74 866 900 95483 [500] 48 712
821 970 79 96184 359 745 855 [1000] 97041 322 363 438
608 789 973 98130 213 323 720 47 872 323 50 99079 150
943 [500] 45 379 92 481 545 94 626 747 809 12

100039 60 170 279 323 320 34 654 78 684 289 101389
[500] 325 766 812 945 [1000] 102841 89 [3000] 650 73
[3000] 827 987 103170 451 587 84 498 506 30 104433
89 [500] 739 802 88 105543 459 818 713 813 823 108044
90 [1000] 01967 606 80 734 45 939 [500] 107010 275
330 [1000] 741 55 77 [1000] 108190 [1000] 201 228 413
94 789 [500] 109353 [1000] 58 582 [300] 854 67 63

110029 300 [1000] 814 [500] 95 709 884 111290
412 774 821 61 [1000] 112428 69 [3000] 78 45 781 12
961 113125 501 [500] 31 750 114097 288 285 [1000] 54
981 [1000] 115216 97 116073 190 88 285 259 [3000] 85
456 338 [1000] 785 117223 312 81 695 118287 110 [3000]
86 253 321 51 586 670 739 119132 35 [500] 240 481 600
915 [1000] 56

120054 121076 162 89 307 873 879 768 985 994 99
122449 48 327 688 [1000] 123927 177 202 99 [1000] 429
285 267 85 124004 83 167 438 584 738 [1000] 604 67 26
125146 232 335 54 585 642 777 91 521 158150 311 36 248
263 [3000] 94 139319 271 294 632 728 911 39 [500]

140021 123 45 250 67 [1000] 92 849 38 141078 435
69 886 685 737 834 142028 [500] 506 740 143114 [500]
96 733 304 871 144198 333 438 644 83 80 873 719 283
145045 [1000] 181 246 435 500 623 789 837 146063 127
248 494 290 608 716 147198 238 500 3 608 41 54 764
148061 91 275 418 502 148019 141 603 23 63 821 85
150010 31 329 99 723 46 85 151055 183 388 417
78 152015 [500] 61 203 23 88 210 600 97 848 153083 274
[1000] 812 99 487 154059 100 654 94 725 959 155049 99
654 225 341 34 [1000] 483 [1000] 825 47 85 618 84 715 27
157289 493 [1000] 829 859 158040 178 264 478 614 49
81 719 489 915 159068 544 773 87

160074 42 64 150 65 255 97 351 563 659 161199
[500] 775 200 560 680 782 162210 862 991 [500] 163059
75 [500] 83 [500] 128 64 244 687 974 [500] 164255 89
317 25 57 98 585 722 889 922 165084 384 [500] 433 714
994 166008 71 164 [3000] 99 257 167181 525 639
168515 28 605 [500] 758 83 935 [500] 169212 63 [1000]
461 514 [500] 636 737 79 888

170030 54 86 174 214 57 441 50 754 [3000] 87 171088
253 333 718 66 99 842 55 172004 540 99 480 87 504 689
257 503 61 74 173127 221 25 646 [500] 174153 235 432
968 941 76 29 83 [3000] 175029 [500] 300 29 308 476
562 99 982 176087 [1000] 137 300 7 412 730 994 177142
469 568 728 681 97 178163 406 [500] 25 50 645 719
23 906 179099 377 358 [3000] 582 824 [3000] 57 966 [1000]
180098 158 645 327 44 171000 461 39 70 719 868
182232 306 887 139 97 183041 97 309 347 54 484 898
184142 952 185419 98 687 712 801 71 186186 291 299
41 418 580 675 [3000] 018 187109 212 439 524 700 10 78
817 98 870 188125 93 [1000] 238 445 90 559 189098
[1000] 92 874 87 69

190121 503 658 703 83 804 29 191058 164 612 78
709 84 836 964 192245 397 [500] 427 810 76 974 193678
853 194019 [1000] 37 182 430 518 613 868 913 30 195272
214 90 706 88 451 196047 204 [500] 889 845 800 928 78
197013 48 263 801 712 843 198043 [3000] 739 824 39
199034 144 43 99 678 [1000] 416 835

200119 518 624 789 201189 325 454 573 [1000] 802
10 808 24 77 88 202008 [1000] 83 173 882 213008 50
781 821 82 203208 50 424 [1000] 30 800 512 623
306 806 [500] 507 77 204308 922 28 [1000] 205273 80
403 286 308 71 915 206120 83 301 85 207128 254 300 42
400 500 734 [3000] 822 [3000] 94 503 39 208079
[1000] 233 [500] 878 218 48 862 209308 90 474 779
900 378 83 [1000] 92

210058 509 216 64 694 712 823 317 211028 59
520 [500] 325 939 212008 108 15 763 862 213008 108
15 763 862 213047 [500] 334 473 742 867 89 913 37 68
214121 16 40 1 487 81 513 43 84 678 713 595 [500]
215009 29 251 31 456 79 563 [500] 668 754 216130 318
668 217176 487 623 55 [1000] 711 861 829 218008 309
412 628 44 782 842 [500] 908 219027 93 187 272 54 789
220089 96 [500] 755 871 945 221312 449 618 862
924 222012 [500] 91 190 811 [500] 223170 [500] 261
305 36 470 624 [1000] 777 224064 [1000] 218 249 51 54
452 614 16 40 [500] 890 842 225303 [1000] 61 497 28
47 [1000] 517 612 22 [500] 28 226027 78 133 54 205 15
307 52 589 650 807 227081 126 100 90 348 601 719 858
228275 226 63 424 543 15 [500] 885 914 [500] 229182 419
63 643 99

230160 712 87 818 [500] 231075 143 368 541 [500]
772 232014 321 609 57 730 88 233016 57 81 82 425 67
602 [1000] 64 67 743 48 885 71 88 906 234242 404 23
54 [1000] 641 512 975 235322 [500] 73 97 600 54 28
236088 32 [1000] 80 374 36 412 36 92 300 [500] 500
739 927 237058 [500] 63 132 800 238219 513 796 [1000]
884 850 239010 241 477 876

240013 167 325 56 463 573 87 604 [500] 820 79 99
929 21 241086 143 87 84 804 242248 266 411 500 52
621 243002 [1000] 487 [1000] 958 244385 453 70 749
72 245213 36 450 890 [500] 894 714 [500] 21 208
73 246000 217 515 899 832 [500] 77 99 824 55 247108
309 422 89 599 618 34 704 [1000] 901 248053 78 161 39
265 027 93 29 720 262 249185 801 566 [1000] 843 384
250216 313 67 498 888 [1000] 894 [500] 251114
211 481 550 828 27 89 775 [500] 252079 191 [500] 302
[3000] 12 [1000] 282 [500] 253032 45 726 601 500 [500]
254061 31 85 608 87 733 49 909 59 94 [500] 255197
13 32 119 413 42 74 502 [500] 11 [500] 49 675 [1000] 835
907 81 256084 605 817 31 88 924 257160 70 217 96
71 [500] 338 258119 476 510 259199 405 423 714
[3000] 812 [3000] 31 50

260135 212 261061 151 77 783 441 [3000] 508
262107 42 880 627 864 325 263132 55 [500] 238 328
515 [500] 30 73 609 967 264128 41 81 318 495 672 98
265032 [1000] 305 51 803 266000 944 87 267180 376
268006 728 382 268014 47 42 289 311 269120 27
212 78 808

270080 648 743 54 856 307 67 [1000] 271151 715
[3000] 826 900 [3000] 272143 338 [3000] 674 811 98
273290 427 25 543 841 274210 66 250 617 56 [3000] 750
275050 72 120 470 867 276044 55 431 44 885 277018
28 220 291 522 278 459 [500] 963 917 87 278135 232 655 829
270111 373 454 509 23 830 [500]

280040 683 727 87 872 924 281021 73 [1000] 215
58 62 575 700 63 884 282022 84 174 [500] 425 99 768
919 283082 177 341 659 882 284061 [500] 138 256 70
87 316 501 65 [500] 285 114 501 80 285125 65 212 33
413 822 90 [500] 919 286119 28 100 90 636 27 913
287217 408 678 [1000] 755 309 288064 601 69 739 500
25 25 902 289140 354 640 56 728

290140 447 88 692 740 811 [500] 975 291190 304
8 49 91 478 789 821 [3000] 292129 246 63 412 287 802
293015 459 622 294405 737 81 822 295126 82 284
542 93 823 299 296217 308 489 572 [500] 647 702 908
297215 47 477 574 923 298085 178 369 539 857
042 53 299336 83 139 529 52 67 827 57

300184 547 847 301191 263 800 75 807 302173
311 578 [500] 609 87 29 210 69 923 78 80 303104 323 884
033 [500]

8. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 15. November nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffen-
den Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

191 99 611 721 841 1176 843 798 2948 85 99 123 3017
24 47 78 81 219 290 407 715 817 4038 187 702 908 [500]
5380 696 [500] 706 823 922 6238 67 [1000] 439 665 [3000]
774 854 7129 803 [500] 734 648 275 8122 609 [1000] 80
9019 24 282 51 82 823

10181 290 211 64 509 884 987 11084 62 146 340 [1000]
661 78 12184 25 282 781 800 [500] 966 138 154 83 [3000]
627 654 98 702 994 10 [3000] 22 14312 21 384 13 84 791
84 87 [500] 984 15072 237 586 47 16182 289 675 [3000]
694 759 [1000] 17370 28 18208 [500] 35 58 [1000]
19001 73 212 497 84 970

20073 117 12 24 486 99 549 699 71 [500] 21066 262
22100 [1000] 885 456 656 805 86 23102 200 483 [3000]
652 713 24046 81 266 [1000] 458 872 25011 87 322 49
815 [1000] 54 [500] 897 626 26484 519 111 27 81 814
27109 233 484 [500] 518 621 805 28043 142 200 309 658
672 29027 419 381 705

30012 10 83 [1000] 85 823 90 31146 338 414 98 548
881 32188 208 705 16 65 671 [1000] 33308 499 520
538 619 707 34 24258 209 379 83 98 765 756 865
[3000] 35509 315 22 428 95 [1000] 395 381 36051 58
210 378 582 621 33 766 684 907 43 37500 146 316 [1000]
98 869 639 71 818 [1000] 99 33074 277 458 56 584 625 756
[3000] 33904 216 411 906 840

40016 74 121 570 672 750 829 41042 125 [1000] 235
847 83 606 81 42152 43800 105 82 337 401 615 721 [500]
62 85 44300 56 [500] 412 495 708 45700 217 80 785 819
47 46003 376 [1000] 781 514 963 47356 506 714 800 12
98 [1000] 48009 166 [3000] 72 207 [1000] 22 337 124 612
68 332 49452 964 [1000]

50029 22 307 312 26 [500] 70 661 [500] 880 [1000]
51001 65 206 319 88 436 59 [3000] 52002 31 600 895
845 53348 488 81 600 54013 376 501 32 62 69 637
55085 281 602 50135 827 054 984 57109 311 95 390
459 539 628 974 [1000] 58000 2

Der abgehauene Arm des Arbeiters noch nicht 30 Mark wert!

Eine Prämie für ein Kohlenbrot und eine besondere Mißachtung des Wertes der Arbeiterknochen sprach am Freitag die Lübecker Strafkammer aus.

Vor ihr hatte sich der Gendarm Lütj aus Gleschendorf wegen Körperverletzung im Amte zu verantworten. Am 5. Juni d. J. fand in Stockelsdorf bei Lübeck ein Jahrmarkt statt. Aus diesem Anlaß war in verschiedenen Lokalen Tanz. Nachts gegen 2 Uhr kam es in einem Saale zu Streitigkeiten unter den Anwesenden. Darauf geboten die anwesenden Gendarmen Feierabend und wiesen die Gäste aus dem Lokal. Einige Leute, darunter der Knecht Varning, sträubten sich dagegen, die Wirtschaft zu verlassen. Darauf hat der Gendarm Lütj den Varning, wie dieser unter Eid als Zeuge ausfragt, mit dem Fuß in den Rücken getreten, so daß er hinausgeschoben sei. Dann habe er mindestens zehn Schläge mit der scharfen Waffe erhalten. Als er darauf wegkief, hat der Gendarm Lütj ihn verfolgt, ihm mindestens noch dreißig Säbelhiebe versetzt, wobei ihm der Arm abgeschlagen wurde. Als er dann nicht mehr weiter laufen konnte und zur Erde gesunken ist, habe Lütj ihn weiter geschlagen, an den Krügen gepackt, fortgeschleppt und ihn wie ein Stück Vieh in einen Graben geworfen. Später soll Lütj den Varning noch mehr in den Rücken getreten haben. Der angeklagte Gendarm suchte den Vorfall wesentlich anders und für sich günstiger darzustellen. Der Staatsanwalt sprach sein Bedauern darüber aus, daß er gegen den Gendarm habe Anklage erheben müssen und stellte seine Verurteilung in das Ermessen des Gerichts. Dieses erkannte denn auch nur wegen fahrlässiger Körperverletzung auf — dreißig Mark Geldstrafe.

Ist eine so rohe, die Erwerbsfähigkeit eines Mannes schwer beeinträchtigende Handlungswiese in der Tat nach dem Gesetz mit nur 30 M. abzugelten, so wäre ein Arbeiter, der doch nach Auffassung der Richter minder gebildet als ein Gendarm oder Richter ist, mit höchstens 20 M. Strafe zu belegen, der einem Gendarm oder Richter mit den Füßen in den Rücken tritt, ihm zehn Säbelhiebe verabreicht, auf den Fliehenden noch Dutzende Male los haut, ihm den Arm abhackt, ihn weiter mißhandelt und in den Graben wirft. Mit Recht würden die durch ihre drakonischen Strafurteile gegen die Glieder der arbeitenden Klassen bekannten Richter, über ein so mildes Urteil entrüstet sein. Dieselbe und eine tiefer gehende Entrüstung ist gegen die Mißachtung des Arbeiters am Platz, wie sie das gefällte Urteil verrät. Gerechtigkeit ausüben heißt mit gleichem Maße messen. Der Arm der Gerechtigkeit, der mit so ungleichem Maße mißt, wie unsere Klassenjustiz, wirkt gemeingefährlich und muß dadurch unschädlich gemacht werden, daß an Stelle der heutigen Richter Richter treten, die aus allen Kreisen der Bevölkerung von der Bevölkerung gewählt werden.

Aus Industrie und Handel.

Staatsaufträge.

Zwischen der preussischen Staatseisenbahn-Verwaltung und dem Stahlwerksverband in Düsseldorf ist für die beiden nächsten Etatsjahre ein neuer zweijähriger Vertrag über die Lieferung von Schienen, eisernen Schwellen und gewissen Kleinereisenorten geschlossen worden. Der Grundpreis für Schienen wurde auf 116 M. und für eiserne Schwellen auf 107 M. festgesetzt. Die Kleinerisenpreise wurden gleichfalls entsprechend ermäßigt. So meldet W. N.: Gegenüber den vor zwei Jahren abgeschlossenen Preisen ist ein Abschlag eingetreten, war doch damals der Grundpreis auf 120 M. für Schienen und 111 M. für Schwellen festgesetzt. Der jetzt zugestandene Preis ist aber immer noch um 4 M. für Schienen und 2 M. für Schwellen höher, als nach dem Abschluß vom Jahre 1904. Der Lieferungsvertrag, den die Eisenbahnverwaltung vor zwei Jahren mit dem Stahlwerksverbande abgeschlossen hat, ist alsseitig als eine Begünstigung des Lieferanten, als eine Schädigung der Staatskasse angesehen worden. Auch bei dem neuen Abschluß hat der Eisenbahnminister anscheinend dem Grundsatze gehuldigt, die Staatskasse sei, wie den Junkern, so auch den Großindustriellen alimentationspflichtig. Der vorige Vertrag lautete übrigens auf drei Jahre; seine Ablösung durch eine neue auf zwei Jahre lautende Abmachung ist wohl erfolgt, weil der Vertrag des Stahlwerksverbandes mit seinen Mitgliedern nur noch zwei Jahre läuft.

Warenpreise im Oktober 1909.

Die Preisfeststellungen der „Statistischen Korrespondenz“ für den Monat Oktober ergeben gegenüber dem Vormonat verschiedene belangreiche Steigerungen. Folgende Uebersicht veranschaulicht das:

Table with 2 columns: September, October. Rows include Weizen, Roggen, Erbsen, Speisebohnen, Linsen, Eihartweizen, Erbsen, Speisebohnen, Linsen, Eihartweizen, Eihutter, Eier (Schod), Vollmilch (1 Liter).

Demnach ist im Kleinhandel nur der Preis für Linsen um 1 Pf. zurückgegangen. Für Speisebohnen macht die Preissteigerung 1 Pf. aus, für Butter 7 Pf. und für Eier 4 Pf. Dazu tritt die Preissteigerung für Schweinefleisch. Das sind schöne Vorbereitungen für Weihnachten.

Zentrumdaten. In unserer Notiz unter vorstehender Stichmarke in Nr. 268 des „Vorwärts“ erscheint die Auslassung: „Das Zentrum mit seiner Agrarier- und Jollpolitik hat neben allen anderen Lebensmitteln und Gebrauchsartikeln auch die Naturbutter und die Margarine verteuert“, als ein Zitat aus dem Bericht der Handels-

kammer Wesel. Dabei ist ein Irrtum unterlaufen, es ist das ein Urtel unseres Mitarbeiters, das er aus den Feststellungen der Handels-

ammer zieht. Zuder-Dividenden. Die Zuderfabrik Fraustadt (Posen), die in Glogau und Wenkersdorf Schwaefelbetriebe hat, erzielte bei einem Kapital von 1,8 Millionen Mark einen Ueberschuß von 381 125 Mark (im Vorjahre 293,454 Mark). Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 16 Prozent (im Vorjahre 12 Prozent). Eine Dividende von 15 Prozent verteilte die Zuderfabrik Haynau in Schlesien.

Die Einnahmen aus Steuern und Zöllen im Hauptzollamtsbezirk Emmerich sind im Laufe der letzten Jahre außerordentlich gestiegen. Sie beliefen sich im Jahre 1901/02 auf 3 797 763,10 Mark, 1902/03 auf 3 678 465,78 Mark, stiegen dann im Jahre 1907/08 auf 5 388 269,26 Mark, und im Jahre 1908/09 auf 6 018 619,43 Mark. Man sieht auch hieran, wie erfolgreich die Steuer- und Zollschraube in den letzten Jahren unter hervorragender Mitwirkung des Zentrums angezogen worden ist.

Vertröstung der österreichischen Montanindustrie.

Die beiden bedeutendsten Gesellschaften des Landes sind die Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft und die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft. Die letztere repräsentiert ein Aktienkapital von 72 Mill. Kronen, auf das sie im Durchschnitt etwa 15 Proz. Dividende verteilt. Kleiner ist das Kapital der Prager Eisenindustrie, das nur circa 25 Mill. Kronen beträgt, auf das aber Dividenden im Durchschnitt von 30-40 Proz. verteilt wurden. Um diese beiden großen Unternehmungen gruppieren sich die übrigen, die mehr oder weniger abhängig sind. So besitzt die P. E. I. G. sämtliche 12,8 Millionen Kronen der Böhmischen Montangesellschaft. Aber auch untereinander stehen die beiden Werke in enger Verbindung. Die P. E. I. G. hat nämlich 38 000 Aktien der Alpinen Montangesellschaft in ihrem Portefeuille. Schon hieraus kann man ersehen, wie weit der Konzentrationsprozeß in der österreichischen Montanindustrie fortgeschritten ist. Den sichtbarsten Ausdruck findet diese Gemeinamkeit der Interessen in dem österreichischen Eisenkartell, das eine fast unbeschränkte Gewalt ausübt.

Der englische Aussenhandel. Im Oktober zeigten Ein- und Ausfuhr erhebliche Zunahmen gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Die Einfuhr belief sich auf 52,7 Millionen, die Ausfuhr auf 33,9 Millionen Pfund Sterling. Im Oktober 1908 waren die Einfuhr 50,7 Millionen und die Ausfuhr 30 Millionen Pfund Sterling. Zwei Drittel der englischen Ausfuhr gehen nach fremden Ländern, ein Drittel nach britischen Kolonien.

Witterungsüberblick vom 15. November 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Rows include Zimmern, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Caparanda, Petersburg, Berlin, Dresden, Paris.

Wetterprognose für Dienstag, den 16. November 1909.

Barometerniedrig oder wolkig mit geringen Niederschlägen, mäßigen (schwachen) Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagstemperatur. Berliner Wetterbureau.

Advertisement for KUNEROL. Features a large logo with the word 'KUNEROL' in a stylized font. Text below reads: 'Nur unter diesem Namen' and 'der auf allen Packeten, Dosen, Fässern angebracht ist, kaufe man KUNEROL das feinste Cocospfeisefett zum Braten Backen Kochen'.

Generalvertreter für Groß-Berlin: Erich Strokorb, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30. Tel. A. 6, 3718.

Advertisement for H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5. Spezialität: Nordhäuser Kautabak. Text: 'stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1730L'.

Advertisement for Bruch-Pollmann. Text: 'empfehltes feines Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradestärken, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenkasse. Eigene Werkstätte. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen. Berlin N., jetzt Lothringers Straße 60. Alle Bruchbänder mit elastischen Borten, annehmlich u. weich am Körper.'

Billige Preise bei BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10



- Knaben Stoff-Anzüge . . von 2 M. an
Kammgarnart. Knaben-Anzüge von 5 M. an
Knaben-Loden-Joppen gefüttert von 3 M. 75 an
Gefütterte Leibchen Hosen . . 1 M. 70
Blaue Knaben-Pyjacks . . von 4 M. 50 an
Knaben Pa'etots von 5 M. 50 an
Knaben-Loden-Pelerinen . . von 5 M. 50 an
Knaben-Stoff-Blusen . . . von 1 M. 50 an

Der Haupt-Katalog No. 38 (Knaben-Moden 1909) kostenlos und porto/frei.

